

49. Sitzung
am Mittwoch, dem 20. September 2017

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung	3732
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3732
Sonstiger Eingang	3733

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer
Tourismusabgabe**

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017

(Drucksache 19/1136)

1. Lesung

**Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände - Gesetz zur
Änderung der persönlichen Gebührenfreiheiten**

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Dezember 2016**

(Drucksache 19/881)

2. Lesung

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände

**Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 24. August 2017**

(Drucksache 19/1210)

2. Lesung

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021**

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache 19/1224)

1. Lesung

Bürgermeisterin Linnert	3734
Abg. Röwekamp (CDU)	3741
Abg. Tschöpe (SPD)	3748
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3751
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3757
Abg. Frau Steiner (FDP)	3763
Abg. Leidreiter (BIW)	3767

Abg. Röwekamp (CDU)	3771
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	3774
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3777
Abg. Tschöpe (SPD)	3778
Abstimmung	3779

Reichtum gerechter verteilen – Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. Mai 2017
(Drucksache 19/1081)

Abg. Rupp (DIE LINKE)	3781
Abg. Leidreiter (BIW)	3782
Abg. Professor Dr. Hilz (FDP)	3784
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	3785
Abg. Schäfer (LKR)	3786

Abg. Liess (SPD)	3787
Abg. Eckhoff (CDU)	3787
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3789
Bürgermeisterin Linnert	3790
Abstimmung	3793

Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1101)

Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1197)

Abg. Strohmann (CDU)	3793
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	3794
Abg. Frau Sprehe (SPD)	3796
Abg. Janßen (DIE LINKE)	3797
Abg. Schäfer (LKR)	3798
Abg. Frau Steiner (FDP)	3799
Abg. Strohmann (CDU)	3800
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	3802
Abg. Frau Sprehe (SPD)	3803
Abg. Frau Steiner (FDP)	3804
Senator Dr. Lohse	3804
Abstimmung	3807

Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP,
der CDU und DIE LINKE
vom 29. Juni 2017
(Drucksache 19/1139)

Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1234)

Abg. Kottisch (SPD)	3808
Abg. Frau Steiner (FDP)	3809
Abg. Kastendiek (CDU)	3810
Abg. Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	3811
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3813
Abg. Kottisch (SPD)	3814
Abg. Kastendiek (CDU)	3815
Senator Günthner	3815
Abstimmung	3817

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dogan**
Vizepräsident Imhoff**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführer Dr. Buhlert
Schriftführerin Böschen
Schriftführer Senkal
Schriftführer Tuncel

Bürgermeister **Dr. Sieling** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Bildung und Kinder **Dr. Bogedan** (SPD)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Staatsrat **Fries** (Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport)

Staatsrat **Deutschendorf** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Schulz** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat **Pietrzok** (Senatorin für Bildung und Kinder)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 49. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die Klassen 9 und 10 der International School of Bremen, eine Berufspraktikantenklasse der Allgemeinen Berufsbildenden Schule und eine Werkschulklasse des Technischen Bildungszentrums Bremen sowie die Klasse 9 a der Oberschule Geestemünde in Bremerhaven und Nachwuchspoolkräfte des öffentlichen Dienstes, Laufbahn 2, zweites Einstiegsamt.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 28, Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe, Mitteilung des Senats, Drucksache 19/1136, 61, Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände, Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/881, 62, Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände, Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 19/1210, und 70, Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021, Mitteilung des Senats, Drucksache 19/1224, aufgerufen werden.

Die Sitzung heute Nachmittag beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 7, Reichtum gerechter verteilen, Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/1081. Im Anschluss daran werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 14, Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 19/1101, und 15, Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!, Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, Drucksache 19/1197, sowie 30, Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen, Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und DIE LINKE, Drucksache 19/1139,

und 31, Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen, Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucksache 19/1234 Neufassung der Drucksache 19/1171, aufgerufen.

Zu Beginn der Sitzung am Donnerstagvormittag werden die Tagesordnungspunkte 1, Aktuelle Stunde, 73, Konsensliste, 2, Fragestunde, und 67, Laschen ist Hafenarbeit!, Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/1213, behandelt.

Die Sitzung am Donnerstagnachmittag beginnt mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 57 und 58, Mehr Sicherheit für Deutschland und Bremen, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 19/914, Neufassung der Drucksache 19/901, und Bericht der staatlichen Deputation für Inneres dazu, Drucksache 19/1208 und den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 71, Elternunabhängiges BAföG - Kinder haften nicht für ihre Eltern, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/1236, und 74, Schuldenfreies Studium durch ein bedarfsdeckendes und elternunabhängiges BAföG ermöglichen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/1242, sowie den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 59, Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes, Mitteilung des Senats, Drucksache 19/1172, und 60, Gesetz zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes, Mitteilung des Senats, Drucksache 19/1173.

Zur Abwicklung der Beratungen für den Haushalt 2018/2019 in erster Lesung wurde interfraktionell vereinbart, dass eine verlängerte Redezeit von bis zu 60 Minuten - .

(Heiterkeit)

Oh, das wäre ein bisschen viel! Für den ersten Redner je Fraktion sind bis zu 30 Minuten vorgesehen.

Nach der Einbringungsrede der Senatorin für Finanzen, Frau Bürgermeisterin Linnert, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie die Gruppe BIW das Wort. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, sodass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.

Die übrigen interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9 Uhr, entnehmen.

Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraf 21 der Geschäftsord-

nung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um die Tagesordnungspunkte 72, Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 22, 73, Konsensliste, 74, Schuldenfreies Studium durch ein bedarfsdeckendes und eltern-unabhängiges BAföG ermöglichen, 75, Hospizbedarfe in Bremen ermitteln - Versorgung der Anspruchsberechtigten stärken!, und 76, Zweiter Versuch - Regenbogenflagge am Coming Out Day vor dem Haus der Bürgerschaft hissen, Drucksache 19/1249.

Meine Damen und Herren, Sie haben für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen.

Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 40, 65 und 66.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag). Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll, und bitte um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Die Konsensliste wird entsprechend Paragraph 58 a der Geschäftsordnung nach der Aktuellen Stunde aufgerufen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

1. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1222)
2. Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1223)

3. Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes
Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1225)
4. Gesetz zur Änderung des Tariftrue- und Vergabegesetzes
Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1226)
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1235)
6. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität und Raumsituation an den bremischen Hochschulen
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 15. September 2017
(Drucksache 19/1237)
7. Familiennachzug ist Integration - Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. September 2017
(Drucksache 19/1239)
8. Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!
Antrag der Fraktion der CDU vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1240)
9. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1241)
10. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1243)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Reisekostenübernahme für Lehrerinnen und Lehrern bei Schulfahrten und Exkursionen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juli 2017
Dazu Antwort des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1245)
2. Pilotprojekt Beschäftigung in Bremerhaven - ja oder nein?
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. August 2017
Dazu Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1228)
3. Entwicklung des Sozialwohnungsbestands im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. August 2017
Dazu

- Antwort des Senats vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1218)
4. Studentisches Wohnen in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 7. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1229)
5. Waffenbesitz und Waffenkontrollen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 8. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1230)
6. Wie begegnet der Senat den Herausforderungen
um die Rekrutierung von Polizeianwärterinnen
und -anwärtern?
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1231)
7. Einsatz und Förderung von Videodolmetsch-
diensten
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 8. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1232)
8. Umsetzungsstand der entwicklungspolitischen
Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1246)
9. Erwerbsperspektiven für geflüchtete Frauen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 15. August 2017
10. Steuerprüfungen bei Steuerpflichtigen mit be-
deutendem Einkommen in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1233)
11. Wahlrecht für Beamtinnen und Beamte bei der
Krankheitsvorsorge
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 22. August 2017
Dazu
Antwort des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1247)
12. Auswirkungen des Brexit auf die Hochseefische-
rei
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 28. August 2017
13. Lang-Lkw auf Bremens Straßen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. September 2017
14. Schaufenster Fischereihafen - Wie sieht die
Zukunft aus?

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. September 2017

15. Auswirkungen der Umstellung von L- auf H-Gas
im Land Bremen ab 2017 auf die Heizungsanla-
gen öffentlicher Gebäude
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 5. September 2017
16. Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer
des § 175 StGB - Umsetzung in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. September 2017

III. Sonstiger Eingang

Mitteilung des Senats über die vom Senat be-
schlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsini-
tiative „Entschließung des Bundesrates ‚Koope-
rationsverbot im Bildungsbereich aufheben‘, An-
trag des Landes Berlin“
Mitteilung des Senats vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1219)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Ab-
sprachen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen
einverstanden ist, den bitte ich um das Hand-
zeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist
mit den interfraktionellen Absprachen einver-
standen.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ge- setzes über die Erhebung einer Tourismus- abgabe

**Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017
(Drucksache 19/1136)**

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefrei- ungstatbestände - Gesetz zur Änderung der persönlichen Gebührenfreiheiten

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bünd-
nis 90/Die Grünen
vom 14. Dezember 2016
(Drucksache 19/881)**

2. Lesung

sowie

Gesetz zur Änderung der Gebührenbefrei- ungstatbestände

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 24. August 2017 (Drucksache 19/1210)

2. Lesung

und

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache 19/1224)

1. Lesung

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert, ihr beigeordnet Staatsrat Lühr und Staatsrat Strehl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer 36. Sitzung am 26. Januar 2017 in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Dieser Ausschuss legt nun mit der Drucksachen-Nummer 19/1210 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Wir kommen zur ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe, Drucksache 19/1136, und der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, Drucksache 19/1224, sowie zur zweiten Lesung des Gesetzes zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände, Drucksachen 19/881 und 19/1210.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll. Ich sage noch einmal: Es ist eine verlängerte Redezeit vereinbart. Sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 30 Minuten. Im Übrigen richtet sich die Redezeit nach der Geschäftsordnung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute die Haushaltsentwürfe

für die Jahre 2018 und 2019 sowie einen Finanzplan 2017 bis 2021 vor.

Als Erstes möchte ich mich bei all denen bedanken, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz in den letzten Wochen und Monaten dafür gesorgt haben, dass wir heute das umfangreiche Zahlenwerk beraten können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Danke an meine Staatsräte Henning Lühr und Dietmar Strehl, an die Abteilungsleiter, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Referaten des Finanzressorts und an alle Beteiligten in den anderen Ressorts, vor allem der Senatskanzlei.

(Beifall SPD, Bündnis 90/die Grünen)

Der Zeitrahmen war eng und nur mit großem Engagement aller Beteiligten einzuhalten. Dafür auch noch einmal im Namen des gesamten Senats ganz herzlichen Dank! Wir wissen, was von den Haushältern geleistet wird.

Der Haushalt 2018/2019 ist die letzte Etappe zur Einhaltung des Konsolidierungspfades. Wir werden auch diese erfolgreich meistern und schaffen damit die Voraussetzungen, um auch in den nächsten zwei Jahren je 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe von Bund und Ländern zu erhalten.

Der vorliegende Haushalt ermöglicht es Bremen und Bremerhaven, weiter zu wachsen, die positive Wirtschaftsentwicklung fortzusetzen sowie Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Der soziale Zusammenhalt wird gestärkt. Die nachhaltige ökologische Entwicklung wird gefördert. Investitionen in die Infrastruktur und in die Häfen werden getätigt. Wir setzen Schwerpunkte, vor allem beim weiteren Ausbau der Angebote im Bereich von Krippen, Kindergärten und Schulen. Mit zahlreichen Projekten werden die Digitalisierung beschleunigt und der Bürgerservice verbessert, und es werden wichtige Maßnahmen für eine sichere und saubere Stadt umgesetzt.

Das sind Investitionen, die sich auszahlen werden. Sie verbessern die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Das wird auch möglich, weil wir mehr Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigen. Von 2016 bis 2018 gibt es 1 000 Stellen zusätzlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Einnahmen im Stadtstaat Bremen steigen auf 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2018 und auf 5,5 Milli-

arden Euro im Jahr 2019. Das ist erfreulich und hilft uns sehr. Es ermöglicht die Finanzierung der Schwerpunkte und Millioneninvestitionen in den Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven. Der größte Teil der Einnahmen ist steuerabhängig, besteht also aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Knapp zwei Drittel der bremischen Steuereinnahmen stammen aus der Umsatzsteuer sowie der Lohn- und Einkommensteuer. Alle drei entwickeln sich positiv, und auch die Gewerbesteuererinnahmen steigen.

Die positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung wirkt sich auch hier aus. Allein 2016 sind 7 900 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hinzugekommen. Bei der Wirtschaftskraft belegt Bremen mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt aller Bundesländer einen Spitzenplatz.

Das Wachstum der bremischen Wirtschaftsleistung lag zum zweiten Mal in Folge über dem Bundesdurchschnitt. Wie immer ist Grundlage des Haushaltsentwurfs die Mai-Steuerschätzung, die von weiter steigenden Einnahmen ausgeht. Auch weil der Stabilitätsrat von Bremen weitere eigene Anstrengungen zur Einnahmesteigerung erwartet, wird die Citytax erhöht, wird die Wettbürosteuer eingeführt und wird für zwei Jahre befristet die Gewerbesteuer erhöht.

Der Senat hat sich die Entscheidung zur Gewerbesteuererhöhung nicht leichtgemacht. Sie ist ausdrücklich auf die letzten zwei Konsolidierungsjahre 2018 und 2019 begrenzt. Damit leistet die bremische Wirtschaft einen Solidarbetrag. Wir wollen über 100 Millionen Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung bereitstellen. Das dient auch der Wirtschaft. Ab 2020 verfügt Bremen über einen größeren finanziellen Spielraum und wird dann wieder zum alten Steuersatz zurückkehren.

Jetzt zu den Ausgaben! Die Ausgaben im Stadtstaat Bremen steigen auf 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 und auf 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2019. Am meisten profitieren davon die Kinder und Jugendlichen in unseren Krippen, Kindergärten und Schulen sowie deren Eltern. Der Etat für das Ressort „Kinder und Bildung“ wird von 2017 auf 2018 um über 100 Millionen Euro auf insgesamt 930,5 Millionen Euro erhöht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

2019 stehen dann 949 Millionen Euro zur Verfügung. Bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 wollen wir die Versorgungsquote für die Kinder

unter drei Jahren Kinder auf 50 Prozent und für die drei- bis sechsjährigen Mädchen und Jungen auf 98 Prozent steigern. Allein im laufenden Kita-Jahr 2017/2018 werden 142 neue Kindergarten- und Krippengruppen geschaffen. Das ist ein enormer Kraftakt, und der Ausbau geht weiter. Für Kita-Bauten sind 20,9 Millionen Euro für das Jahr 2018 und 24,3 Millionen Euro für 2019 eingeplant.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auf die stark steigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern reagieren wir zudem mit erheblich mehr Personal an Bremens Schulen. Ein Plus von 384 Stellen, darunter 140 Stellen, die 2017 noch aus zeitlich befristeten, flüchtlingsbezogenen Programmen bezahlt werden, ist ab 2018 dauerhaft finanziert. Zur Personalverstärkung gehören Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie nichtunterrichtendes Personal. Außerdem werden 50 zusätzliche Plätze für Referendare geschaffen. Die Lehrerzuweisungsrichtlinie für Bremen und Bremerhaven gewährleistet, dass die Zahl der Lehrkräfte in beiden Städten nach gleichen Regeln erfolgt. Das ist nach langen Debatten früherer Jahre über eine möglicherweise bessere oder schlechtere Ausstattung der Schulen in der einen oder der anderen Stadt ein großer Vorteil.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für Schulbauten stehen 28,5 Millionen Euro im Jahr 2018 und 39,1 Millionen Euro im Jahr 2019 zur Verfügung. Damit werden unter anderem der Neubau der Oberschule Ohlenhof, der Ganztagsausbau der Grundschule am Pastorenweg und Baumaßnahmen für den Ganztagsbetrieb der Grundschulen Alfred-Faust-Straße, Landskronastraße und Alt-Aumund finanziert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aus Sicht des Senats sind die Ganztagschulen für Kinder und Eltern von enormer Bedeutung. Sie erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglichen einen kindgerechten Unterricht, weg vom 45-Minuten-Takt.

Zusätzlich enthält der Etat von Immobilien Bremen für das Gebäudesanierungsprogramm 2018/2019 jährlich 26 Millionen Euro. Wie gewohnt wird das Programm vorwiegend für Schulsanierungen genutzt. Dazu gehören die Sanierung der Neuen Oberschule Gröpelingen, die Sanierung des Sekundarbereichs II des Schulzentrums Blumenthal, der Teiler-

satzneubau der Grundschule am Baumschulenweg, die Sanierung der Turnhalle am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium sowie der Teilersatzbau an der Oberschule Hermannsburg.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Universitäten und Hochschulen haben eine große Bedeutung für die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Außerdem steht die Wissenschaft für zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven. Für die Beteiligung an der ab 2019 beginnenden Exzellenzstrategie sowie für weitere neue Bund-Länder-Programme, an deren Ausschreibungen sich die Bremer Hochschulen beteiligen wollen, sind die notwendigen Mittel eingeplant. In die Hochschulbauten wird kräftig investiert. Mit dem Neubau des Gebäudes NW-Biologie wird die molekular- und meeresbiologische Forschung auf hohem Niveau gehalten und weiterentwickelt. Wir investieren in die Neugestaltung des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven. Der Neubau des NW2-Gebäudes an der Uni Bremen und die Sanierung des NW2-Traktes - A und B - sind ebenfalls finanziert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stärken die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven durch Investitionen in die Infrastruktur und in Gewerbegebiete. Damit unterstützen wir den starken wissenschaftlichen Kern in unserem Land und schaffen die Voraussetzungen für weiteres Wachstum. Die Häfen spielen dabei eine Schlüsselrolle und werden entsprechend berücksichtigt.

Laut der jüngsten Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik hängt jeder fünfte Arbeitsplatz im Land Bremen direkt oder indirekt an den bremischen Häfen. Mit Millioneninvestitionen werden wir unsere Häfen auch künftig konkurrenzfähig aufstellen. Die Baggerflotte für die Häfen wird erneuert, der Neubau der Nordmole wird begonnen, die Sanierung der Westkaje am Kaiserhafen wird zügig realisiert. Die Kreuzfahrtbranche boomt auch in Bremerhaven. Mit der Erneuerung des Kreuzfahrtterminals und der Ertüchtigung der Columbuskaje schaffen wir das Fundament für eine weitere positive Entwicklung.

Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der bremischen Gewerbeflächen ist gesorgt. Das gilt sowohl für die Schwerpunktvorhaben Hansalinie, GVZ und Bremer Industriepark als auch für die Überseestadt und bezüglich kleinerer Areale wie beispielsweise am Bahnhof Vegesack.

Ein Mammutprojekt in Bremerhaven ist die Erschließung des rund 155 Hektar großen Gewerbegebietes Luneplate. Der Bau des EcoMaT wird vorangetrieben. Es ist ein zentrales Projekt für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dort werden ab 2019 bis zu 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an neuen Materialien forschen.

Unsere Krankenhäuser bekommen zusätzliche Investitionsmittel. Damit wird unter anderem die Aufstockung des Eltern-Kind-Zentrums am Klinikum Bremen-Mitte finanziert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur ist von enormer Bedeutung für Bremen. Die großen Brücken sind dabei neuralgische Punkte. Der Etat für den Brückenerhalt wird deshalb aufgestockt. Wenn mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen, Fahrrad fahren oder schlicht zu Fuß gehen, entlastet das den Verkehr auf unseren Straßen, verringert den Lärm, verbessert die Luft und erhöht die Lebensqualität.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die aktuelle Dieseldebatte führt die Wirkung der Abgase auf die Gesundheit insbesondere von Kindern erneut vor Augen. Gleichzeitig ist eine ökologisch verantwortungsbewusste Verkehrspolitik ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Dass dieser notwendig ist, wissen die Bremerinnen und Bremer als Küstenanrainer. Versäumnisse beim Umweltschutz werden später beim Deichschutz teuer bezahlt. 31,5 Millionen Euro werden allein im Haushalt 2018/2019 für den Generalplan Küstenschutz zur Verfügung gestellt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Klimaschutz gehört zu den zentralen Leitzielen des Senats. Die Finanzierung der Landesenergieagentur Energiekonsens ist sichergestellt. Ihr Fokus liegt auf der Information und Beratung in Energie- und Klimaschutzfragen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Handwerk, Vereine und Institutionen. Auch das Förderprogramm „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ hilft bei der CO₂-Einsparung. Es unterstützt Hunderte von Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern bei der Sanierung ihrer Häuser.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ÖPNV-Angebot werden wir weiter ausbauen und attraktiver gestalten, zum Beispiel durch die Straßenbahnquerverbindung Steubenstraße, die auf den Weg gebracht wird.

(Beifall SPD)

Für den Ausbau der Linien 1 und 8 sind Mittel im Haushalt berücksichtigt und können bei vorliegender Baureife verwendet werden.

(Beifall SPD)

Mit der Anschaffung einer neuen Straßenbahnflotte wird der ÖPNV attraktiver, und der Komfort für die Fahrgäste steigt.

Auch für Radlerinnen und Radler wird Bremen noch attraktiver. Als Beispiel nenne ich die rund 42 Kilometer lange Fahrradpremiumroute Bremen-Nord–Innenstadt–Hemelingen sowie das „Fahrradmodellquartier Alte Neustadt“. Durch Premiumrouten quer durch das gesamte Stadtgebiet wird das Fahrradfahren sicherer und schneller. Die rasante Zunahme von Elektrofahrrädern ermöglicht es, längere Strecken schnell und bequem zurückzulegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem „Fahrradmodellquartier Alte Neustadt“, das mit Mitteln des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ gefördert wird, entsteht die erste Fahrradzone Deutschlands.

Wir wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die jahrelange Haushaltskonsolidierung in vielen Bereichen zu Defiziten geführt hat. Deshalb finanzieren wir jetzt, wo dies möglich ist, neben dem Kraftakt für den weiteren Kita- und Schulausbau zwei umfangreiche Maßnahmenpakete mit Verstärkungsmitteln. Mit zahlreichen Projekten stärken wir die Sicherheit, verbessern das Erscheinungsbild Bremens in puncto Sauberkeit, bauen den Bürgerservice aus und bringen die Digitalisierung voran.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das erste Paket mit insgesamt 36 Projekten wird die Sicherheit erhöhen und die Sauberkeit verbessern. Für beides zusammen stehen insgesamt 15 Millionen Euro in den Jahren 2018 und 2019 zur Verfügung. 120 zusätzliche Stellen werden geschaffen.

Die Aufenthaltsqualität in den Städten hängt maßgeblich von der Sauberkeit ab. Die Beschwerden über illegale Müllentsorgung haben zugenommen. Ein Bündel von Maßnahmen in

Bremen soll das Erscheinungsbild der Stadt deutlich verbessern. Dazu gehört die Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes. 23 Beschäftigte kümmern sich unter anderem um illegal entsorgten Müll, suchen die Verursacher und schreiten bei Beschwerden über Lärm ein. Die Reinigung von Grünanlagen und Badeseen am Wochenende wird organisiert. Die Pflege der Grünstreifen entlang der Straßen in Bremen-Nord wird verbessert. Im Stadtgebiet werden 500 zusätzliche Papierkörbe aufgestellt. Es gibt vier Stellen zur Information über die Bremer Regeln zur Abfallentsorgung vor Ort.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Damit die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor Gefahren durch Terroranschläge geschützt werden können, wird ein Maßnahmenpaket zu Prävention, Gefahrenabwehr und konsequenter Strafverfolgung geschnürt. Dazu gehört unter anderem eine verbesserte Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten. Für 500 000 Euro pro Jahr in Bremen und 150 000 Euro in Bremerhaven werden beispielsweise Schutzwesten und Schutzhelme angeschafft.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für eine zeitnahe Verhandlung und Verurteilung von Straftätern bekommen die Staatsanwaltschaft, das Landgericht sowie die Amtsgerichte zusammen zwölf zusätzliche Stellen. Die Ortspolizei Bremerhaven wird mit fünf Stellen verstärkt. Es gibt 16 zusätzliche Stellen für den Verfassungsschutz. Die Videoüberwachung wird um maximal drei neue Standorte erweitert. Die Kontrolle und Auswertung der Bilder werden verbessert. Dafür werden acht zusätzliche Stellen geschaffen.

Die Telekommunikationsüberwachung soll gezielt zur Abwehr von Gefahren eingesetzt werden. Dafür muss das Bremische Polizeigesetz angepasst werden. Für die Beantragung und Kontrolle sowie für Folgemaßnahmen der Überwachung sind zwölf zusätzliche Stellen eingeplant.

Das zweite Paket sorgt für deutliche Verbesserungen in den Bereichen Digitalisierung und Bürgerservice. Mit 20 Millionen Euro pro Jahr werden 58 Projekte finanziert. Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine Daueraufgabe. Wir fangen nicht bei null an. Bremen hat bereits in einigen Bereichen eine Vorreiterrolle übernommen. Gemeinsam mit Handels- und Handwerkskammer arbeiten wir an der Einführung der E-Rechnung. Die Eingangsplattform wird in Zusammenarbeit mit dem Bund entwi-

ckelt. Auf der CEBIT haben wir dieses bundesweit beachtete Modellprojekt dem Fachpublikum vorgestellt. Von der E-Rechnung profitieren Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen. Sie senkt Kosten und spart Zeit.

Bund und Länder trauen Bremen beim Thema Digitalisierung eine Menge zu. Nur wenige wissen, dass Bremen der Standort für die von Bund und Ländern mitfinanzierte Koordinierungsstelle für IT-Standards, kurz KoSIT, ist.

(Beifall SPD)

Danke!

(Zuruf SPD: Der Beifall war dafür, dass wir sie kennen!)

Sie ist für die bundesweite Standardisierung des Datenaustausches zwischen Behörden zuständig.

Unsere Tochterfirma Governikus, an der auch die Sparkasse Bremen beteiligt ist, kennen vermutlich ebenfalls nur Insider. Dort werden sichere IT-Lösungen entwickelt, die von Bund und Ländern genutzt werden, zum Beispiel eine Software, mit deren Hilfe Meldedaten im gesamten Bundesgebiet ausgetauscht werden, oder eine App, mit der neue Personalausweise für sichere Bank-, Versicherungs- und Behördengeschäfte genutzt werden können.

Der Senat hat sich gerade gemeinsam mit der Handelskammer in Dänemark über die dortige Digitalisierungsstrategie informiert. Dänemark hat in Europa eine Vorreiterrolle übernommen. Die Gespräche vor Ort haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber auch noch eine Menge vor uns haben. Die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch die Wirtschaft haben einen Anspruch auf zügige Bearbeitung ihrer Anliegen. Das Fundament für einen Ausbau der Digitalisierung ist gelegt. Darauf bauen wir auf. Wir schaffen effektivere Arbeitsstrukturen, finanzieren die dafür notwendigen Investitionen in Software und sorgen für mehr Personal in den Dienststellen vor Ort. 160 Stellen werden neu geschaffen oder nach 2017 weiterfinanziert. Davon werden allein über 80 Stellen im Bereich Migrations-, Bürger-, Ordnungs- und Standesamt verstetigt.

Der Ausbau der digitalen Verwaltung wird den Kontakt mit Behörden auch außerhalb der Öffnungszeiten ermöglichen, einige Behördengänge überflüssig machen und die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erleichtern. Online-Terminvergabe, automatische Übersendung von Geburtsurkunden und elektronische Bezahlmöglichkeiten sind einige Bei-

spiele für Bremens Aktivitäten in den nächsten zwei Jahren.

Es wird auch in Zukunft Menschen geben, die mit der Verwaltung nicht digital kommunizieren können oder möchten. Die Verwaltung wird deshalb natürlich weiter persönlich und telefonisch erreichbar sein.

Wichtig ist, dass nicht nur Onlinedienstleistungen angeboten werden. Wir nutzen die Digitalisierung auch, um für Kunden in Bürgerämtern, in Stadtbibliotheken und über das Bürgertelefon einen guten Service bieten zu können. Haben Sie, als Sie heute hereingekommen sind, unser Bürgertelefon 115 gesehen?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Beginn meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zwischen 2016 und 2018 deutlich um 1 000 Stellen ansteigt. Das ist eine sehr gute Nachricht, mit der zu Beginn des Sanierungszeitraums nicht zu rechnen war. Ursprünglich mussten wir aufgrund der damaligen finanziellen Rahmendaten mit 200 Stellen weniger pro Jahr planen. Der finanzielle Spielraum hat sich dann verbessert. Für die Aufnahme und Integration der Geflüchteten wurde das Personal deutlich aufgestockt.

Qualifizierte Fachkräfte sind das Rückgrat des öffentlichen Dienstes. Sie sind der Garant für guten Bürgerservice. Von ihrer Arbeit hängt in hohem Maß die Lebensqualität in unseren beiden Städten ab. Bei der Aus- und Fortbildung unserer Angestellten und Beamten sowie bei der Gewinnung motivierter Nachwuchskräfte können wir uns auf die bewährte Arbeit des Aus- und Fortbildungszentrums verlassen. Neben den Standardaufgaben sind dort innovative, bundesweit beachtete Modelle entwickelt worden. Neue duale Studiengänge wurden insbesondere gemeinsam mit der Hochschule Bremen eingeführt. Hunderte Quereinsteiger in die bremische Verwaltung erhielten eine umfassende Einführungsqualifizierung.

Mit der Kampagne „Du bist der Schlüssel - für deine Zukunft und deine Stadt“ werben wir erfolgreich um Nachwuchs. Dabei ist es gelungen, durch gezielte Ansprache den Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu steigern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Besonders hervorheben möchte ich das Projekt „Zukunftschance Ausbildung“, das 2014 im AFZ startete. Bremen hat mit Ausbildungsplät-

zen für junge Geflüchtete eine Vorreiterrolle in Deutschland übernommen. Die ersten Absolventen haben ihre Ausbildung bereits erfolgreich abgeschlossen. Die Ausbildungszahlen wurden kontinuierlich gesteigert. Inzwischen besteht eine Zusammenarbeit mit der Handwerks- und der Handelskammer. Auch für andere Jugendliche, die auf die eine oder andere Art beim Zugang zum Ausbildungsmarkt benachteiligt sind, macht der öffentliche Dienst spezielle Angebote.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir erleichtern Menschen mit geringem Einkommen und solchen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sei es durch die Fortführung des Stadttickets, durch ermäßigten Eintritt in Theater und Museen, durch kostenlose Museumsangebote für Schulklassen, durch Seniorenbegegnungsstätten, durch aufsuchende Altenarbeit, durch das Mütterzentrum oder durch die Häuser der Familie.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Menschen ohne Krankenversicherung bieten wir eine medizinische Grundversorgung. Die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt bleibt erhalten und bekommt deutlich mehr Geld.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die großen Anstrengungen der letzten und der nächsten Jahre im Bereich der frühkindlichen Förderung sind und bleiben das Fundament einer vorausschauenden Politik der Verbesserung der sozialen Lage. Wir geben mehr Geld für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft aus, vor allem, aber nicht nur in Schulen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihren Platz finden und nicht ausgesondert werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten wird uns auch in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Dabei ist die enorme Unterstützung durch Ehrenamtliche ein großartiges Beispiel für das gesellschaftliche Engagement und den Bürgersinn in unserem Land. Wir finanzieren Sprachkurse auch für Flüchtlinge, die auf den ersten Blick keine gute Bleibeperspektive haben. Jeder, der hier lebt, soll die Chance haben, sich in seinem Lebensumfeld zurechtzufinden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Refugio bekommt für die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen mehr Geld.

Zudem finanzieren wir weiterhin eine Flüchtlingseinrichtung für traumatisierte Frauen mit ihren Kindern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/ Die Grünen)

Für Frauen in schwierigen sozialen Lagen finanzieren wir ärztlich verordnete Verhütungsmittel, damit die Frauen nicht abwägen müssen, ob sie beim Essen, bei der Klassenfahrt für die Kinder oder bei der Verhütung sparen. Verhütung soll nicht an der Lebenslage, an der Finanzausstattung scheitern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ wird fortgesetzt. Mit dem WiN-Geld werden vielfältige Angebote, zugeschnitten auf das jeweilige Quartier, finanziert. Es ist beeindruckend, was in diesem Bereich mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln gestemmt wird. Wesentlich für den Erfolg sind die Entwicklung und Pflege von Netzwerken sowie der bewährte Ansatz der Bürgerbeteiligung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die integrative Kraft des Sports darf bei dieser Aufzählung nicht fehlen. Zentrales Projekt der nächsten Haushaltsjahre im Sport ist die Umsetzung des Bäderkonzepts mit Millioneninvestitionen in das Horner Bad und in das Waller Westbad.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Einstieg ins Berufsleben helfen die Jugendberufsagenturen in Bremen und Bremerhaven. Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen Zugänge zu Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden. Dafür sollen insbesondere die Übergänge aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Bildung so organisiert werden, dass überflüssige Warteschleifen vermieden werden.

Mit dem Programm LAZLO werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose bereitgestellt. Uns ist es wichtig, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Beeinträchtigung in unseren beiden Städten am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dabei hilft auch das bundesweit beispielhafte Vorbereitungsstudium für Geflüchtete. Das Hochschulbüro HERE und die Intensivsprachkurse werden weitergeführt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir gehen in den kommenden Jahren von weiterhin hohen Ausgaben für Sozialleistungen aus. Im Stadtstaat betragen sie 2018 und 2019 jeweils rund 1,1 Milliarden Euro. Die Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, die Mittel zielgenau einzusetzen, damit der Wirkungsgrad bei der Armutsbekämpfung steigt.

Ein großer und unbeliebter Ausgabenblock im Haushalt sind die Zinsen. Dafür sind im Stadtstaat Bremen 647 Millionen Euro im Jahr 2018 und 640 Millionen Euro im Jahr 2019 eingeplant. Das ist Geld, das uns für die Daseinsvorsorge fehlt. Diese Summe verdeutlicht, dass die Schuldenbremse kein Selbstzweck ist. Immer mehr Schulden zu machen, ist keine Lösung. Die Devise „Nach mir die Sintflut“ hat mit generationengerechter Politik nichts zu tun (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und vergrößert die Abhängigkeit von den Banken. Aktuell sinken die Zinsausgaben wegen der Konsolidierungsanstrengungen und historisch niedrigen Zinssätze leicht. 2014 wurde erstmals seit Jahrzehnten eine Zinssteuerquote von unter 20 Prozent erreicht. 2019 wird dieser Wert bei 14,3 Prozent liegen. Am Ende der Finanzplanung werden es 12,9 Prozent sein.

Um die Abhängigkeit von plötzlich steigenden Zinssätzen zu verringern, schließt Bremen Zinssicherungsgeschäfte ab. Finanzexperten aus meinem Haus sind in Abstimmung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss damit beschäftigt. Die aktuell niedrigen Zinssätze werden durch langfristige Verträge abgesichert. Dadurch werden heute schon Zinssätze für Kredite abgesichert, die zwischen 2018 und 2028 fällig werden. Das Ziel sind maximal 0,6 Prozent Zinsen für eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren. Solche Abschlüsse erreichen wir auch.

Abschließend gehe ich auf den heute ebenfalls vorliegenden Finanzplan 2017 bis 2021 ein. Es handelt sich um einen besonderen Finanzplan, da in diesem Zeitraum Bürgerschaftswahlen stattfinden und ab 2020 deutlich mehr Geld zur Verfügung steht. Letztes wird durch die für Bremen enorm wichtige Einigung über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ermöglicht. Die Einnahmen steigen in den fünf Planungsjahren deutlich stärker als die Ausgaben. Das führt erstmals seit den 60er-Jahren zu Haushaltsüberschüssen. Der strukturelle Finanzierungssaldo verbessert sich von minus 467 Millionen Euro im Jahr 2016 auf plus 229 Millionen Euro im Jahr 2021.

Die strikte Einhaltung der Sanierungsvereinbarung war das Fundament, das dieses Verhandlungsergebnis ermöglichte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jahr für Jahr haben wir die Vorgaben des Stabilitätsrats eingehalten. Das hat Vertrauen geschaffen. Wir haben den Bund und die Länder davon überzeugt, dass wir sparsam wirtschaften und für eine seriöse Haushaltspolitik stehen. 2020 beginnt finanzpolitisch eine neue Zeitrechnung. Der Turnaround wird geschafft. Die Schuldenbremse wird eingehalten. Der Haushalt verzeichnet Überschüsse. Die Zukunft Bremens als eigenständiges Bundesland ist damit gesichert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Große Investitionsprojekte haben einen langen Vorlauf. Deshalb haben wir Planungsmittel für konsensfähige Projekte im Haushalt 2018/2019 berücksichtigt. Die frisch gewählten Abgeordneten können mit dem Haushalt 2020/2021 neue, eigene Schwerpunkte setzen. Sie haben deutlich mehr Gestaltungsspielraum als in den letzten Legislaturperioden. Gut so! Sie werden mit Augenmaß beurteilen, was notwendig ist, wo verstärkt investiert werden soll und wie viel Geld für die Schuldentilgung eingeplant wird.

Das Jahr 2020 bildet auch für die Personalpolitik in Bremen einen Wendepunkt. Wir wollen, dass es dann keine Personaleinsparquoten mehr gibt, und berücksichtigen das in der Finanzplanung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nach und nach wurden schon in den letzten Jahren immer mehr Bereiche von Personaleinsparungsquoten ausgenommen. 2018 und 2019 spielt die PEP-Quote nur noch eine sehr kleine Rolle. Ein Abbau von rund 30 Stellen in jedem Jahr wird noch erbracht.

Auf ein in der Höhe heute nicht zu kalkulierendes Einnahmerisiko nach der Bundestagswahl will ich hier gern noch hinweisen. Das „Handelsblatt“ schreibt von einem großen Wettbieten der Parteien zum Thema Steuersenkungen. Naturgemäß ist offen, was davon umgesetzt wird. Fest steht, Bremen kann sich weniger Einnahmen nicht leisten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vorstellbar sind natürlich Entlastungen unterer Einkommen, wenn sie beispielsweise durch

höhere Steuersätze bei Spitzenverdienern oder eine angemessene Erbschaftsteuer ausgeglichen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aus Sicht des Senats ist eine gerechtere Verteilung der Steuerlast überfällig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ein langer Weg liegt hinter uns, seit die Sanierungsvereinbarung geschlossen wurde. Das Defizit von 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2010 wird bis 2020 komplett abgebaut. Zwei Jahre liegen noch vor uns, dann ist es geschafft. 2020 kommt die Zeitenwende. Wir brauchen dann keine zusätzlichen Kredite mehr. Bremen wird mehr einnehmen als ausgeben.

Als die Konsolidierungsvereinbarung geschlossen wurde, gab es viele Skeptiker. Das klappt doch nie! Das ist völlig unrealistisch! Höchstens ein, zwei Jahre seien die Vorgaben einzuhalten. - So oder ähnlich lauteten viele Kommentare. Alle, die Bremen kennen, wussten, es wird sehr schwer. Strenge Haushaltsdisziplin und eine positive Entwicklung vieler von Bremen kaum zu beeinflussender Faktoren wie die Steuereinnahmen, die Zinsentwicklung oder bundesweite Tarifabschlüsse waren wichtig und die Voraussetzung dafür, dass es gelungen ist.

Allen Unkenrufen zum Trotz wurde die Haushaltsbilanz Schritt für Schritt verbessert. Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Heute wie auch in Zukunft setzen wir auf eine leistungsfähige wirtschaftliche Infrastruktur, eine ökologische, familienfreundliche und soziale Stadtentwicklung sowie auf gut ausgebildete Menschen und qualifizierte Fachkräfte. Dafür haben wir endlich mehr Geld, und zwar auch in den Jahren 2018 und 2019.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die beiden Haushalte 2018 und 2019 gehen jetzt an Sie und in das parlamentarische Verfahren. Schauen Sie genau hin. Es ist Ihr Recht als Haushaltsgesetzgeber, zu beurteilen, ob unter den gegebenen Möglichkeiten das Beste aus dem Geld der Bürgerinnen und Bürger gemacht wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatorin für Finanzen und aller anderen Ressorts werden Sie dabei nach Kräften unterstützen. - Danke schön!

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen und Wochen wird in Bremen und Bremerhaven völlig zu Recht eine Menge über die Zukunft gesagt und auch geschrieben. Mit der Verständigung zwischen dem Bund und den Ländern über die künftige Finanzausstattung und auch mit den heute aktuell anstehenden Haushaltsberatungen ist die Frage zu stellen, wie, mit welchen Schwerpunkten und mit welcher finanziellen Ausstattung, unser Bundesland für die Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben, die Zukunft gestalten will.

Umso überraschter bin ich, sehr geehrte Frau Senatorin Linnert, dass der Begriff „Zukunft“ in Ihrer zugegebenermaßen nicht ganz kurzen Rede nicht nur so gut wie überhaupt nicht vorkam, sondern dass Sie über die Zukunft unseres Bundeslandes überhaupt nicht gesprochen, geschweige denn Ideen dafür entwickelt haben, wie es mit unserem Bundesland künftig weitergehen soll.

(Beifall CDU, BIW)

Die einzige Frage, die der Senat beantwortet hat, ist die Frage, wo er seine eigene Zukunft sieht. Seine eigene Zukunft hat er gesichert, indem er sich - handstreichartig, möchte man fast sagen - selbst zu einer Zukunftskommission ernannt hat.

(Abg. Bolayela [SPD]: Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der britische Literaturnobelpreisträger

Harold Pinter hat einmal gesagt, die Zukunft sei die Ausrede all jener, die in der Gegenwart nichts tun wollten.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Genauso verhält es sich mit dem Senat. Wo ist denn die Vorstellung des Präsidenten des Senats, der noch vor zwei Jahren das Bild einer wachsenden Stadt gezeichnet hat? Wie stellt er sich eigentlich vor, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven im Jahr 2020/2021 wohnen, leben, arbeiten, zur Schule gehen und ihre Kinder gut versorgt wissen wollen? Wo ist eigentlich die Idee dieser Regierung, was die Zukunft unseres Bundeslandes betrifft? Ich habe von Ihnen dazu nichts,

aber auch gar nichts gehört, sehr geehrte Frau Linnert.

(Starker Beifall CDU)

Wenn man das einmal im Einzelnen durchdekliniert, wird deutlich, wie verhalten Sie auf diese Herausforderungen der Zukunft zu reagieren bereit sind. Sie haben auf das Ende der Verschuldungspolitik ab dem Jahr 2020 hingewiesen. Damit haben Sie recht. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass das nur möglich wird, weil sich der Bund und die Länder auf eine neue, für Bremen verbesserte Finanzausstattung verständigt haben. Würde uns der Bund nicht auch ab 2020 helfen, sehr geehrte Frau Linnert, würden Sie das mittlerweile verfassungsrechtlich verankerte Verbot, neue Schulden aufzunehmen, missachten. Ihre mittelfristige Finanzplanung sieht ab dem Jahr 2020 weiterhin eine erhebliche Verschuldung künftiger Haushalte vor, wenn man die 400 Millionen Euro Finanzmittel des Bundes abrechnet. Das ist unverantwortlich gegenüber nachwachsenden Generationen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU - Zuruf Abg. Bücking [SPD])

Und dann reden Sie auch noch scheinheilig - ich sage das ganz bewusst so, Herr Bücking - über die künftigen finanziellen Spielräume der neu gewählten Abgeordneten. Sagen Sie ihnen wenigstens heute und hier die Wahrheit, Frau Linnert. Nach Ihrer eigenen Vorlage und mit dem Beschluss über diesen Haushalt werden Sie schon so viel Geld ausgeben und künftige Haushalte schon so stark belasten, dass von den 400 Millionen Euro, die im Jahr 2020 erstmals für Bremen zusätzlich zur Verfügung stehen, nur noch 89 Millionen Euro übrigbleiben. Sie belasten nicht nur die Generation, deren Vertreter oben auf der Zuschauertribüne sitzen, mit weiteren Schulden, sondern Sie setzen Ihre Verschuldungspolitik bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag fort. Das ist von einer Finanzsenatorin einfach unverantwortlich.

(Beifall CDU, BIW - Abg. Frau Kappert-Gonthar [Bündnis 90/Die Grünen]): Das ist lächerlich! - Zurufe SPD)

Der Bürgermeister hat bisher die Antwort darauf verweigert, wie er künftig mit den 400 Millionen Euro umgehen will, was er investieren will, wo er investieren will und wie viel er zum Schuldenabbau einsetzen will. Eines steht aber fest: Mit dem Beschluss über diesen Haushalt werden Sie die Vorfestlegung treffen, dass von den 400 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 nur noch weniger als die Hälfte

zur Verfügung stehen. Ich finde es schon bemerkenswert, sich hierhin zu stellen, das Ende der Verschuldungspolitik zu verkünden und klammheimlich die Jahre 2020 und 2021 schon mit neuen Schulden zu belegen. Das ist nicht ehrlich. Das ist nicht transparent. Das ist scheinheilig, sehr geehrte Frau Linnert.

(Beifall CDU)

Wenn wir an die großen Herausforderungen unseres Bundeslandes denken, dann ist es immer sinnvoll, sich auch die Ausgangslage zu vergegenwärtigen. Wir reden in diesen Tagen und Wochen, eigentlich schon seit zwei Jahren, von der Idee des Bürgermeisters einer wachsenden Stadt. Gewachsen ist einiges in Bremen, beispielsweise die Schulden und die Kinderarmut. Die Spaltung zwischen Wohlhabenden und Hilfebedürftigen hat sich entsprechend verstärkt.

Herr Bürgermeister, in diesen zwei Jahren hat sich von der wachsenden Stadt noch nicht allzu viel gezeigt. Nehmen wir zum Beispiel die Einwohnerentwicklung, eines Ihrer großen Ziele. Vergleichen wir die Einwohnerentwicklung Bremens mit der vergleichbarer Großstädte, stellen wir fest: In Stuttgart gab es von 2008 bis 2015 ein Plus von knapp vier Prozent und in Düsseldorf im gleichen Zeitraum ein Plus von knapp fünf Prozent. Leipzig verzeichnete im gleichen Zeitraum ein Plus von knapp neun Prozent und Dresden im gleichen Zeitraum knapp acht Prozent Steigerung.

Was ist mit Bremen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bremen ist die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum nur um zwei Prozent gestiegen. Die Tatsache, dass Bremen im Jahr 2015 mehr Einwohner hatte als im Jahr 2014, haben wir allein einem Sondereffekt, dem Zuzug von Flüchtlingen, zu verdanken. Bremens Bevölkerung ist in diesem Zeitraum überhaupt nicht gewachsen. Das ist nicht nur ein statistisches Problem.

(Abg. Frau Aulepp [SPD]: Die Flüchtlinge gehören nicht zur Bevölkerung, oder was?)

Ich habe gesagt: Die bremische Bevölkerung ist aus eigener Kraft in diesem Zeitraum nicht gewachsen. Im Übrigen wissen Sie auch, Frau Aulepp, dass dieses Wachstum allein durch Flüchtlinge wegen der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen künftig nicht mehr möglich sein wird.

Wo ist denn die Strategie des Bürgermeisters einer wachsenden Stadt? Woher sollen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner für Bremen kommen? Wo sollen sie eigentlich

wohnen? Wo sollen sie in den beiden Städten unseres Landes leben? Was wollen wir ihnen für eine Zukunft geben? Wie wollen wir im Wettbewerb mit den anderen Ländern sagen, es lohne sich, in Bremen und Bremerhaven zu wohnen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu all diesen Themen geben weder der Bürgermeister noch der vorliegende Haushalt auch nur eine einzige Antwort. Die Statistik, ob wir wachsen oder nicht, ist für sich genommen, noch kein Wert. Mit dem Einwohnerwachstum entscheiden sich für unsere Gesellschaft ganz wesentliche Fragen, beispielsweise die Fragen, wie es mit der demografischen Entwicklung in Bremen und Bremerhaven aussieht, welche Arbeitsplätze wir eigentlich in Zukunft in den beiden Städten unseres Landes benötigen, wie eigentlich der soziale Wohlstand in den beiden Städten unseres Landes gewährleistet wird. Wer nicht auf Wachstum setzt, verspielt die Zukunft unseres Landes. Der Senat ist dabei, dies zu tun.

(Beifall CDU)

Wie hat sich das wirtschaftliche Wachstum entwickelt? Die Senatorin ist stolz darauf, dass es in den letzten beiden Jahren im Vergleich mit dem Bund überdurchschnittlich gestiegen ist. Ja, jeder fälscht die Statistik, die er braucht.

(Abg. Gottschalk [SPD]: Und jetzt Sie!)

Jetzt ich! Die Wahrheit ist - Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder - -:

(Zuruf Abg. Gottschalk [SPD])

Wollen Sie das bemängeln? Wissen Sie es besser, Herr Gottschalk? Nein!

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Sie haben doch gerade vom Fälschen von Statistiken gesprochen!)

Das weiß er bestimmt besser, ja.

(Abg. Güngör [SPD]: Das ist auch nicht schwer bei Ihnen!)

Da hat er seine eigene Statistik.

Im Zeitraum von 2008 bis 2016 ist das Wirtschaftswachstum bundesweit um acht Prozent gestiegen, in Bremen um gut die Hälfte, um 4,9 Prozent.

Wie hat sich eigentlich die Erwerbstätigkeit in Bremen im Vergleich zu anderen Städten entwickelt? Hier wird immer von den vielen neu geschaffenen Arbeitsplätzen geredet. Ja, meine Damen und Herren, in Bremen ist die Beschäftigung von 2008 bis 2016 um 3,2 Prozent gestiegen. Wie sieht es aber bei unseren Wettbewerbern aus? In Berlin gab es im gleichen Zeitraum ein Plus von zwölf Prozent, in Hamburg ein Plus von fast neun Prozent. Berlin und Hamburg sind wachsende Städte. Da wächst die Zahl der Arbeitsplätze. Da wächst die Zahl der Einwohner. Da wächst der Wert des Bruttoinlandsprodukts. Da wächst die Wirtschaft. Bremen ist das Gegenteil von Wachstum. Im Gegensatz zu vergleichbaren Städten schmelzen wir bei all diesen wichtigen Kennziffern für die Zukunft unseres Landes ab.

(Beifall CDU - Zuruf Abg. Gottschalk [SPD])

Das hat nichts mit Geld zu tun, Herr Gottschalk. Es hat etwas damit zu tun, wie man das vorhandene Geld gut investiert. Lassen Sie mich auch dazu an dieser Stelle eine Vergleichszahl nennen. Frau Bürgermeisterin, wir beide sind schon lange dabei, übrigens auch in unterschiedlichen Rollen. Ich kann mich noch daran erinnern, dass Sie hier in der Zeit der Großen Koalition von 1995 bis 2007 die Verschuldungspolitik des Senats gegeißelt haben. Sie haben keine Haushaltsdebatte ausgelassen, um darauf hinzuweisen, dass Schulden die Zukunft unseres Landes verbauen.

(Zuruf Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen])

Hören Sie doch erst einmal zu!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das fällt schwer!)

Die Große Koalition hat von 1995 bis 2007 rund vier Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Ihre Finanzsenatorin hat keine acht Jahre gebraucht, um diesen Rekord einzustellen und zu übertreffen. Wenn Sie, Frau Linnert, im Jahr 2019 als Finanzsenatorin dieses Landes endlich aus dem Amt scheiden, werden Sie diesem Land mehr als fünf Milliarden Euro Schulden hinterlassen. Zukünftige Generationen werden Jahrzehnte brauchen, um die Folgen dieser katastrophalen Verschuldungspolitik wieder aufzuholen. Das ist keine Zukunft für unser Land, das ist Vergangenheitsbewältigung.

(Starker Beifall CDU)

Ich erinnere mich noch, dass Herr Dr. Kuhn als damaliger haushaltspolitischer Sprecher hier

gesagt hat, die Party der Großen Koalition sei zu Ende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, worin hat die Große Koalition eigentlich damals investiert?

(Zuruf: In Schulden!)

Vielleicht könnten Sie sich, bevor Sie dazwischenrufen, bei Herrn Gottschalk darüber informieren, wer damals zur Großen Koalition gehört hat.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Er war Wirtschaftsminister! - Heiterkeit SPD)

Nach meiner Ansicht besteht eine Große Koalition immer aus zwei Parteien. Wahrscheinlich waren Sie dabei. Es werden sich nicht mehr alle daran erinnern, aber ich vermute - der Präsident nickt -, es ist nicht auszuschließen, dass auch Sozialdemokraten in diesem Bundesland einmal regiert haben, meine Damen und Herren. Ich gebe zu, es ist lange her, und man merkt es heute nicht mehr.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Sie haben es verstanden!

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Sie nicht?)

Sie haben regiert. Gut, das war der erste Teil! Der zweite Teil ist aber die Frage, wofür wir das Geld ausgegeben haben. Sehr geehrte Frau Grotheer, wofür haben wir dieses Geld ausgegeben?

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Erklären Sie es!)

Wir haben den Löwenanteil für die Verbesserung und für die Ausstattung der wissenschaftlichen Infrastruktur unseres Landes ausgegeben.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich gemerkt, als eines nach dem anderen gekürzt worden ist!)

Das war das größte Großprojekt, das in Bremen in dieser Großen Koalition geschaffen worden ist, und es hat dazu geführt, dass die Universität von der roten Kaderschmiede zur Exzellenzuniversität geworden ist.

(Beifall CDU)

Es hat dazu geführt, dass unsere Hochschulen gut aufgestellt sind.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Waren Sie eigentlich jemals an der Uni?)

Es hat dazu geführt, dass wir Einwohner gewonnen haben. Es hat dazu geführt, dass wir neue Baugebiete ausgewiesen haben. Es hat dazu geführt, dass wir überproportionale Steuermehreinnahmen hatten. Es hat dazu geführt, dass wir überproportional lange über dem Bundesdurchschnitt gewachsen sind, meine Damen und Herren. Das war Wachstum in den beiden Städten unseres Landes. Wir haben sie mit Schulden bezahlt, aber wir haben eine Rendite darauf bekommen. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie machen.

(Beifall CDU)

Was bleibt von den Schulden, die Sie gemacht haben, wenn Sie im Jahr 2019 aus dem Amt scheiden, Frau Senatorin Linnert? Was haben Sie denn eigentlich mit dem Geld erreicht, das Sie auf Kosten der künftigen Generationen ausgegeben haben? Wir haben dann noch immer die höchste Armutsquote.

Wir haben unverändert noch keinen bezahlbaren Wohnraum für die Mittelschicht. Ja, ich gebe zu, Sie haben in den letzten Wochen beim sozialen Wohnungsbau Gas gegeben. Das ist auch richtig und angemessen. Ja, Sie haben in Ihren Lieblingszeiten davor beim teuren Wohnungsbau Gas gegeben. Wo bleibt aber eigentlich der Wohnungsbau für die Durchschnittsfamilie, die ein Reihenhaus bewohnen möchte? Den Facharbeiter, der mit seiner Familie in der Stadt leben möchte, treiben Sie schon wieder in das niedersächsische Umland, meine Damen und Herren.

Das führt nicht nur dazu, dass wir Einwohner verlieren, das führt eben auch dazu, dass sich die Einwohner bei uns sozial immer weiter in Arm und Reich spalten. Wer in diesem Land keinen Wohnungsbau für die Mittelschicht finanziert und ermöglicht, wer bezahlbaren Wohnungsbau nicht auch für die Menschen ermöglicht, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben und bezahlbar wohnen wollen, der versündigt sich an der gesellschaftlichen Zukunft unseres Bundeslandes und an den beiden Städten.

(Beifall CDU)

Deswegen kann man mit grüner Wohnungsbaupolitik die soziale Lage unserer Stadt eben nicht verändern. Sie wollen nur innen verdichten und treiben die Grundstückspreise nach oben. Bei Quadratmeterpreisen von 4 000 Euro bis 6 000 Euro müssten Sie doch selbst merken - spätestens, wenn Sie den Menschen zuhören -, dass sich die meisten Durchschnittsfamilien einen solch teuren Woh-

nungsbau in Bremen und Bremerhaven eben nicht leisten können.

Was machen die niedersächsischen Umlandgemeinden eigentlich besser als wir? Das Haus, das gebaut werden soll, kostet dort genau das gleiche wie hier. Das Problem sind die baupolitischen und energetischen Anforderungen, die wir hier stellen, und das Problem sind die Grundstückspreise. Solange Sie Flächenknappheit verwalten, statt Flächen auszuweisen, werden Sie die Menschen weiterhin aus Bremen und Bremerhaven vertreiben. Das ist der falsche Ansatz, um zu wachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Der Senat hat jetzt eine Zukunftskommission eingesetzt. Nun ist es im Prinzip nicht schlecht, dass man sich beraten lässt, wenn man selbst nicht mehr weiterweiß.

Wenn der Senat schon keine Idee hat, wie es in Zukunft weitergehen soll, dann ist eine Kommission sicherlich das Richtige. Herr Sieling, dass Sie selbst sozusagen das oberste Gremium der Zukunftskommission sind und die Experten Sie zwar beraten, aber nichts gegen Ihren Willen beschließen dürfen und dass Sie die Themen auch noch so verengen, dass es nur um Infrastruktur, Stadtentwicklung und Qualifizierung geht, beantwortet doch nicht die Fragen nach der Zukunft unseres Bundeslandes.

Warum soll der Senat in der Zukunftskommission eigentlich etwas anders machen als dienstags im Senat? Was wollen Sie denn in der Zukunftskommission anders handhaben, anders regeln, anders aufrufen, als es sowieso schon Ihre Pflicht als Bürgermeister dieses Landes ist?

Um Themen zu identifizieren, braucht man im Übrigen keine Zukunftskommission. Die Themen liegen doch auf der Hand. Ich empfehle allen, sich mit den Zukunftsthemen, den Megatrends zu beschäftigen, die der Zukunftsforscher Professor Horx mit seinem Zukunftsinstitut entwickelt hat. Messen Sie sich doch an dem, was andere schon ermittelt haben.

Worum wird es in Zukunft in Deutschland, in Bremen und Bremerhaven gehen? Es wird in allererster Linie um die Wissenskultur gehen. Wissen wird darüber entscheiden, ob ein Land Wohlstand hat, ob eine Gesellschaft Zukunft hat und ob die Kinder in einer Gesellschaft Perspektiven haben.

Was machen Sie eigentlich im Bereich der Förderung von individuellen Talenten und des

Weckens von Neugier? Sie haben eben darauf hingewiesen, dass Sie die Ausgaben in diesem Bereich erhöhen. Ja, Sie erhöhen sie, weil Sie sie erhöhen müssen. Sie erhöhen sie, weil es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt und weil Sie das Geld in die Hand nehmen müssen, um neue Plätze zu schaffen und damit diesen Rechtsanspruch zu gewährleisten.

Wollen wir in einer Zukunftskommission nicht lieber darüber reden, welche qualitativen Anforderungen wir eigentlich an Bildung stellen? Ist es wirklich Zukunft, wenn die Bildungsministerin sagt, man wolle im Jahr 2035 den Anschluss an das Mittelfeld in Bildungsvergleichsstudien finden? Das ist ein ähnlich ambitioniertes Ziel, als wenn Werder Bremen sagte, man wolle im Jahr 2035 nicht in der Relegation spielen.

Wer die Qualität von Bildung auf das Jahr 2035 vertagt, der versündigt sich an mindestens zwei weiteren Generationen von Kindern, die noch geboren werden und Anspruch darauf haben, dass dieser Staat ihre Bildung fördert und sie nicht benachteiligt.

(Beifall CDU)

Deswegen ist es grundsätzlich falsch, dass ausgerechnet Bremen, das, wie dem Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes für 2016 zu entnehmen ist, immer die rote Laterne bei Vergleichsuntersuchungen hat, mit 20,3 Prozent am wenigsten öffentliches Geld seines Haushalts für den Bildungsbereich zur Verfügung stellt. Wer den Anschluss schaffen will, muss nachhaltig in die Bildung investieren. Er darf nicht nur die Pflicht absolvieren, sondern muss sich auch um die Kür kümmern. Bildung ist das zentrale Thema der Zukunft unseres Landes. Darüber machen Sie sich offensichtlich überhaupt keine Gedanken.

(Beifall CDU)

Der zweite große Megatrend ist die Urbanisierung. Sie nennen das in Ihrer Zukunftskommission Stadtentwicklung. Unter uns gesagt, finden Urbanisierung und Stadtentwicklung doch nur dort statt, wo auch Fläche zur Verfügung gestellt wird. Wenn die Menschen wieder modern in der Großstadt leben wollen, muss ich ihnen doch Wohnraum bieten. Welche Flächen haben Sie denn für solchen Wohnraum ausgewiesen? Gestern haben wir über ein Kleingartengebiet geredet, das aufgegeben wurde und brachliegt. Es gibt viele andere Flächen, die brachliegen.

Ich sage Ihnen voraus: Mit dieser Koalition und den Grünen als Koalitionspartner ist eine Flächenpolitik, die dazu führt, dass wir in unserer Stadt wachsen können, nicht zu machen. Wir brauchen bezahlbare Grundstücke für die Mittelschicht, damit die Menschen unser Land nicht mehr verlassen. Wir brauchen bezahlbare Grundstücke für die Wirtschaft, damit deren Entwicklung hier in Bremen stattfindet, die Steuerkraft hierbleibt und die Arbeitsplätze hier entstehen und nicht im niedersächsischen Umland. Wir brauchen einfach mehr Fläche, um zu wachsen, meine Damen und Herren. Darauf hat dieser Senat eben keine Antwort gegeben.

(Beifall CDU)

Mit der Wahlkampfpolemik des Haushalts, die hier auch eine Rolle gespielt hat, will ich nicht allzu viel Zeit verschwenden. Ich möchte aber wenigstens darauf hinweisen, dass uns diese dauernde Neiddebatte - wir brauchen in Bremen mehr Geld, die Reichen sollen das bezahlen - in der Sache nicht weiterhilft. Es ist, zumindest was die Gewerbesteuer betrifft, auch falsch. Noch nie hat Bremen so viel Gewerbesteuer eingenommen wie im letzten Jahr. Die Gewerbesteuererinnahmen haben sich seit Ihrem Amtsantritt, sehr geehrte Bürgermeisterin Linnert, nahezu verdoppelt.

(Abg. Gottschalk [SPD]: Hört, hört! - Bürgermeisterin Linnert: Manche würden das für einen Erfolg halten!)

Ich halte das auch für einen Erfolg. Deswegen finde ich es schäbig, dass Sie die vorgesehene Gewerbesteuererhöhung zum Stopfen von Haushaltslöchern damit rechtfertigen, dass Sie dieses Geld angeblich brauchen, um mehr Bildung zu finanzieren. Was haben Sie denn eigentlich mit den Millionenbeträgen aus der Mehreinnahme der Gewerbesteuer in der Vergangenheit gemacht? Die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Handwerkerinnen und Handwerker haben ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts bereits geleistet. Ich finde es einfach schäbig, jetzt zu sagen: Wir brauchen noch einmal euer Geld, um wichtige Ausgaben zu finanzieren.

Die Menschen haben schon viel Geld gegeben, um die notwendigen Ausgaben in unserem Land zu finanzieren. Sie haben einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und zur Ausgabenfinanzierung geleistet. Sie jetzt nach dem Motto in den Schatten zu stellen: „Jetzt müsst ihr endlich auch einmal etwas von eurem Reichtum abgeben, damit wir etwas Soziales in Bremen tun können“, halte

ich für politisch niederträchtig, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin.

(Beifall CDU, FDP)

Jetzt einmal im Ernst: Wer soll denn nach der Sektsteuer und dem Solidaritätszuschlag noch Ihrer Ankündigung glauben, dass diese Gewerbesteuererhöhung nur für zwei Jahre gilt? - Ich weiß gar nicht, welche Position Sie als Grüne zurzeit zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags haben. Wahrscheinlich hängt das davon ab, mit wem Sie regieren können. Wer glaubt, dass diese Steuer wirklich nur für zwei Jahre erhoben wird, der täuscht sich. Wahrscheinlich sind Sie dann nicht mehr im Amt, Frau Linnert. Das mag ich Ihnen zugestehen. Aber diese Gewerbesteuer - das ist meine Prognose - wird im Jahr 2020 nicht abgeschafft werden, wenn es bei dieser Regierung bleibt.

Ich halte das für fatal. Wir haben sowieso schwierige Rahmenbedingungen in Bezug auf die Flächenentwicklung, die Wachstumsmöglichkeiten und die verkehrliche Infrastruktur. Es ist ein falsches Signal, ausgerechnet hier eine Neiddebatte zulasten der Unternehmerinnen und Unternehmer anzustrengen. Ich finde es schäbig und halte es auch für inhaltlich falsch.

Letztens stand ein Artikel in der Zeitung, der aufgezeigt hat, wer eigentlich diese Gewerbesteuer zahlt. Es steht immer der Verdacht im Raum, einige wenige Großbetriebe zahlten sie. Nein, jeder Handwerksbetrieb ist von Ihrer Gewerbesteuererhöhung betroffen. Dabei geht es teilweise um Kleinbeträge. Für solch einen Handwerksbetrieb sind 5 000 Euro oder 10 000 Euro aber viel Geld. Für Sie sind das Peanuts, denke ich. Für einen kleinen Betrieb, der jeden Tag um Aufträge und das eigene Überleben kämpft und die Zukunft seiner Mitarbeiter sichern muss, ist das viel Geld. 5 000 Euro bis 10 000 Euro bedeuten für einen mittelständisch geführten Handwerksbetrieb einen Ausbildungsplatz, der vielleicht wegfällt, weil Sie die Gewerbesteuer erhöhen.

Deswegen sage ich: Es ist nicht nur strategisch falsch, es ist nicht nur politisch in der Polemik falsch aufgesetzt, sondern es ist auch inhaltlich ungerecht und falsch, die Gewerbesteuer zulasten dieser mittelständischen Betriebe zu erhöhen. Wir werden einer solchen Erhöhung nicht zustimmen.

(Beifall CDU)

Sie haben großspurig das Projekt der digitalen Verwaltung, auch beim Bürgerservice, gelobt. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es seit

gestern auch eine Vorlage dazu gibt. Der Senat hat sich damit befasst. Bisher gab es, wie immer in Bremen, nur Geld. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist die Idee der rot-grünen Koalition, Geld in den Haushalt einzustellen, und dann wird sich schon etwas entwickeln. Damit, Geld auszugeben, hatten wir in Bremen noch nie Probleme. In der Regel ist mindestens das Geld ausgegeben worden, das zur Verfügung stand.

Jetzt gibt es eine Idee, wie es mit der Digitalisierung der Verwaltung in Zukunft funktionieren könnte. Darin ist einiges Gute enthalten. Über anderes muss man am Ende reden. Ich habe noch nicht ganz verstanden, wie der Bürgerservice durch die Digitalisierung wirklich verbessert werden soll. Dazu muss man sicherlich auch das eine oder andere Gesetz ändern. Dabei reden wir über Bundesgesetze. Seinen Personalausweis ohne Identitätskontrolle abzuholen, wird Bremen allein kaum regeln können. Dafür wird man wohl andere benötigen und auch eine andere gesetzliche Grundlage brauchen.

Sie schreiben, Sie haben jeweils 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie haben aber verschwiegen, dass Sie das Geld gar nicht finanziert haben. Sie haben in der gleichen Höhe eine globale Minderausgabe eingestellt. Das heißt, Sie haben Geld ausgegeben, das Sie gar nicht haben, geschweige denn finanziert haben. Ein Finanzierungskonzept für diese digitale Zukunftsinitiative, die Sie entwickelt haben, steht also überhaupt nicht zur Verfügung.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Typisch bremisch!)

Ist das eigentlich seriöse, nachhaltige Finanzpolitik à la Grüne, wenn ich mich hier im Parlament für ein Projekt loben und preisen lasse, für das ich selbst noch nicht einen einzigen Euro zur Verfügung gestellt habe, geschweige denn, dass ich weiß, wie es auf Dauer finanziert werden soll? Sie haben jetzt für zwei Jahre 20 Millionen Euro eingestellt. Sie wollen aber Hunderte von neuen Stellen schaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich finde, seriöse Finanzpolitik sieht anders aus.

Man schreibt zuerst einmal auf, auf welcher gesetzlichen Grundlage man mit welchen Maßnahmen die Digitalisierung bürgerfreundlich vorantreiben will, und wirbt hinterher Geld ein, statt zuerst eine Summe aufzuschreiben, sich belobhudeln zu lassen und am Ende durch eine globale Minderausgabe nachfinanzieren zu müssen, was, wie ich finde, kein Beweis für solide Finanzpolitik ist.

(Beifall CDU)

Sie haben Investitionsbedarfe beschrieben. Der Sanierungsstau an den Schulen beträgt mindestens 675 Millionen Euro. Darüber haben wir lange hier im Parlament gestritten. Der Sanierungsstau in den Krankenhäusern beträgt, wie ratenweise und zuletzt im Haushalts- und Finanzausschuss zugegeben, mindestens 500 Millionen Euro. Der Sanierungsstau in den Häfen beträgt nach einer Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen 250 Millionen Euro. Der Sanierungsstau bei Straßen beträgt nach einer Auskunft des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr 240 Millionen Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es dann das richtige Signal, die Investitionsquote über die Jahre immer weiter zu senken? Ist es eine nachhaltige Finanzpolitik, den Menschen, den nachwachsenden Generationen, den künftigen Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft einen milliardenschweren Sanierungsstau zu hinterlassen, weil man das Geld an anderer Stelle für konsumtive Zwecke ausgegeben hat? Ich sage: Nein! Investitionen sind keine Schande. Sie sind eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft und eines Gemeinwesens. Dafür haben Sie weder in der Vergangenheit genug getan noch haben Sie für die Zukunft vorgesorgt.

(Beifall CDU)

Ich will am Ende der ersten Runde noch etwas zur sozialen Struktur der beiden Städte unseres Landes sagen. Wenn ich vorhin über Einwohnerwachstum, über Wirtschaftswachstum und über die Notwendigkeit des Wachstums von Arbeitsplätzen gesprochen habe, dann habe ich das natürlich im Hinblick auf die aufzustellenden Haushalte und die mittelfristige Finanzplanung getan. Mich und die Bremer CDU treibt die tiefe Sorge um, dass eine Fortsetzung der bisherigen Politik dazu führen wird, dass sich die soziale Spaltung in den beiden Städten unseres Landes unverändert fortsetzt. Wir sind das einzige Bundesland, in dem die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren noch weiter auseinandergegangen ist.

Frau Senatorin, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir ein Fünftel unseres Haushaltes, rund eine Milliarde Euro, zwischenzeitlich für die Sozialausgaben aufwenden. Nun kann man natürlich denken, je mehr ein Staat und ein Gemeinwesen für Sozialausgaben aufwenden, umso besser muss es den Menschen doch eigentlich gehen. Das ist nicht die Auffassung der CDU zur Sozialpolitik.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Also senken Sie die Sozialleistungen; dann geht es den Leuten besser?)

Für uns ist es viel wichtiger - dies wäre ein Erfolgsindikator -, wenn die Menschen nicht auf die Fürsorge des Staates angewiesen wären. Die Menschen leben in einem Land, das möglichst hohe Sozialausgaben pro Kopf aufwendet, nicht besser. Sie leben in einem Land besser, das die geringsten Ausgaben aufwenden muss, um Geld umzuverteilen.

Während Ihrer Amtszeit, Frau Senatorin, sind die Ausgaben für den Sozialbereich von knapp 600 Millionen Euro auf fast 1,1 Milliarden Euro oder um knapp 85 Prozent gestiegen. Hinter dieser Zahl steht eine Vielzahl von Kindern, Frauen und Männern, die in Bremen und Bremerhaven nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe zu finanzieren. Es ist richtig und vernünftig, dass wir ihnen helfen und versuchen, ihre Armut zu lindern, indem wir ihren Lebensunterhalt teilweise finanzieren.

Sozialpolitik, wie die CDU und ich sie verstehen, leistet aber mehr als Geld zu verteilen. Sie sorgt dafür, dass die Kinder dieser Menschen in einem gut ausgestatteten, individuelle Talente fördernden Schulsystem eine Zukunft bekommen, dass sie eine Chance erhalten, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Das wollen wir nicht?)

Eine Sozialpolitik, die hilft, erreicht darüber hinaus, dass Menschen in die neu entstehenden Arbeitsplätze vermittelt werden können. Eine Sozialpolitik, wie wir sie verstehen, schafft es auch, dass die Menschen in Wohnverhältnissen leben, die angemessen und auskömmlich finanziert sind.

Deswegen sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Der vorliegende Haushaltsentwurf wird den Anforderungen an die Zukunft unseres Bundeslandes in keinem Punkt gerecht. Er verwaltet die Gegenwart, er erfüllt das gesetzlich Verpflichtende, aber er gibt der Gesellschaft in Bremen keine Perspektive. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall CDU, BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, ich bin nicht so lange dabei wie Sie und Bür-

germeisterin Linnert, aber ein paar Jährchen in diesem Parlament habe ich schon auf dem Rücken.

Ich habe immer wieder festgestellt, dass Haushaltsberatungen einem gewissen Ritual folgen. Einmal ist es mehr erträglich, ein anderes Mal ist es weniger erträglich. Haushaltsberatungen in der ersten Lesung laufen immer so ab, dass die Regierung darstellt, was sie demnächst machen möchte, und die Opposition frei assoziierend darbietet, was sie an dieser Regierung zu kritisieren hat. Darauf hatte ich mich eingerichtet. Aber, Herr Kollege Röwekamp, meinen Sie nicht auch, dass Sie heute ein bisschen überzogen haben? Sie sprechen von Scheinheiligkeit, reden von Lügen, von Wahrheitsverdrehung und Fälschung.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das habe ich nicht gesagt! - Abg. Frau Grotheer [SPD]: „Fälschung“ haben Sie gesagt! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist aber nicht „Lüge“!)

Das ist immer dann schwierig, wenn man sich selbst auf dünnem Eis bewegt. Ich habe viele Dinge, die Sie eben geschildert haben, nicht nachprüfen können. Die Leistungsbilanz unserer Großen Koalition, die ich mitgetragen habe - so lange bin ich doch schon dabei - bezüglich der Frage, wie viel Schulden wir am Ende gemacht haben, ist im besten Falle verkürzt von Ihnen dargestellt worden.

Die vier Milliarden Euro Schulden stimmen. Was haben wir zusätzlich ausgegeben? Zusätzlich haben wir den gesamten Brotkorb von zehn Milliarden ausgegeben, den die Ampelkoalition unter Klaus Wedemeier vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, Kritik muss einen wahren Kern haben. An dieser Stelle hatte Sie den nicht, Kollege Röwekamp.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mir den von Ihnen zitierten englischen Nobelpreisträger nicht merken können. Wenn man sich mit Engländern befasst, findet man immer alles.

(Heiterkeit SPD)

Anthony Eden, ein durchaus erfolgreicher englischer Premierminister, hat einmal, nach einer Haushaltsdebatte tief frustriert, im Unterhaus gesagt, jeder erwarte vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen. Ich glaube, dass Sie eine sehr enge

Geistesverwandtschaft zu Anthony Eden haben, denn genau das haben Sie in Ihrer Rede dargestellt: Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen. Die Kunst der Politik besteht darin, beides in Einklang zu bringen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch über zwei andere Dinge reden. Ich möchte darüber reden, wo wir uns eigentlich befinden. Im Jahr 2010, also vor beinahe acht Jahren, haben wir die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund geschlossen. Es ging um eine Schuldenbremse. Warum haben wir das eigentlich gemacht? Wir haben das gemacht, weil wir damals jedes Jahr 1,2 Milliarden Euro durch Schulden finanzierten. Jedem war klar: Das geht nur noch begrenzt so weiter, weil das nicht nur die Handlungsfähigkeit dieses Staates auf null reduziert, sondern letztlich dazu führt, dass unser Gemeinwesen als selbstständiges abgeschafft wird - darüber könnte man reden -, vor allen Dingen aber als handlungsfähiges abgeschafft wird. Deshalb war es völlig richtig, dass wir diese Schuldenbremse eingeführt beziehungsweise die Konsolidierungsvereinbarung getroffen haben.

Ich komme noch einmal auf Klaus Wedemeier zurück. Wir alle wussten und das Bundesverfassungsgericht hat uns sogar bestätigt, dass wir ohne eigenes Verschulden in die Situation geraten sind, unser Gemeinwesen nicht auskömmlich finanzieren zu können. Stichwort Strukturwandel. Wir alle wussten, dass die Problemlagen in diesem Stadtstaat so groß sind, dass man sie über eine reine Kreditaufnahme nicht mehr in den Griff bekommen konnte. Am Ende stand diese Zahl von 1,2 Milliarden Euro jedes Jahr. Das war für uns alle - -. Nein, nicht für alle. Ihr wart damals noch nicht dabei, aber ich glaube, ihr habt es nicht gut gefunden.

Wir haben gesagt: So geht es nicht weiter; die Schuldenbremse muss gezogen werden. Ich gebe zu, dass ich mit der Form der Schuldenbremse, wie sie in Deutschland praktiziert wird, nach wie vor nicht glücklich bin, weil sie einen Konstruktionsfehler bei langfristigen Investitionen hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb hätte ich mir ein anderes Modell gewünscht. Aber klar ist, dass wir diese Bremse ziehen mussten.

Dann hat es die Vereinbarung mit dem Bund gegeben. Ich weiß noch relativ genau, wie

viele mir, als diese Konsolidierungsvereinbarung von Karoline Linnert unterschrieben worden ist, gesagt haben: 1,2 Milliarden Euro wollt ihr in zehn Jahren auf null reduzieren? Das schafft ihr doch nicht! Das ist überhaupt nicht vorstellbar. Das braucht ihr gar nicht erst zu versuchen. Nach zwei, vielleicht drei Jahren müsst ihr das Ziel aufgeben.

Nicht am Ende des Konsolidierungszeitraums, aber nach mittlerweile acht Jahren stellen wir fest: Wir haben acht Jahre lang die Bedingungen des Konsolidierungspfades eingehalten, und zwar Jahr für Jahr.

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Haushalt wird die Bergetappe des Konsolidierungspfades sein. Nun muss die letzte Lücke geschlossen werden. Ich gestehe freimütig, dass das nicht nur die brillante Haushaltspolitik irgendeiner Koalition gewesen ist. Das wissen wir alle. Vor allen Dingen sind es auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten gewesen, und natürlich ist es der niedrige Zins gewesen. Aber es ist eben auch das Commitment dieser Koalition gewesen, uns zu einer konsolidierenden Haushaltspolitik zu verpflichten, und dieses haben wir durchgehalten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Anschlussperspektive 2020 nicht in der Form bekommen hätten, wie wir sie jetzt bekommen haben, wenn wir diese Haushaltspolitik nicht gemacht hätten. Ich sage als Teil dieser rot-grünen Koalition: Ich bin stolz auf das, was wir in den letzten acht Jahren erreicht haben. Ich bin stolz darauf, dass Jens Böhrnsen, Carsten Sieling, Karoline Linnert und viele andere, die dabei gewesen sind, in Verhandlungen mit dem Bund erreicht haben, dass wir eine Perspektive für dieses Land haben und dass wir ab dem Jahr 2020 487 Millionen Euro mehr einstellen können. Ich weiß nicht, ob es in einer anderen Konstellation so einfach zu erreichen gewesen wäre.

Ich bin auch stolz darauf, dass diese Koalition unter der Last, die diese Entscheidungen haushaltstechnisch bedeutet haben, nicht gebrochen ist, sondern sich immer wieder darauf fokussiert hat, diese Konsolidierungsanstrengungen zu unternehmen.

(Starker Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich zitiere Herbert Wehner gern, weil er eine vergleichbare Funktion hatte wie ich, aber er hat an dieser Stelle auch einfach recht. Er hat gesagt: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ Das Notwendige möglich

zu machen, ist manchmal total grau. Es ist manchmal auch total kleinteilig. Das ist ein Ringen um Kompromisse in Bereichen, bei denen man sagt: Scheiße, warum tue ich mir das eigentlich an? Das ist ein unglaublich mühseliger Prozess.

Ja, Kollege Röwekamp, es ist much more sexy, hier frei zu assoziieren, was man mit Geld alles machen kann. Es ist auch much more sexy darzustellen, was hier wünschenswert oder was denkbar wäre. Entscheidend ist aber doch etwas anderes: Wir müssen im Kleinen verantwortungsvoll zwischen dem, was wir haben, dem, was nötig ist, und dem, was wir wollen, abwägen. Das ist ein mühseliger Prozess. Dem hat sich dieser Senat unterzogen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich zu dem, was hier vorliegt. Ja, jeder wird sagen - das wird in der weiteren Debatte auch deutlich werden -: An dieser Stelle würde ich 5 Millionen Euro mehr, 10 Millionen Euro mehr oder 15 Millionen Euro mehr ansetzen, und an anderer Stelle würde ich ein bisschen weniger einnehmen wollen. Das ist das Recht der Opposition. Konkret werden wird es bei den Haushaltsanträgen. In den letzten Jahren habe ich nur eine Fraktion erlebt, die Haushaltsanträge gestellt hat. Die anderen sind aufgefordert, das beim nächsten Mal auch zu tun, damit wir über konkrete politische Alternativen reden können. Herr Kollege Röwekamp, mich würde es freuen.

(Abg. Senkal [SPD]: Da wird nichts kommen! - Abg. Bücking [SPD]: Arbeit! Arbeit! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das lehnt ihr sowieso wieder alles ab! - Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Röwekamp, es muss doch möglich sein, dass Sie jenseits der wohlfeilen Rede hier in der Bütt konkret benennen, wofür Sie Geld ausgeben und wodurch sie dies finanzieren möchten. Das wäre ein Konzept, über das die Bürger am Ende abstimmen könnten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zum konkreten Haushalt! Mich ärgert es, wenn Sie sagen, dass darin keine Zukunft steckt. In diesem Haushalt wird in Zukunft, nämlich in Bildung, investiert. 930,5 Millionen Euro entfallen allein im nächsten Jahr auf den Bereich der Kindertagesstätten und der Bildung. Das ist ein Plus von 103 Millionen Euro.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nicht nur nichts, sondern das ist eine riesige Steigerung, die wir uns in dieser Bergtappe des Konsolidierungspfades vorgenommen haben. Für mich steht übrigens fest - das ist auch tragendes Element in dieser Koalition -, dass jeder Euro, den wir im Bereich Bildung ausgeben, gut ausgegeben ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir bauen mit diesem Geld die Kindertagesbetreuung weiter massiv aus. Wir entlasten Lehrer an Brennpunktschulen. Wir investieren in die Sicherung von Fachkräften in den Kitas. Wir treiben den Neu- und Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen weiter voran.

Natürlich ist mir bewusst, dass wir damit nicht alle Probleme lösen. Jeder, der in dieser Stadt unterwegs ist, weiß das. Völlig klar ist auch, dass wir ab 2019 weitere Investitionen und weitere Mittel brauchen, um in unserem Bildungssystem voranzukommen. Aber mit der jetzigen Vorlage des Senats haben wir einen wesentlichen Etappenschritt erreicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Röwekamp, es stimmt überhaupt nicht, dass es dieser Haushalt dabei belässt, dass wir das Bildungsthema entdeckt haben und wir den Rest irgendwie verwalten. Politische Schwerpunkte dieses Haushalts sind Wirtschaft, Arbeit und Sicherheit. Dem bremschen Jobmotor, den bremschen Häfen, werden fast 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Columbuskaje zu realisieren, die Baggergutentsorgung zu modernisieren und die Baggerflotte aufzurüsten.

Ein weiterer in meinen Augen sehr wichtiger Punkt ist, dass dieser Haushalt die Grundlage für die Finanzierung dringend benötigter Flächen für Unternehmenserweiterungen und -ansiedlungen legt. Für die Gewerbeflächenentwicklung in der Überseestadt, in der Airportstadt, an der Hansalinie oder am Standort Luneort stehen rund 18 Millionen Euro bereit. Dieser Haushaltsentwurf sorgt dafür, dass zusätzlich Geld in die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik fließt. Allein 3,5 Millionen Euro pro Jahr werden wir zusätzlich für die Integration von Langzeitarbeitslosen im Arbeitsmarkt bereitstellen.

Kollege Röwekamp, ich will nicht immer auf die Große Koalition schimpfen. Sie hat auch gute Dinge gemacht. Sie hat nämlich in der Tat im Bereich der Hochschullandschaft umgesteuert und gesagt, die Entwicklung der Hochschullandschaft ist auch die Antwort auf wirtschaftlichen Strukturwandel. Dieser Erkenntnis, die

wohl in allen Fraktionen tragend ist, werden wir durch eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen in den Hochschulen in Höhe von 72 Millionen Euro weiterhin Rechnung tragen. Das ist doch nicht nichts!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Bei einem anderen Bereich sind wir uns sehr nahe, zumindest, wenn ich Ihren Kollegen Hinners richtig verstanden habe: Dieser Haushaltsentwurf sieht für den Bereich Ordnung und innere Sicherheit eine massive Ausweitung vor. Neben dem Neuaufbau eines kommunalen Ordnungsdienstes erhöhen wir die Mittel für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz. Das ist in Anbetracht der realen Situation doch nichts anderes als Zukunftssicherung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sagen Sie, es ist das Mindeste, dass man für Polizei und Kitas sorgt. Ja, das ist das Mindeste. Jeder, der dieses Geschäft ernsthaft betreibt, wie wir es nun schon seit zehn Jahren tun, weiß aber, dass es ein verflucht hartes Stück Arbeit ist, diese Mittel zu mobilisieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

2010 war ich gerade frisch gewählter Fraktionsvorsitzender, als ich mit der Konsolidierungsvereinbarung konfrontiert worden bin. Hätten Sie mich damals gefragt, wie ein Haushaltsentwurf 2018/2019 aussehen könnte, hätte ich nicht das Bild dieses Haushaltes vor Augen gehabt. Ich hätte mir die Lage wesentlich düsterer vorgestellt.

Es ist völlig klar und keiner stellt in Abrede, dass wir von einem Zinsniveau unterstützt worden sind, auf das wir keinen Einfluss gehabt haben. Wir sind auch durch eine grandiose wirtschaftliche Entwicklung unterstützt worden, die es in Europa, vor allen Dingen in Zentraleuropa und Deutschland, gegeben hat. Wir sind dankbar dafür, dass wir heute hier stehen und einen solchen Haushalt präsentieren können. Dieser Haushalt setzt den Konsolidierungskurs fort, aber er ist deutlich mehr als ein reines technisches Fortsetzen des Konsolidierungskurses. Er setzt die entsprechenden Schwerpunkte, über die ich eben schon gesprochen habe.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kommt kein Haushaltsentwurf so aus dem Parlament heraus, wie er eingebracht wurde. So wird es auch diesem Haushaltsentwurf ergehen. Er ist aber eine ausgesprochen gute Grundlage für die weiteren Beratungen.

Für uns als Sozialdemokraten muss sich staatliches Handeln immer daran messen lassen, ob es wesentliche Beiträge für Investitionen in wirtschaftliche Prosperität, für den Aufstieg durch Bildung und für erschwinglichen Wohnraum für weite Kreise der Bevölkerung leistet. Ich sage Ihnen, dieser Haushalt hat das Notwendige im Wehner'schen Sinne möglich gemacht. - Ich danke Ihnen!

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über die Haushaltsentwürfe der Jahre 2018 und 2019 sowie über den Finanzrahmen 2017 bis 2021. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die nächsten zwei Jahre werden noch einmal schwer werden, aber die Anstrengung wird sich lohnen, denn das Defizit des Jahres 2010 in Höhe von 1,2 Milliarden Euro wird bis 2020 komplett abgebaut sein.

Herr Röwekamp hat das bei Haushaltsberatungen immer ablaufende Spiel schon erklärt. Es wäre verwunderlich, würde die Opposition die Regierung nicht kritisieren. Das gehört zu den Haushaltsdebatten.

Ich möchte aber eines dazu sagen, Herr Röwekamp. Wenn man nach eigener Regierungsbeteiligung in Bremen einen Schuldenberg in Milliardenhöhe hinterlässt, dann sollte man Kritik an der jetzigen Regierung deutlich differenzierter äußern. Es ist schwer zu ertragen, wenn Sie der Finanzsenatorin vorwerfen, es sei nicht ihr Verdienst, dass dieses Defizit über die Jahre abgebaut worden ist. Herr Röwekamp, Sie sagten, die CDU habe investiert. Worin denn? Ich erinnere mich an den Space Park.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ei, ei, ei!)

Ich erinnere mich aber auch an Haven Hööv, der nun zu drei Vierteln leer steht und abgerissen werden muss, und an eine Markthalle in Vegesack. Toll! Das war nachhaltig investiert! Darin befindet sich jetzt ein Ein-Euro-Shop. Ich erinnere mich auch an ein Musical-Theater.

Ich wollte meine Rede eigentlich ganz anders anfangen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das hätten Sie tun sollen! Sie wären gut beraten gewesen!)

Herr vom Bruch, warten Sie es ab!

Herr Röwekamp, was mich kaum noch auf dem Stuhl gehalten hat, war Ihre Aussage, es sei das Verdienst der CDU, dass es hier eine Exzellenzuniversität gibt. Das ist der blanke Hohn für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die unter Ihrer Regierungsbeteiligung an der Universität gearbeitet haben. Ich war eine von ihnen. Ich habe bis 2007 mitbekommen, wie Jahr für Jahr gerade beim Personal gespart worden ist.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Was?)

Dass die Bremer Universität eine Exzellenzuniversität geworden ist, ist nicht Ihr Verdienst, Herr Röwekamp. Das ist das Verdienst der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich Tag für Tag unter prekären Bedingungen den Hintern aufreißen, Lehre betreiben, forschen und Drittmittel akquirieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Zurufe CDU)

Herr vom Bruch, man muss sehen, dass diese Koalition die prekäre Beschäftigung durch die Hochschulreform jetzt deutlich abbaut. Auch in diesem Haushalt wird in die naturwissenschaftlichen Bereiche und in die Gebäudestruktur der Universität investiert.

Herr vom Bruch, es war auf jeden Fall nicht die CDU, die die Universität zur Exzellenzuniversität gemacht hat.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Die arbeiten alle unter prekären Verhältnissen? Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

Ich mache mich nicht lächerlich!

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Doch, Sie sind gerade dabei!)

Ich habe am eigenen Leib erfahren, wie unter der CDU-Regierung im Wissenschaftsbereich „grandios“ eingespart worden ist.

(Zurufe CDU)

Es ist ein Erfolg dieser Regierung und dieser Koalition, dass wir es bisher geschafft haben, den Konsolidierungspfad einzuhalten. Wir haben jedes Jahr 300 Millionen Euro vom Bund bekommen und werden bis 2020 das Defizit komplett abgebaut haben. Das war über Jahre ein Kraftakt für diese Stadt. Es war eine Durststrecke für diese Stadt. Wir müssen uns nichts vormachen, meine Damen und Herren. Das wird auch für die nächsten zwei Jahre keine

Vergnügungstour. Es ist aber auch Land in Sicht.

Ich möchte einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, nennen: Die letzten Jahre, die durch enorme und oft unbeliebte Sparmaßnahmen in Bremen geprägt wurden, haben in der Stadt Spuren hinterlassen. Vieles von dem, was man sich gewünscht hätte oder manchmal auch für notwendig gehalten hat, ließ sich nicht oder nicht in vollem Umfang finanzieren. Darunter fällt auch die personelle Ausstattung der Verwaltung.

Die Finanzsenatorin hat die PEP-Quote angesprochen. Die PEP-Quote wurde in den 90er-Jahren eingeführt und hat über all die Jahre dazu geführt, dass die Verwaltung in einigen Bereichen ausgelaugt worden ist und zum Teil am Rand der Arbeitsfähigkeit steht. Allen Beschäftigten, die sich tagtäglich engagieren, muss an dieser Stelle deutlich gedankt werden.

In den Deputationssitzungen, in denen ich anwesend war, habe ich gesagt, dass es meiner Meinung nach nicht so weitergehen kann. Daher ist für mich ganz klar: Ab 2020, wenn wieder mehr Geld zur Verfügung steht, muss Schluss mit der PEP-Quote sein. Sie gehört dann definitiv der Vergangenheit an, denn weitere Personaleinsparungen gehen zulasten der Dienstleistungen für die Öffentlichkeit und damit auch zulasten des Bürgerservices und zulasten der übrigen Beschäftigten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Anders als in der Vergangenheit hat der Senat diesmal nicht am Anfang der Haushaltsberatungen die Eckwerte verringert, sondern diese mehr oder weniger in gleichem Umfang belassen. Das heißt, dass die Mittel für viele Investitionen und Projekte nicht gekürzt wurden. Ich denke, dies war eine gute Strategie, zumal für die Haushaltsberatungen eine kurze Zeit angesetzt wurde, der Zeitplan der Haushaltsberatungen also sehr ambitioniert ist.

Die Koalition hat sich Schwerpunkte gesetzt. Ganz klar liegt für uns Grünen einer der Schwerpunkte im Bereich Kinder und Bildung. Der Etat für diesen Bereich wird von 2017 auf 2018 um über 100 Millionen Euro auf insgesamt 930,5 Millionen Euro erhöht. 2019 stehen dann 949 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, es ist absolut richtig, in diesem Bereich zu investieren, denn die Investition in unsere Kinder ist eine Investition in unsere Zukunft. Wir wissen, dass eine gute Bildung und Ausbildung der Schlüssel gegen

Armut sind. Bildung beginnt schon im frühesten Alter. Frühkindliche Bildung wie das Erlernen von Sprache, von geistigen und motorischen Fähigkeiten und von sozialer Kompetenz kann nicht früh genug gefördert werden. Daher ist es richtig, in den Ausbau von Krippen zu investieren - für Kita-Bauten sind 20,9 Millionen im Jahr 2018 und 24,3 Millionen Euro im Jahr 2019 eingeplant - und dafür zu sorgen, dass möglichst alle Kinder im Kindergartenalter mit Kindergartenplätzen versorgt sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich bin überzeugt, dass nur dann Chancengleichheit für alle Kinder sowohl beim Schuleintritt als auch später im Leben besteht.

Mit dem Bau von Kitas und dem Ausbau von Ganztagschulen ist es aber nicht getan, denn wir müssen die Gebäude auch mit Leben füllen. Daher steht angesichts stark steigender Schülerzahlen Geld für mehr Personal an Bremens Schulen zur Verfügung. Dies ist ein Plus von 384 Stellen.

Ich weiß, dass das wahrscheinlich einigen im Haus nicht ausreicht. Es ist aber nicht nur ein bremisches, sondern ein bundesweites Problem, dass im Kita-, aber auch im Schulbereich ein enormer Fachkräftemangel besteht. Das ist in fast jeder Kommune so. Insofern wären wir froh, wenn alle Stellen, die nun zusätzlich geschaffen und im Haushalt verankert werden, am Ende auch besetzt würden.

Für Schulbauten stehen 28,5 Millionen Euro im Jahr 2018 und 39,1 Millionen Euro im Jahr 2019 zur Verfügung. Für das Gebäudesanierungsprogramm, das hauptsächlich für die Schulsanierung herangezogen wird, sind es noch einmal 26 Millionen Euro jährlich.

Eine Anmerkung sei mir gestattet. Ich finde, die Ausstattung im Kinder- und Bildungsbereich darf nicht allein von der Finanzkraft und dem Geldbeutel eines Bundeslandes abhängen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Aus diesem Grund sind wir Grünen für die Abschaffung des Kooperationsverbotes. Der Bund hat eine Verantwortung für die Ausbildung unserer Kinder. Für uns bedeutet dies, dass sich der Bund viel mehr an der Finanzierung im Bildungsbereich beteiligen muss, als bisher.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das sagen Sie einmal in Hessen und in Baden-Württemberg!)

Wissen Sie was, Herr vom Bruch? Chancengerechtigkeit in der Bildung und die Integration aller Kinder - geflüchtet oder nicht - gelingen eben nur, wenn der Bund den Ländern finanziell hilft.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das ist Ihr Versagen, Ihre Verantwortung! Die können Sie nicht an alle anderen delegieren!)

Herr vom Bruch, ich sage Ihnen auch: Das Kooperationsverbot war von Anfang an eine grandiose Fehlentscheidung der Großen Koalition. Im Jahr 2006 ist unter CDU-Regierung im Zuge der Föderalismusreform im Grundsatz verankert worden, die Kooperation zwischen Bund und Ländern genau da gesetzlich zu verbieten, wo es die Jüngsten betrifft. Das halte ich für eine groteske Auslegung der Länderhoheit im Bereich Bildungspolitik. In Anbetracht der immer größer werdenden Herausforderungen, vor denen die Schulen stehen - zum Beispiel Inklusion, Ausbau von Ganztagschulen, digitale Bildung und Sprachförderung -, muss der Bund endlich wieder mehr Verantwortung übernehmen.

Ich möchte gleich etwas anschließen, was schon in früheren Debatten erwähnt wurde: Der Bund muss auch eine größere Verantwortung bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen übernehmen. Wir finden es richtig - das sage ich ganz ausdrücklich -, dass Menschen, die in Not geraten, weil in ihrem Land Terror, willkürliche Verfolgung oder Krieg herrschen, bei uns Schutz finden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Gerade die deutsche Vergangenheit und Geschichte sollten uns gelehrt haben, dass Leben gerettet werden können, wenn ein reiches und sicheres Land diesen Menschen Asyl gewährt. Es ist aber zu einfach, wenn die Bundesregierung - in dem Fall Frau Merkel - die Aufgaben und vor allen Dingen die Finanzierung am Ende den Ländern und Kommunen überlässt.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Mein Gott, ist das armselig! Sprechen wir eigentlich über Frau Merkel oder über den Haushalt?)

Ich erwarte, dass sich der Bund viel mehr als bisher an der Integration beteiligt und sich hier nicht aus der Verantwortung stiehlt.

Ein weiterer Schwerpunkt, den sich die Regierung in Bremen gesetzt hat, ist der Bereich der sicheren und der sauberen Stadt. Wir leben in einer Zeit, in der wir leider immer wieder europa- und weltweit mit schrecklichen Terroran-

schlagen konfrontiert sind. Ob es London, Paris, Berlin, Brüssel oder Barcelona ist - die Unsicherheit besteht einfach. Auch wenn es den einen oder anderen überrascht, stehen wir Grünen dazu, dass wir mehr und besser ausgerüstete Polizisten brauchen, um den Terrorismus zu bekämpfen.

Wir wollen allerdings keinen Überwachungsstaat, in dem an jeder Ecke eine Videokamera hängt, von der man weiß, dass sie keine Straftaten oder Anschläge verhindert. Wir glauben, dass Kameras an einigen herausragenden Orten zur Aufklärung beitragen können. Wir sind aber eine Partei, die für Freiheit steht und für die Freiheit ein hohes Gut ist, und wir wollen weiterhin in einem Land leben, in dem diese Freiheit gewährleistet ist.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Wir leben alle frei im Sportamt!)

Wissen Sie was, Herr vom Bruch? Ich habe Ihrem Redner sehr geduldig zugehört,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Bei Ihnen fällt das nur sehr schwer! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das war ja auch schlüssig und nachvollziehbar!)

vielleicht schaffen Sie das auch. Mir ist das bei Ihrem Redner auch schwergefallen. Vielleicht hören Sie einfach zu und respektieren, dass es hier Leute gibt, die eine andere Meinung haben und vielleicht auch andere Schwerpunkte setzen als Sie. Das unterscheidet uns nämlich am Ende des Tages.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Gott sei Dank!)

Wir wollen eine Politik der inneren Sicherheit, die die Bürgerrechte wahrt. Wir wollen eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei und Sicherheitsbehörden, bei denen die Achtung der Menschenrechte, die Verhältnismäßigkeit des Handelns und demokratische Kontrolle selbstverständlich sind. Wir brauchen eine starke Polizei.

Im letzten Haushalt haben wir Grünen die personelle Aufstockung der Polizei mitgetragen. Jetzt wird die Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten verbessert. Für die bessere Ausrüstung werden 500 000 Euro pro Jahr in Bremen und 150 000 Euro in Bremerhaven bereitgestellt, und der Verfassungsschutz erhält auch zusätzliche 16 Stellen. Gerade nach dem Fall Amri bedarf es bundes- und europaweit einer verbesserten Kommunikation und eines verbesserten Informationsaustausches zwischen den Behörden. Wenn jeder nur für sich

muckelt, kommt man in der Terrorbekämpfung nicht effektiv weiter.

Das erste Paket mit insgesamt 36 Projekten wird die Sicherheit erhöhen und die Sauberkeit in der Stadt verbessern. Für beides zusammen stehen je 15 Millionen Euro im Jahr 2018 und im Jahr 2019 zur Verfügung. 120 Stellen sollen in diesem Bereich neu geschaffen werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Gerade die Sauberkeit in der Stadt liegt vielen Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Dazu zählen die Beseitigung von illegalem Müll und die Reinigung von Grünanlagen und Badeseen. Zusätzliche Papierkörbe wurden ebenso immer wieder angefordert. 500 werden nun neu im Stadtgebiet aufgestellt. Die Pflege von Grünstreifen entlang der Straßen ist ebenfalls zu nennen. Mehr Sauberkeit in der Stadt kommt der Stadtbevölkerung zugute. Wir sind ein Tourismusstandort. Das ist auch besser für das Gesamtstadtbild.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Auf den Bereich der Digitalisierung ist Senatorin Linnert schon eingegangen. Ich will das daher nicht im Detail tun. Wir halten den Schwerpunkt Digitalisierung für richtig, denn er bedeutet effizienteres Arbeiten, schnellere Prozesse und am Ende auch mehr Bürgerfreundlichkeit.

Wir hatten am Freitag Besuch vom Grünen-Minister Robert Habeck, der in Schleswig-Holstein für die Digitalisierung zuständig ist. Er hat zu Recht und sehr anschaulich dargestellt, dass man es den Menschen heute nicht mehr vermitteln kann, dass man, wenn man Kindergeld mit viel Formalismus beantragt hat, dieses nach einer Pause neu beantragen muss. Man wundert sich, warum der Behörde die Daten nicht vorliegen, und fängt mit dem ganzen Aufwand wieder an, obwohl man denkt, es müsse eine Datei dazu geben. Das macht einen wahnsinnig. Das macht alle wahnsinnig. Deswegen ist die Finanzierung der Digitalisierung der Verwaltung gut angelegtes Geld.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Uns Grünen sind Umwelt, Klimaschutz und Klimaanpassung wichtig. Ich bin froh, dass der Bereich des Generalplans Küstenschutz für die Jahre 2018 und 2019 im Haushalt mit 31,5 Millionen Euro ausfinanziert ist. Die Energiekonsens GmbH wird weiterfinanziert. Sie leistet eine enorm wichtige Arbeit für den Klimaschutz. Viele andere Umweltprojekte - auch zur Umweltbildung - sind mit Geld im Haushalt

hinterlegt, ob es Flussrenaturierungen, Gewässerschutz- oder Bodenschutzmaßnahmen sind.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, als Replik auf die gestrige Debatte sage ich: In der Aktuellen Stunde haben Sie Senator Lohse geradezu vorgeworfen, er lege seinen Schwerpunkt auf den Klimaschutz. Das habe System, hat Herr Buhkert gesagt. Ich sage Ihnen, der Klimawandel ist das größte globale Problem, das wir haben. Wir sind die letzte Generation, die noch etwas dagegen tun kann. Alle Generationen danach können nur noch Anpassungsmaßnahmen vornehmen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Herr Röwekamp, wenn man Klimaschutz ernst nimmt, dann ist das in die Zukunft investiertes Geld.

Ich erzähle Ihnen etwas aus meinem privaten Bereich. Ich habe gestern mit meiner Freundin telefoniert. Sie ist gestern erst in Holland angekommen. Zehn Jahre lang hat sie auf der Insel St. Martin gelebt. Sie ist mit einem Militärflugzeug von der Insel evakuiert worden. Ihr Haus ist nur zum Teil zerstört. Viele haben ihre kompletten Häuser und ihre Existenz verloren. Fragen Sie sie einmal, was sie vom Klimaschutz hält. Sie wird Ihnen sagen, wie wichtig er ist, weil wir immer mehr Starkregenereignisse, Windereignisse und Sturmereignisse - Hurrikan-Ereignisse - zu verzeichnen haben. Die Folgekosten gehen in die Milliarden. Deswegen ist jeder Cent, der in Klimaschutz investiert ist, ein richtig angelegter Cent.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Für uns Grünen ist der Bereich Klimaschutz eng mit umweltfreundlichem Verkehr verbunden. Daher sind wir für den Ausbau von Fahrradpremiumrouten und für das „Fahrradmodellquartier Alte Neustadt“. Wir orientieren uns dabei an Städten, die uns deutlich voraus sind. Dazu gehört zum Beispiel Kopenhagen.

Noch ein Rückblick auf die gestrige Debatte: Natürlich steht das Geld für die Linien 1 und 8 im Haushalt - es ist mit einem Sperrvermerk versehen -, damit diese Straßenbahnlinien weitergebaut werden können, wenn das Baurecht vorliegt. Wir wollen, dass gerade die Pendler aus dem Umland bequem auf die Linie 8 der Straßenbahn umsteigen können, damit sie ihre Autos zu Hause lassen.

Ich spreche das Umland an. Herr Röwekamp, Sie haben gesagt, in der Baupolitik tue sich wenig, und damit vertreibe man die Leute aus

Bremen. Wir haben doch Flächen über Flächen identifiziert, große Flächen, ob es das Brinkmann-Gelände, ob es Könecke, Coca-Cola, die Rennbahn, Grohner Fliesen, die Gartenstadt oder Hulsberg sind. Es sind auch vollendete Projekte dabei: die Aumunder Wiesen. Ich gehe durch meinen Stadtteil und sehe Aumunder Wiesen 1.0, Tauwerk, Schönebecker Straße und Arsten. Tun Sie doch nicht so, als ob hier nichts passieren würde!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich möchte noch auf einen anderen Bereich, nämlich den Sozialbereich, zu sprechen kommen. Die Ausgaben für Sozialleistungen machen in Bremen den größten Posten aus. Ja, das ist so. Im Stadtstaat betragen sie 2018 und 2019 jeweils rund 1,1 Milliarden Euro. Im Haushaltsentwurf ist zum Beispiel die Fortführung der Projekte abgebildet, die bisher über das Integrationsbudget finanziert wurden. Das finden wir wichtig. Dafür sind rund 3,3 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Dadurch stellen wir sicher, dass Geflüchtete nicht nur ein Dach über dem Kopf erhalten, sondern auch Integrationschancen bekommen, die die Lebenslagen der Menschen vor Ort in den Quartieren verbessern. Dazu gehören ganz viele Beispiele. Ich will nicht im Detail darauf eingehen, aber es geht zum Beispiel um die kommunalen Deutschsprachkurse, um die ambulante Betreuung von Geflüchteten im eigenen Wohnraum und um die Ehrenamtskoordination. Wir finanzieren weitere wichtige Dinge wie das Stadtticket, also ein ermäßigtes Nahverkehrsticket. Kostenlose Verhütungsmittel werden weiterhin als freiwillige Sozialleistung finanziert, weil Nachfrage und Nutzung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Insofern kann man an der Sinnhaftigkeit nicht zweifeln.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ein Bereich, der uns im letzten Haushalt schon sehr wichtig war und auch in diesem Haushalt wichtig ist, ist die Fortführung des Rahmenkonzepts für offene Jugendarbeit. 2016 haben wir 200 000 Euro bereitgestellt. Für das Jahr 2017 waren es 400 000 Euro. Jetzt stehen zusätzliche Mittel in Höhe von 195 000 Euro im Jahr 2018 und noch einmal 274 000 Euro im Jahr 2019 zur Verfügung. Ich finde, das ist eine starke und solide Aufstockung des jahrelang unterfinanzierten Bereichs.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Herr Röwekamp, Sie haben die Kinderarmut angesprochen. Ja, sie ist ein großes Problem.

Aber sie ist nicht nur ein bremisches, sondern ein bundesweites Problem.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, sie ist vornehmlich ein bremisches Problem!)

Ich erwarte, dass man nicht nur in Bremen eine Antwort darauf findet,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sie finden seit Jahren keine Antwort!)

Herr vom Bruch, ich erwarte, dass auch die Bundesregierung eine andere und bessere Antwort darauf findet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kinderarmut liegt bundesweit bei 20 Prozent. Bei 20 Prozent!

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Es wird noch schlimmer hier! In Bremerhaven werden wir bald doppelt so viel haben! 40 Prozent!)

Sie können sich nicht aus Ihrer Verantwortung im Bund herausstellen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sie lügen sich und anderen in die Tasche!)

Die soziale Spaltung ist nicht nur ein bremisches, sondern ein bundesweites Problem. Ich finde, dass man andere Antworten darauf finden muss.

(Zurufe CDU - Glocke)

Frau Ahrens und Herr vom Bruch, ich will gar nicht schreien, aber ich komme fast nicht mehr gegen Ihre Zwischenrufe an.

(Abg. Bensch [CDU]: Das sagt die Frau, die am meisten brüllt, egal, wer redet! - Unruhe Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Bensch [CDU]: Es ist doch so!)

Ja, schon klar!

Wenn man Altersarmut bekämpfen will, wenn man Kinderarmut bekämpfen will, dann erwarte ich, dass man auf Bundesebene andere Konzepte wie zum Beispiel die Einführung einer Garantierente oder den gleichen Betrag für alle Kinder findet, damit alle die gleichen Chancen haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Zuruf: Das ist aber auch die Arbeit der Bundesregierung!)

Das ist auch die Arbeit der Bundesregierung. Da können Sie sich nicht herausstellen.

Gesundheitspolitisch stellen wir mit diesem Haushalt erneut entscheidende Weichen zum Beispiel für die gute therapeutische Versorgung der Bremerinnen und Bremer. Ein Problem war bisher das Schulgeld für Auszubildende in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen Logopädie, Ergo- und Physiotherapie. Es war eine erhebliche Hürde. Diese Auszubildenden haben keine Ausbildungsvergütungen bekommen. Sie mussten für ihre Ausbildung selbst zahlen. Es hing also vom Geldbeutel der Eltern ab, ob jemand sich diese Ausbildung leisten konnte oder nicht, und das in Zeiten von Fachkräftemangel. Dieses Problem wird mit diesem Haushalt angegangen. Jetzt schaffen wir den Einstieg in die Schulgeldfreiheit. Damit sorgen wir dafür, dass mehr junge Menschen diese Ausbildung absolvieren können, und sichern damit den Bedarf an Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten in Bremen.

Auf den Sportbereich und das Bäderkonzept ist schon eingegangen worden. Millionen werden in den Bau des West- und des Uni-Bades gesteckt.

Der bremische Haushalt profitiert zugegebenermaßen von den guten Steuereinnahmen und den niedrigen Zinsen. Das wurde gesagt, und das ist so. Das hilft. Das ist allen klar. Trotzdem müssen Einnahmen hinzukommen. Ich möchte mich vor dieser Debatte nicht drücken. Über die Gewerbesteuer ist schon diskutiert worden. Dass Wirtschaft und Handel eine Erhöhung der Gewerbesteuer ablehnen, ist aus ihrer Warte zunächst einmal verständlich. Anfangs wurde noch überlegt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Das ist wieder vom Tisch. Ich denke, das ist gut so, denn die Menschen, die sich jetzt eine Wohnung oder ein Haus kaufen wollen, sind durch die Preisentwicklung bei Immobilien - wir können eigentlich schon eine Immobilienblase beobachten - mit hohen Summen konfrontiert. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wäre für junge Familien sicherlich kontraproduktiv gewesen.

Bei der Gewerbesteuer kann ich den Unmut verstehen und möchte an dieser Stelle sagen, dass es nicht nur um die Erhöhung der Gewerbesteuer geht. Es geht vor allem um den Umgang und die Zuverlässigkeit von Politik. Das sage ich hier selbstkritisch. Dem Handel wurde 2014 gesagt: Wir erhöhen die Gewerbesteuer, aber dann bleibt sie zunächst für längere Zeit konstant. Ich kann nachvollziehen, dass eine weitere Erhöhung nach drei Jahren dann nicht gut ankommt. Die jetzige Erhöhung ist auf die nächsten zwei Jahre befristet und

festgeschrieben. Das muss auch eingehalten werden. Das erwarten wir, weil Politik sonst Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Das glaubt doch keiner, der die Geschichte des Solis kennt!)

Natürlich solle man im Vorfeld mit den Betroffenen kommunizieren, wenn man zuungunsten eines Players die Steuern erhöht. Wir verstehen den Ärger der Handelskammer. Wir haben als Fraktion ein Gespräch mit ihr geführt. Es ist verständlich, dass es Unmut gibt, wenn man von solchen Entscheidungen erst zu einem späten Zeitpunkt oder gar erst aus der Zeitung erfährt. Wir wünschen uns in Zukunft eine bessere Kommunikation. Wir haben uns bei der Handelskammer und damit auch bei den Handelstreibenden entschuldigt. Das tue ich an dieser Stelle gern noch einmal.

Dennoch glaube ich, dass der Rahmen der Erhöhung akzeptabel ist und die Wirtschaft im Land Bremen dazu beiträgt - wie wir alle im Land Bremen das im Übrigen mit unseren Steuern tun -, dass die Herausforderungen, die dieses Bundesland zu bewältigen hat, bewältigt werden können.

Meine Damen und Herren, trotz der besonderen Finanzsituation Bremens ist es dem Senat gelungen, uns einen Haushalt vorzulegen, der die Herausforderungen in Bremen angeht, Akzente und Schwerpunkte setzt, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, und der es schafft, dass Bremen den Sanierungspfad in den nächsten zwei Jahren nicht verlässt.

Wer auch immer ab 2019 in Bremen regieren wird, wird eine verbesserte finanzielle Situation vorfinden und sich dann hoffentlich daran erinnern, dass es diese Koalition durch ihre Sparanstrengungen, guten Verhandlungen im Länderfinanzausgleich, aber auch durch die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre geschafft hat, dass es ab 2020 eine bessere Haushaltssituation in Bremen gibt, die den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zugutekommt. - Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder des Kurses der Einführungsphase Soziologie und Politik des Gymnasiums Links der Weser.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir haben noch keine 50 Prozent der Rednerliste abgearbeitet. Ich möchte Ihnen das nur mitteilen und hoffe, wir haben weiterhin Geduld und große Aufmerksamkeit, auch für den nächsten Redner.

Als nächster Kollege hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe feststellen müssen, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD im Jahr 2011 eine neue Brille bekommen hat, denn er hat mich vor 2011 offensichtlich nicht gesehen.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Ich entschuldige mich dafür!)

Dafür muss man sich nicht entschuldigen. Vielleicht liegt es auch einfach daran, dass ich gar keine sichtbare Oppositionspolitik gemacht habe. Das diskutieren wir einmal bei einem Bier.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Bitte kein Fishing for Compliments!)

Wir haben jetzt den Haushalt 2018/2019 in der ersten Lesung zu debattieren. Selbstverständlich gibt es zwei bis drei Fragen, mit denen man sich auseinandersetzen muss:

Erstens geht es um die Frage: Ist eigentlich das erfolgreiche Abschneiden im sogenannten Sanierungspfad ein Erfolg, und wie ist er zustande gekommen?

Zweitens muss man die Frage beantworten: Was passiert in den nächsten zwei Jahren, und ist 2020 ein Punkt erreicht, an dem wir einer lichten Zukunft entgegengehen, oder gehen weiterhin mehr und mehr Lichter aus?

Das sind Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ich versuche dies im Gegensatz zu Vorrednerinnen und Vorrednern - zumindest der Opposition - so sachlich, wie ich das vermag.

War der Sanierungspfad eigentlich ein Erfolg? Wenn man den Haushalt ansieht, dann ja. Im Jahr 2020 könnten wir nicht nur ohne Neuverschuldung auskommen, sondern wir steuern auch auf ein Niveau von Einnahmen und Ausgaben zu, das deutlich höher ist, als wir jemals vermutet haben.

Seit wir diesen Sanierungspfad gehen, habe ich ihn oft und intensiv kritisiert. Das tue ich weiterhin. Ich habe schon 2010 gesagt, dass

es zwei Möglichkeiten gibt: Entweder scheitert dieser Sanierungspfad, weil wir entsprechende Einsparungen oder Kürzungen nicht leisten können, oder er ist ein Erfolg. Ich war mir schon damals nicht ganz sicher, was eigentlich die schlimmere Situation ist. Ich habe damals gesagt, möglicherweise ist die Tatsache, dass wir uns von einem Sparhaushalt zum nächsten Sparhaushalt und wieder zu einem Sparhaushalt hangeln, das größere Problem, weil wir dann wie ein Esel hinter der Möhre herlaufen, die vor uns hergetragen wird. Ich komme noch dazu, warum ich der Meinung bin, dass dies tatsächlich das größere Problem ist.

Dass überhaupt ein solches Niveau insbesondere von Einnahmen erreicht wird, ist auf eine im Jahr 2010 überhaupt nicht absehbare Form von Einnahmensteigerungen durch Steuern zurückzuführen. Mit dieser Größenordnung hätte wirklich niemand gerechnet. Selbst angesichts der durchschnittlichen Steuereinnahmen früherer prosperierender Jahre hätte niemand damit gerechnet. Die Einnahmen sind deutlich gestiegen, und es ist gut, dass das so ist.

Ich muss den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Finanzen, die sich um Kredite, um die Vereinbarungen über künftige Zinsbindungen und so weiter kümmern, ein ausgesprochen großes Kompliment machen. Wenn es individuelle Leistungen gibt, die unmittelbar zur Verbesserung des Haushalts beigetragen haben, dann sind es jene dieser Kolleginnen und Kollegen, die in sehr nachvollziehbarer und transparenter Weise, aber auch ausgesprochen gelungen für Minderausgaben in dreistelliger Millionenhöhe gesorgt haben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben in den letzten Jahren meines Erachtens innerhalb des Rahmens der Sanierungspolitik mehrere strategische Fehler gemacht. Der erste strategische Fehler war, dass wir die Neuverschuldungsgrenze nicht ausgenutzt haben. Das fällt uns nach wie vor auf die Füße. Das war immer ein großer Teil dessen, womit man vor dem sogenannten Stabilisierungsrat

(Abg. Tschöpe [SPD]: Stabilitätsrat!)

gut Wetter gemacht hat. Wir hätten über eine Milliarde Euro an Krediten aufnehmen können, ohne den Sanierungspfad zu verlassen.

Warum sage ich, dass dies ein strategischer Fehler war? Wir kommen in den nächsten Jahren in eine Situation, in der wir qua Grund-

gesetz und qua Landesverfassung keine neuen Schulden aufnehmen können. - Nicht, dass ich damit einverstanden bin! - Wir hätten einen Teil der Kredite, die wir in der Vergangenheit hätten aufnehmen können, aufnehmen sollen, um sie in einer Zeit, in der wir keine Kredite mehr aufnehmen können, sinnvoll einzusetzen.

Wir haben vorgeschlagen, relativ zeitnah kreditfinanzierte Wohnungen zu bauen. Diese Vorschläge sind abgelehnt worden. Es geht um die Frage, ob wir, wenn wir investive Mittel haben, diese im Land und in der Stadt umsetzen können. Auf unsere Anfragen wurde uns geantwortet, eigentlich hätten wir diese Kompetenz nicht mehr, und wir hätten dafür zu wenige Leute. Nicht, dass die vorhandenen Leute das nicht könnten, aber es seien zu wenige.

Hierin hätte man investieren können, man hätte investive Mittel einsetzen beziehungsweise verplanen können. Andere Bundesländer haben das gemacht. Als es noch Lehrerinnen und Lehrer auf dem Markt gab, hätten wir prüfen können, den einen oder die andere schon einmal einzustellen, auch wenn das die konsumtiven Kosten beziehungsweise die Personalkosten erhöht hätte.

(Beifall DIE LINKE)

Im letzten Jahr haben wir darüber diskutiert, ob die Anzahl der geflüchteten Menschen und die damit verbundenen Kosten eine haushalterische Notlage im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung sind. Ich war sehr dafür, dass wir dies so beurteilen, weil die damit verbundenen Kosten hoch sind. Die in diesem Bereich eingesetzten Mittel sind gut angelegtes Geld für die Zukunft dieses Bundeslandes. Sie sind gut angelegtes Geld für die ganze Bundesrepublik. Sie sind ein enormer wirtschaftspolitischer Impuls. Deswegen ist es gut, dass wir dieses Geld ausgegeben haben. Es aber in den normalen Haushalt hineinzurechnen und zu versuchen, unter diesen Umständen den Sanierungspfad einzuhalten, halte ich nach wie vor nicht für richtig.

Last, but not least haben wir keine Altschuldenregelung erreicht. Das ist meines Erachtens auch schlecht.

(Beifall DIE LINKE)

Nach wie vor ist zu fragen, ob es ein Erfolg ist, dass wir 2020 ohne Neuverschuldung auskommen und trotzdem einigermaßen gute finanzielle Möglichkeiten haben. Ich sage, haushalterisch ist es ein Erfolg. Man muss sich

aber ansehen, welche Folgen die Sanierungspolitik hat. Diese sind schon oft aufgezählt worden. Ich nenne nur drei Stichworte:

Einen Sanierungsstau haben wir nicht nur investiv, sondern auch personell und sozial. Wenn wir alle bekannten - nur die bekannten - Zahlen für den Sanierungsstau und den Investitionsstau zusammenzählen, liegen wir bei etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Euro. Das betrifft Straßen, das betrifft Brücken. Das betrifft Kitas mit 100 Millionen Euro. Das betrifft Schulen mit 675 Millionen Euro. Die Tatsache, dass an diesen Stellen kein Geld ausgegeben wurde, was eigentlich notwendig gewesen wäre, um den Status quo zu erhalten, ist meines Erachtens eine sehr ernst zu nehmende Folge dieser Sanierungspolitik, die man nicht einfach durch schöne Zahlen wegdiskutieren kann.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Dr. Schaefer hat es angesprochen: Die PEP-Quote muss selbstverständlich fallen. Ich finde es richtig, dass es jetzt endlich so weit ist. Wir haben aber Probleme. Selbst wenn wir Stellen besetzen wollten, bekommen wir die Fachkräfte nicht. Die Leute, die neu kommen und die wir ausbilden, haben einen großen Altersabstand zu den Älteren, die demnächst gehen. In vielen Fällen entsteht eine Generationenlücke, durch die ein Verlust von Know-how programmiert ist. Diesen können wir kaum ausgleichen. Deswegen ist es zwar richtig, die PEP-Quote zu streichen, aber wir haben schon bis an die Grenze der Handlungsfähigkeit zusammengekürzt. Das ist ein weiteres großes Problem, mit dem wir es in der Zukunft zu tun haben werden.

(Beifall DIE LINKE)

Es wird viel über Schulen und Kitas diskutiert und gesprochen. Dabei geht es nicht nur um den investiven Sanierungsstau, durch den es immer noch zu wenige Schulen und Kitas gibt. Nach wie vor gibt es auch unterbesetzte Schulen und Kitas. Die Verantwortung und die Herausforderungen, vor denen die Lehrerinnen und Lehrer und die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas stehen, sind deutlich höher als noch vor fünf oder sechs Jahren.

Wir haben die Aufgabe, Menschen aus anderen Ländern bei uns zu integrieren. Das ist vor allen Dingen deswegen ein Kraftakt, weil Menschen aufgrund ihrer Herkunft Sprachschwierigkeiten haben. Es gibt aber auch zunehmend Kinder und junge Leute, die in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen und ebenfalls einen besonderen Betreuungsbedarf haben. Beides zusammen addiert sich nicht, es potenziert

sich. Das sind Herausforderungen, die wir uns heute meines Erachtens noch gar nicht genug klarmachen.

Investiver Sanierungsstau, personeller Sanierungsstau und sozialer Sanierungsstau bedeuten in meinen Augen keine Generationengerechtigkeit. Das sind Probleme, die wir unbedingt lösen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wissen, Bremen ist das Bundesland mit den meisten „roten Laternen“. Das ist schon gesagt worden. In ganz vielen Bereichen sind wir Schlusslicht in den Statistiken, zum Beispiel in Bildung, Arbeitslosigkeit und Armutgefährdung und in vielen anderen Bereichen. Das ist richtig. Das muss sich ändern, ist aber meines Erachtens auch eine Folge der Sanierungspolitik. Wir geben zum Beispiel deutlich weniger Geld pro Schülerin und Schüler aus als andere Bundesländer.

(Beifall DIE LINKE)

Wir bekommen regelmäßig Lebenslagenberichte. Die Arbeitnehmerkammer stellt darin fest, wie es den Menschen hier in Bremen geht. Es ist wahr, dass es relativ vielen Menschen immer noch sehr gut geht und dass sie hier gut leben können. Aber die Anzahl derer, die Schwierigkeiten haben, in Armut leben oder armutsgefährdet sind, ist in den letzten acht Jahren eben nicht signifikant gesunken, sondern hat eher zugenommen. Das kann man doch nicht als Erfolg von Sanierungspolitik begreifen, sondern man muss endlich sagen, dass das auch eine Folge dieser Politik war.

(Beifall DIE LINKE)

Man kann nicht einfach sagen: Es gibt ein paar, die möglicherweise nicht so gut dabei abgeschnitten haben, das wissen wir. Wenn 60 Prozent der Kinder von alleinerziehenden Frauen mit zwei Kindern arm sind, dann leiden nicht nur ein paar und dann ist das ein Indiz für eine Gesellschaft, die auseinanderdriftet, dann ist das die Folge von Sanierungspolitik.

(Beifall DIE LINKE)

Meines Erachtens hat sich Bremen auch ein paar Fallen gestellt. Im Grundgesetz steht, dass die Haushalte der Länder ab 2020 im Wesentlichen ohne neue Kredite auskommen müssen. In unserer Landesverfassung steht: Ab 2020 muss der Landeshaushalt Bremen ohne Neuverschuldung auskommen, die Kommune Bremerhaven muss ohne Neuver-

schuldung auskommen, und die Stadt Bremen muss ohne Neuverschuldung auskommen. Außerdem haben Sie hineingeschrieben, auch von Eigenbetrieben oder landeseigenen Gesellschaften dürften keine Kredite aufgenommen werden, für die wir Zins und Tilgung bezahlen.

Das machen andere nicht. Warum haben Sie Bremen ohne Not schlechter gestellt als alle anderen Bundesländer? Das ist meines Erachtens ein strategischer Fehler. Ich werbe dafür, noch einmal genau hinzusehen und Möglichkeiten zu suchen, um diesen Fehler zu korrigieren.

(Beifall DIE LINKE)

Für die Jahre 2018 und 2019 sind im Wesentlichen deutliche Mehrausgaben für Bildung und für andere Verstärkungsprojekte vorgesehen. Das ist gut. Die Dinge, die im Bereich der Kindertagesstätten, im Bereich der Bildung und im Bereich zusätzlichen Personals gemacht werden, sind ohne Zweifel richtige Maßnahmen. Ich finde aber, man darf sich erst dann dafür loben, wenn man den Nachweis erbracht hat, dass das genug ist, dass das die Situation verbessert und dass es nicht nur Mehrausgaben aufgrund eines höheren Bedarfes sind.

Die Anzahl an Kindern unterschiedlichen Alters ist deutlich gestiegen. Das zieht automatisch Mehrausgaben nach sich, wenn man das Niveau nicht weiter senken will. Den Nachweis, dass diese Mehrausgaben trotz Mehrbedarfs, Tarifsteigerungen und Ähnlichem wirklich eine Verbesserung darstellen, muss man erbringen. Erst dann kann man sich für diese Taten loben.

(Beifall DIE LINKE)

Meines Erachtens gibt es nach wie vor Fehlbedarfe, die wir nicht ignorieren dürfen. Das betrifft die Integration, die Armutsbekämpfung, die Überwindung sozialer Spaltung, die Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit und Hilfen für Alleinerziehende. Das sind Kriterien, die wir heranziehen müssen, wenn es darum geht, zu beurteilen, ob uns die nächsten beiden Haushalte und die Haushalte 2020 und 2021 nach vorn bringen.

Wir geben zwar deutlich mehr Geld für Schulen aus, müssen aber schauen, was wir tun müssen, um bei den PISA-Tests die „rote Laterne“ loszuwerden.

Wir wissen, wir benötigen mehr Geld für die Inklusion. Die Anzahl der Kinder in Risikolagen steigt. Bremens Armutsgefährdungsquote be-

trägt vier Prozent. Deutschlandweit sind es 0,9 Prozent. Circa 120 000 Menschen in Bremen sind arm oder drohen arm zu werden. 7 000 Menschen in Bremen sehen sich täglich gezwungen, bei der Tafel zu speisen, also an Armenspeisungen aus privaten Spenden teilzunehmen. Alleinerziehende habe ich schon genannt.

In den Neunzigerjahren gab es knapp 80 000 Sozialwohnungen; inzwischen sind es noch 8 500. Natürlich brauchen wir mehr Wohnungen, und es stellt sich die Frage, ob wir schnell genug sind. Ja, es werden mehr Wohnungen gebaut, und zwar deutlich mehr als vorher. Das ist ein Schritt. Aber auch hier muss man fragen, ob dies den Fehlbedarf deckt, ob dies die Lage verbessert oder ob es die Lage nur weniger schlimm macht.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Frage muss man beantworten. Das kann man nicht, indem man hier sagt, wir seien auf einem guten Weg. Man muss es vielmehr rechnen. Zahlen sind ein vergleichsweise wichtiger Indikator dafür, ob bestimmte Dinge ausreichen oder nicht.

Die aktuelle Lage: Die Ausgaben für Integration und im Zusammenhang mit Geflüchteten betragen 2018 und 2019 noch einmal 296 Millionen Euro beziehungsweise 283 Millionen Euro. Die Mittel für Integration nehmen sich dagegen bescheiden aus, auch wenn es für die Bildung 1,3 Millionen Euro und für Soziales 1,6 Millionen Euro sind. Ich bin sehr dafür, bei der Frage, wie viele Mittel wir an welchen Stellen für Integration ausgeben, noch einmal genau hinzusehen. Das werden wir auch im Detail tun. Wir brauchen diese Mittel im Sport. Wir brauchen diese Mittel in der Kultur. Dafür sind 20 000 Euro vorgesehen. Wir müssen Maßnahmen für traumatisierte Migranten ergreifen. Dafür sind 60 000 Euro vorgesehen. Das scheint mir zu wenig zu sein. Für Sprachkurse für Erwachsene sind 200 000 Euro vorgesehen. Diesen Ansatz haben wir im Haushalt gefunden. Es ist zu fragen, ob diese Summe auch nur annähernd ausreicht, um erwachsenen Migrantinnen und Migranten beziehungsweise geflüchteten Menschen eine entsprechende Ausbildung angedeihen zu lassen.

Die Mittel für Jugendzentren sind in der Vergangenheit kaum gestiegen. Dieses Mal werden sie erhöht, aber auch hier ist zu fragen, ob das ausreicht. In Bremen wird an vielen Orten im Alltag ganz praktische Integrationsarbeit geleistet: in den kulturellen Einrichtungen, in den Jugendzentren, in den Mütterzentren und in den Gesundheitszentren. Überall dort arbei-

ten Menschen entweder unter sehr schlechten Bedingungen oder sogar ehrenamtlich. Sie leisten viel, damit Integration im Alltag überhaupt denkbar wird. Wir tun gut daran, in diese Menschen und in diese Einrichtungen mehr zu investieren, denn das bekommen wir durch Minderausgaben wieder zurück.

(Beifall DIE LINKE)

Bevor ich zu dem komme, was man unserer Meinung nach tun müsste, will ich noch zwei, drei Worte zu Herrn Röwekamp sagen. Die CDU ist eine christlich-demokratische Union. Ich bin früher katholisch gewesen und habe damals immer die Geschichte von der wunderbaren Brotvermehrung gehört. Darin kam jemand, der die Fähigkeit hatte, aus einem Laib Brot so viele Laibe Brot und aus einem Fisch so viele Fische zu machen, dass Hunderttausende satt wurden. In Ihrer Rede, Herr Röwekamp, geben Sie vor, ein solcher Mensch zu sein.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Was wird denn das?)

Sie haben kein Brot vermehrt, aber Geld. Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie Ihre Detailforderungen, Ihre Forderungen nach Kürzungen, nach Tilgung und nach Beseitigung des Sanierungsstaus sowie ihre berechnete Forderung nach Beseitigung von Armut ein einziges Mal in Zahlen gießen und mir dann zeigen, wie das in diese Haushalte passt. Dann würde diese Form von Oppositionsarbeit glaubwürdig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP - Abg. Gottschalk [SPD]: Das geht nicht zusammen! Das kann er nicht!)

Wir müssen - das geht auch an die Adresse des Kollegen Röwekamp - deutlich zwischen Schulden, die wir für konsumtive Ausgaben machen, und Krediten, die wir für Investitionen aufnehmen, unterscheiden. Es muss auch nach 2020 möglich sein, investive Ausgaben in irgendeiner Weise über Kredite zu finanzieren, denn aus dem laufenden Haushalt wird das mit aller Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein.

(Beifall DIE LINKE)

Ich schließe eine Frage an, die auch an Herrn Röwekamp geht. Sie stellen zu Recht fest, wir brauchten mehr Kitas, mehr Schulen und andere Dinge. Wie würden Sie das finanzieren, wenn Sie feststellten, dass die Einnahmen dafür nicht ausreichen? Diese Frage muss beantwortet werden. Ich sage nach wie vor: Es gibt Investitionen, die man über Kredite finanzieren muss, weil man sonst in der Zukunft

Mehrausgaben oder weiteren Sanierungsstau hat oder soziale Probleme schafft, die man dann nicht mehr beseitigen kann.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt wird die Gewerbesteuer um zehn Punkte erhöht. Ich habe einmal grob nachgerechnet: Wenn jemand 50 000 Euro einnimmt, die der Gewerbesteuer unterliegen, bedeutet eine Erhöhung um zehn Punkte eine Steuererhöhung um etwa 100 Euro. Das hängt ein bisschen davon ab, was er alles abziehen kann. Ich finde, es ist zulässig, dies für zwei Jahre zu machen. Wir können aber auch gern einmal darüber sprechen, alle einzubeziehen, die selbstständig arbeiten. Ich habe ein Planungsbüro. Ich zahle keine Gewerbesteuer. Warum eigentlich nicht? Diese Frage kann mir keiner beantworten. Wenn wir Steuergerechtigkeit in der Gewerbesteuer schaffen und künftig auch Freiberufler - meinetwegen ab einem bestimmten Umsatz - Gewerbesteuer zahlen, dann können wir den Gewerbesteuersatz senken, ohne auf Einnahmen zu verzichten. Dieses Kooperationsprojekt schlage ich Ihnen vor. Sie können es gern auf Bundesebene vortragen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir genau hinschauen werden, welche Verbesserungen die kommenden Haushalte bringen. Ich habe angemerkt, dass ich an vielen Stellen den Eindruck habe, dass sie nur den Mehrbedarf decken, die Situation aber nicht viel besser machen.

Wir haben grundsätzlich ein paar Dinge zu bedenken. Jetzt wird immer auf die Jahre 2020 und 2021 geschaut. Ich bin sicher, in vielen Fragen, insbesondere in Fragen der sozialen Spaltung, können wir nicht weitere zwei Jahre zuwarten. Das würde das Problem verschlimmern.

(Beifall DIE LINKE)

Es geht um Integration und Armutsbekämpfung. Das haben wir hier diskutiert. In der Zeit, in der wir mit vielen Geflüchteten konfrontiert waren, war eines völlig klar: Wenn wir nicht sowohl den Geflüchteten als auch den Menschen in schwierigen Lebenssituationen helfen, erzeugen wir Konkurrenz in der Armut. Wir sehen jetzt gerade, was diese Konkurrenz in der Armut mit dieser Gesellschaft macht: Ein wütender, durchgedrehter rechter Mob zieht durch die Lande, und eine Partei, vor der man nur warnen kann, erzielt hohe Wahlergebnisse. Das ist doch die Folge davon, dass sich viele Menschen abgehängt fühlen.

(Beifall DIE LINKE)

Rechtspopulisten wird es leichtgemacht, auf diesen Staat zu schimpfen, weil wir die Zeichen der Zeit in dieser Frage nicht erkannt haben. Deswegen werbe ich dafür, deutlich herauszustellen, dass in Bremen mittlerweile beides angegangen wird. Deswegen werbe ich dafür, genau hinzuschauen, ob die bisher dafür eingesetzten Mittel ausreichen.

Ich werbe dafür, dass wir den Sicherheitsabstand zur Grenze der Neuverschuldung ausnutzen. Wenn ich richtig hingeschaut habe, sind das jetzt noch 30 Millionen Euro im Jahr. Ich bin relativ sicher, dass wir dieses Geld insbesondere in der Integration und in der Armutsbekämpfung gut ausgeben können. Sollte sich herausstellen, dass wir dieses Geld nicht hätten in den Haushalt einstellen dürfen, weil bestimmte Ereignisse hinzukommen, die uns die Obergrenze überschreiten lassen, muss man das im Nachhinein kontrollieren. Das ist gegen Ende des Jahres absehbar.

Ich werbe auch dafür, darüber nachzudenken, ob wir die 2016 diskutierte Ausnahmeregelung nicht auch für 2018 und 2019 diskutieren müssen. Es geht darum, dass wir uns aus unterschiedlichen Gründen in einer haushalterischen Notlage befinden. Ich weise noch einmal auf unsere Landesverfassung hin. Darin steht nicht nur, dass wir die Schuldenbremse einhalten müssen. Darin steht auch - ich formuliere es etwas flapsig -: Wenn jemand keine Wohnung hat, muss der Staat ihm eine stellen, wenn jemand keine Arbeit hat, muss der Staat dafür sorgen, dass er eine bekommt. Diese Teile der Verfassung ignorieren wir in den letzten zehn Jahren gründlich. Es muss möglich sein zu sagen: Wir können diese widerstrebenden Teile der Verfassung nicht länger hinnehmen. Wir wollen Wohnungen schaffen. Wir wollen Arbeit schaffen. Das ist aber nur möglich, wenn wir den Ausnahmetatbestand in der Schuldenbremse ziehen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen über eine Änderung der Landesverfassung nachdenken. Das habe ich gesagt. Bremen darf keine schlechteren Bedingungen haben als andere Bundesländer. Weil wir ab 2020 keine Kredite mehr aufnehmen dürfen, sind wir in der Klemme. Was ist, wenn wir Geld für größere Projekte brauchen, wenn wir Wohnungen in dem Umfang bauen müssen, wie wir sie jetzt bauen müssen, wenn wir Schulen bauen müssen und das nicht aus dem laufenden Haushalt möglich ist, wie es in aller Regel der Fall ist? Was machen wir dann?

Ich empfehle, darüber nachzudenken, wie wir Gesellschaften wie die BREBAU oder die GEWOBA durch Bürgschaften so unterstützen können, dass sie in der Lage sind, diese Investitionen zu tätigen, so lange die Schuldenbremse in den Verfassungen steht. Wenn beispielsweise eine BREBAU Schulen baut, müssen wir diese Schulen mieten. Das finde ich immer noch besser als die Alternative, dass sich Investorinnen und Investoren langfristig die Hände reiben, weil sich die öffentliche Hand in eine Zwangslage begeben hat.

Als Alternativen werden jetzt öffentlich-private Partnerschaften genannt. Wir wissen, diese Partnerschaften gehen in aller Regel so aus, dass alle Vorteile bei den Privaten und alle Nachteile bei der öffentlichen Hand liegen. Wenn ich mich auf zehn Jahre über eine bestimmte Summe bei einem privaten Investor oder bei einer Bank verpflichte, sind das auch Schulden. Mit der Behauptung, dass ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden, streut man doch Sand in die Augen. Die Schulden werden nur andere sein.

(Beifall DIE LINKE)

In einer Frage bin ich mir mit der Finanzsenatorin sicherlich einig: Wir tun alle gut daran, direkte und indirekte Steuersenkungen für Wohlhabende und Reiche zu verhindern. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages nützt zum Beispiel nur Leuten, die Kohle haben. Leute, die keine Kohle haben, haben nichts davon.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

Lassen Sie mich zuletzt noch ein Wort zur Zukunftskommission sagen. Soweit ich mich erinnere, habe ich es schon einmal gesagt. Uns liegen Lebenslagenberichte der Arbeitnehmerkammer vor. Ein parlamentarischer Ausschuss hat sich über Armut in Bremen Gedanken gemacht. Wir haben viele wichtige Erkenntnisse gesammelt. Ich bin relativ sicher, dass wir heute schon in der Lage sind, eine Menge Maßnahmen auszumachen, die die Zukunft dieses Landes extrem verbessern können. Dazu brauchen wir im Moment nicht unbedingt externe Experten. Hier in diesem Haus und auch im Senat sollte es genügend Sachverstand geben, um diese Fragen zu beantworten.

Meiner Meinung nach liegt es in unserer Verantwortung, das zu tun. Die Bürgerschaft gehört dazu. Sie ist übrigens gar nicht in dieser Zukunftskommission vertreten. Wie fallen dort also die Entscheidungen? Wir werden hinterher nur mit Ergebnissen konfrontiert. Ich sage:

Die Zukunftskommission Bremens sitzt hier in diesem Saal. Das ist unsere Verantwortung. Deswegen halte ich die Zukunftskommission, so wie sie gestaltet wird, nicht für nötig.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden auch dieses Mal den Erwartungen gerecht. Wir werden uns im Detail mit dem Haushalt beschäftigen. Wir werden Ihnen Vorschläge machen, an welcher Stelle wir etwas anders machen und wo wir mehr oder weniger ansetzen würden. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir in dieser Debatte das eine oder andere vielleicht doch noch umsteuern können.

Ich bin der Meinung, dass eines in Zukunft nicht mehr geht. Man darf in diesem Saal nicht mehr sagen: Wir sind auf einem guten Weg. Ich finde es besser, jetzt einmal zwei Schritte vorwärts zu machen, statt immer nur zu behaupten, wir seien auf einem guten Weg. Ob wir in Richtung Armutsbekämpfung und Integration zwei Schritte vorwärts machen, entscheidet sich in den nächsten zwei Jahren und nicht erst 2020. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns das Ganze auch angeschaut. Ich sage einmal so: Unter Berücksichtigung unserer Rahmenbedingungen ist der Haushalt in Summe gar nicht schlecht. Wir haben aber natürlich auch Kritikpunkte, die wir hier gern darlegen möchten.

Sie haben auch erkannt, dass der Senat das Glück hat, in einer Zeit von Niedrigzinsen und Rekordsteuereinnahmen zu regieren. Seit 2010 sind die Steuereinnahmen wahrlich explodiert. Für die Jahre 2018 und 2019 wird für die Stadt und das Land Bremen mit 269 Millionen Euro mehr Einnahmen gerechnet als ursprünglich erwartet. Damit haben Sie das erste Mal weit über vier Milliarden Euro zur Verfügung.

Umso erstaunter bin ich und umso trauriger macht mich, was Sie jetzt damit machen und wie Sie reagieren. Sie reagieren darauf mit der Idee von Steuererhöhungen. Das ergibt für uns überhaupt keinen Sinn und ist viel zu kurz gedacht.

(Beifall FDP)

Sie haben erst 2016 und 2017 Steuern erhöht, nämlich die Grundsteuer und die Hundesteuer. Damit haben Sie gerade den einfachen Mann schon stark belastet. Bremen hat viele Probleme, aber mit Sicherheit kein Einnahmenproblem. Es ist wieder einmal nicht genug. In der Stadt soll jetzt noch die Gewerbesteuer steigen, und im Land wird die Citytax auf ein bürokratisches System mit höherer Belastung umgestellt.

Sie können sich vorstellen, die Erhöhung der Gewerbesteuer ärgert mich natürlich am meisten. Sie zeigt wieder einmal, dass Sie nicht langfristig denken. Diese kurzfristigen Mehreinnahmen sorgen dafür, dass Sie scheinbar gierig werden. Wissen Sie, was passieren wird? Die Firmen werden sich bewusst und mit Freude für Niedersachsen entscheiden. Dann wird hier hinterher wieder herumgeheult und die Steuerflucht beklagt, weil alle nach Niedersachsen ziehen. Das ist dann, ehrlich gesagt, auch kein Wunder.

(Beifall FDP)

Ich mag mir nicht vorstellen, wie Firmen reagieren werden, die jetzt schon - eigentlich glücklich - am Standort angesiedelt sind. Schon jetzt rufen Bürgermeister aus Achim und Oyten bei den Firmen an und werben für ihren Standort. Daran kann sich unser Senator Günthner ein Vorbild nehmen. Wenn man ehrlich ist, ist das echte Wirtschaftsförderung. Stattdessen läuten Sie mit Ihrer Politik ein Standortsterben ein. Ich bin wütend, wenn ich sehe, wie Sie Bremen mit System gegen die Wand fahren.

Auf der Aufgabenseite findet sich mit 5,6 Milliarden Euro ebenfalls ein Rekord. Es ist auch ein Rekord an Mutlosigkeit in der Ausgabenkritik. Diese findet nämlich, wie sonst auch, nicht wirklich statt. Ich habe mir noch einmal meine Rede vom Mai 2016 angeschaut. Einiges davon ist heute sicherlich nicht mehr aktuell. Das gilt beispielsweise für die Herausforderungen durch Flüchtlinge. Diesen ist Anja Stahmann mit ihrem Team wirklich vorbildlich begegnet. Wir können nachträglich noch einmal danke dafür sagen. Das habt ihr super gemacht! Dort steht auf dem Zettel, was es jetzt noch bedarf, um Flüchtlinge zu integrieren. Das steht dort an richtiger Stelle und ist dort gut aufgehoben.

(Beifall FDP)

Zu den anderen Bereichen können wir leider vieles wiederholen. Herr Bürgermeister Sieling ist für uns nach wie vor leider eher das Phan-

tom von Bremen, denn keiner weiß so richtig, was er politisch macht und wofür er steht.

(Beifall FDP, CDU)

Im Viertel werden nach wie vor jedermann unaufgefordert Drogen angeboten. Die Unternehmen im Land Bremen werden von Rot-Grün nach wie vor als die Melkkühe angesehen, die man nicht nur mit Steuern überhäufen kann, sondern denen man auch bürokratische Hürden in den Weg legt. Nach wie vor machen Sie rot-grüne Wirtschaftspolitik nur für Konzerne, weil es mit großen Einheiten und Gewerkschaften einfacher ist als mit den vielen Kleinen. Ich glaube, Sie haben sich noch nie ein echtes Bild von unserer Unternehmenslandschaft gemacht. Bremen zeichnet sich durch viele kleine und mittelständische Unternehmen, durch Handel und Handwerk und durch sehr viele Beschäftigte gerade in der Logistikbranche aus.

(Beifall FDP)

Die Infrastruktur konzentriert sich in Bremen gefühlt auf Fahrradpremiumrouten, während der wirtschaftlich relevante Verkehr wie Schwertransporte und Autobahnen ignoriert und manchmal sogar ausgebremst wird. Straßen und Brücken müssen zuerst verfallen, bevor gehandelt wird. Vieles ist also gleich geblieben.

Ich sehe im Entwurf des Senats aber auch echte Verbesserungen, zum Beispiel das Mehr für die Sanierung von Hochschulen und für Hochschulneubauten. Das ist wirklich toll. Das trifft auch für die Schulbildung zu, denn diese bekommt endlich einen höheren finanziellen Stellenwert. Ich glaube, das ist dringend nötig und der richtige Schritt.

(Beifall FDP)

Das ist wirklich ein positives Zeichen. Es zeigt, dass es sich immer wieder lohnt, über Bildung in Bremen und im Land Bremen zu diskutieren. Es ist natürlich richtig, Neubauten anzugehen, den Ganztagsausbau voranzutreiben und neue Referendarstellen zu schaffen. Das ist alles toll. Auch das Engagement von Frau Bogedan zur Bundestagswahl fanden wir sehr positiv. Das möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal loben. Das, was hier rund um das Thema Speed-Dating und Podiumsdiskussionen geleistet wurde, hat dazu geführt, dass sich viele Schülerinnen und Schüler ein echtes Bild von der Parteienlandschaft machen konnten. Das ist sehr gut angekommen. Das war gut.

(Beifall FDP)

Trotz allem fehlen mir in dem Entwurf in Bezug auf Bildung echte Veränderungen und auch echte Anstrengungen, um die nötigen Veränderungen anzugehen. Ich erkläre das gern. 90 Prozent des Budgets und der Mehrausgaben fließen in Beton und Ausbau. 90 Prozent! In den letzten Jahren wurden Kinder zu 100 Prozent beschult. Heute haben wir mehr Schüler. Damit brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer und natürlich auch mehr Gebäude. Das kostet entsprechend mehr. Deshalb sieht das für mich nur wie ein Ausgleich dessen, was mehr vorhanden ist, aber nicht wie ein Mehr an Schulqualität aus.

(Beifall FDP)

Ich sehe beispielsweise immer noch keinen Plan dafür, wie der Sanierungsstau von fast 700 Millionen Euro an den Schulen abgebaut werden soll. Es bleibt kein Geld mehr, um in Schulqualität zu investieren. Dabei wäre das nach dem dauerhaft letzten Platz bei den PISA-Ergebnissen der letzten Jahre wichtiger denn je.

Ich sehe auch kein echtes Programm dafür, wie die Digitalisierung in den Schulen ankommen soll. Einem Senat, dem es noch nicht einmal gelingt, die analogen Tafeln in den Schulen in einem ordentlichen Zustand zu halten, dem traue ich es wirklich nicht zu, die Kreidezeit im Klassenzimmer zu beenden.

Wir haben keinen Unterricht für Medienkompetenz. Wir haben laut Ihrem Plan ganze zwei Lehrer pro Schule, die sich damit in Zukunft auskennen sollen. Das ist doch ein Witz und reicht im Leben nicht aus. Wir brauchen eher mindestens zwei Lehrkräfte pro Klasse, die sich damit auskennen.

(Beifall FDP)

Wir Freien Demokraten haben einen einfachen Vorschlag dazu. Wir schlagen ein Innovationsbudget von 10 000 Euro je Klasse vor. Damit haben Lehrerinnen und Lehrer die Chance, die Schulen in unser Zeitalter zu holen. Sie können autark über die Summe verfügen und den Betrag unbürokratisch abrufen, um selbst Schwerpunkte zu setzen. Damit können wir die Digitalisierung mit vernünftiger Hard- und Software in die Schulen holen, denn die Bildung unserer Kinder in Bezug auf Zukunftsthemen wie Robotik und 3-D-Drucker darf unseres Erachtens nicht am Budget scheitern.

(Beifall FDP)

Das Kernproblem des bremischen Bildungssystems werden wir aber vermutlich nicht nur mit Geld ändern können, denn die Qualität der Bildung hat auch etwas mit dem Anspruch an Quantität und Qualität zu tun. Rot-Grün muss endlich erkennen, dass die Politik des einfachen Abiturs für alle gescheitert ist. Es ist an der Zeit, die Bildungsstandards, die Inhalte, an jene Länder anzupassen, die bei PISA und den anderen Tests erfolgreicher sind als wir.

(Beifall FDP)

In Bremen fehlt es immer noch an ausbildungsreifen Jugendlichen. Es muss Sie doch tangieren, wenn Sie hören, dass zwei Drittel der hiesigen Auszubildenden aus Niedersachsen kommen. Stattdessen greifen Sie Unternehmen an. Angeblich stehen nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das ist aber nicht wahr. Echte Selbstreflexion und Selbstkritik wären endlich angebracht. Es liegt nicht an den fehlenden Plätzen, sondern an der mangelnden Ausbildungsfähigkeit unserer Jugendlichen in Bremen.

Wir Freien Demokraten fordern daher eine Ausbildungsreifeversicherung für unsere Schülerinnen und Schüler. Ein Unternehmen, das einen Schüler mit dem Abschluss einer Bremer Schule einstellt, muss die Garantie haben, dass dieser Schüler ausbildungsfähig ist.

(Beifall FDP)

So wird ein Schuh daraus. So wird Bildungspolitik in unseren Augen messbar. Unsere Wirtschaft ist auf Fachkräfte von morgen angewiesen. Der Erfolg von morgen steckt in den Kinderschuhen von heute.

(Beifall FDP)

Wenn ich sehe, dass der Topf für Sozialleistungen am größten ist und Sie im Gegenzug nichts in die Weiterentwicklung von Bildung investieren, ist das ungerecht gegenüber unseren Kindern. Damit versündigt man sich heute an der Zukunft unserer Kinder, denn Bildung ist die beste Prävention gegen Armut. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

(Beifall FDP)

So sehr die Wirtschaft auf die Fachkräfte von morgen angewiesen ist, so sehr ist die Wirtschaft auch auf eine vernünftige und faire Wirtschaftspolitik angewiesen. Nachdem der Senat an seiner bürokratischen Symbolpolitik wie zum Beispiel dem Landesmindestlohn festgehalten hat, habe ich nicht ernsthaft mit einer Entlastung für die Wirtschaft in diesem

Haushalt gerechnet. Ich habe aber immerhin auf ein paar wichtige Investitionen gehofft. Ein paar sind zwar eingetreten, es sind aber eben leider doch nicht viele, die einen großen Wurf bedeuten. Die Zinsausgaben sind immer noch höher als die Investitionsausgaben. Das ist schade für Bremen.

Unter den Investitionen, die der Senat in seiner eigenen Pressemitteilung besonders herausstellt, sind nur das Kreuzfahrtterminal in Höhe von circa zwölf Millionen Euro und die Erschließung der Luneplate als Gewerbegebiet in Höhe von sechs Millionen Euro als wirtschaftsnahe Investitionen besonders erwähnenswert. Das sind ganz klar richtige und auch wichtige Investitionen für Bremerhaven. Ansonsten setzt sich die mutlose Wirtschaftspolitik von Senator Günthner leider fort.

(Beifall FDP)

Besonders für Bremerhaven ist eine florierende Wirtschaft entscheidend, aber allein der Sanierungsstau des Hafens beträgt 243 Millionen Euro. Das ist unfassbar, denn er ist das Fundament Tausender Arbeitsplätze und des attraktiven Standorts Bremerhaven und Bremen.

In diesem Zusammenhang ist die Erhöhung der Gewerbesteuer die schlechteste wirtschaftspolitische Maßnahme. Ganz ehrlich, ich verstehe das nicht. Das ist ein Zeichen mangelnden Respekts gegenüber der Leistung der vielen Unternehmen und ihrer Beschäftigten in Bremen. Wir lehnen die Erhöhung der Gewerbesteuer ganz entschieden ab.

(Beifall FDP)

Um mehr Unternehmen nach Bremen zu holen und Geld für Investitionen bei den Unternehmen freizusetzen, ist angesichts der Rekordinnahmen eigentlich das Gegenteil angesagt. Die Gewerbesteuer ist zu senken und nicht zu erhöhen. So stärken wir die Unternehmen vor Ort und werden als Standort auch für auswärtige Unternehmen attraktiver. Dann haben die Umlandgemeinden vielleicht nicht mehr die Chance, dass man sich für den anderen Standort entscheidet. Manchmal wünschte ich mir, dieser Senat würde besser gar keine Wirtschaftspolitik machen. Das wäre angesichts dieser Maßnahmen die bessere Wirtschaftspolitik.

(Beifall FDP)

Die Verkehrssituation ist für ein kleines Land wie Bremen katastrophal. Nicht im Stau steht

nur jemand, der mit dem Fahrrad unterwegs ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine gute Idee!)

Mit einer vorbildlich geplanten Standortpolitik hat das wenig zu tun. Als es um die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ging, hat unser Bürgermeister Sieling zugesagt, dass ein Großteil in Investitionen und Tilgung gehen wird. Ich sehe in diesem Haushaltsplan leider noch nicht viel davon. Ich hätte mir gewünscht, dass man das schon heute und nicht erst in ein paar Jahren umsetzt. Für mich sieht dieser Haushaltsentwurf aus wie ein Überstehen der folgenden zwei Jahre, bis die Karten endlich neu gemischt werden.

Es freut mich, dass unser Bürgermeister jetzt die Digitalisierung zum Schwerpunktthema gemacht hat. Das begrüße ich grundsätzlich sehr.

(Beifall FDP)

20 Millionen Euro pro Jahr sind gutes Geld, um zumindest einen Anfang zu gestalten. Wir Freien Demokraten stellen uns unter der Digitalisierung in der Verwaltung mehr Bürgerservice vor. Wir stellen uns eine Vereinfachung der Verwaltungsarbeit etwa durch das Eliminieren von unnötigen Prozessen wie der Doppeleingabe von Daten vor. Vielleicht kann man über die Digitalisierung auch Personal in der Verwaltung einsparen beziehungsweise dieses Personal dann für andere Dinge einsetzen, weil Prozesse effizienter werden. Das wäre doch toll. Dafür kann man das Geld sehr gut in die Hand nehmen.

Es wundert mich aber, dass hier scheinbar eine falsche Vorstellung von Digitalisierung vorherrscht. Wie kommt man zu der Erkenntnis, dass man dafür noch mehr Stellen in der Verwaltung braucht? Wir sollten lieber Prozesse optimieren, digitalisieren und frei gewordene Stellen anderswo, zum Beispiel in der Bildung, einsetzen.

(Abg. Tsardilidis [SPD] Das macht niemand? - Abg. Crueger [SPD]: Er kennt sich halt mit Organisationsentwicklung aus!)

Wer die Digitalisierung in der Verwaltung vorantreiben will, indem er mehr Verwaltungsmitarbeiter einstellt, hat eine andere Vorstellung. Ich habe das nicht so ganz verstanden.

Ich hätte mir viel mehr gewünscht, dass der Senat das Gegenteil macht, nämlich das Geld in gute Soft- und Hardware investiert, um da-

mit eine moderne, digitale und vernünftige Verwaltung zu schaffen. Das hätte man mit 20 Millionen Euro sehr gut tun können.

(Beifall FDP)

So, wie der Senat das Thema angeht, werden wir gefühlt noch 2025 wegen jedem Kram zum Amt rennen müssen, und die Schlangen vor den Servicecentern werden nicht kürzer. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man fast darüber lachen.

Ich komme zur inneren Sicherheit. Wir Freien Demokraten haben uns für die Zielzahl von 2 600 Polizisten eingesetzt. Diese wurde auch durchgesetzt. Das freut uns sehr. Wir haben in unserem Papier zur Innenstadt einen Ordnungsdienst ins Gespräch gebracht. Das wird alles aufgegriffen. Das ist toll. Aber - das ist ein ganz großes Aber, weil es schade und falsch ist - in Bremerhaven hat sich nichts geändert. In Bremerhaven haben wir bis heute nicht mehr Polizisten und Polizistinnen.

(Beifall FDP)

Ich bin mir beim Thema der Sicherheit nicht sicher, ob der Senat mit der Video- und Telekommunikationsüberwachung nicht die falschen Schwerpunkte setzt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Maßnahmen nur begrenzt wirksam sind. Wir müssen stattdessen endlich in die Situation kommen, im Land Bremen ausreichend und gut ausgestattete Polizistinnen und Polizisten zu haben, die Verbrechen tatsächlich verhindern und aufklären. Wir brauchen eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr statt mehr Überwachung. 500 000 Euro sind für uns nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall FDP)

Denn Fakt ist, dass Menschen und nicht Kameras Verbrechen verhindern. Deshalb sollten wir die Menschen, die für uns sorgen und uns schützen, mehr unterstützen.

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass der Senat wieder einmal eine riesige Chance verpasst hat. Es liegt jetzt an uns Parlamentariern, hier Ideen und unsere Änderungsanträge einzubringen, damit klar wird, wie wir uns das Ganze vorstellen. Es liegt aber auch an den Bremerinnen und Bremern, angesichts dieser zum Teil leider rückwärtsgewandten Politik, die uns irgendwann auf die Füße fallen wird, konsequent zu handeln und sich anders zu entscheiden. Ich glaube, unsere Bremerinnen und Bremer merken, was sich hier abspielt. Vielleicht quittieren sie dieses Handeln im Jahr

2019, und Bremen bekommt eine neue Regierung, die dann möglicherweise lieber jamaikanische Klänge hört. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall FDP - Abg. Tschöpe [SPD]: Viel Spaß! - Abg. Frau Grotheer [SPD]: Das gönne ich euch! - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war eine ziemlich plumpe Anmache, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Besucher! Zunächst möchte ich der Verwaltung meinen herzlichen Dank für die zeitnahe Aufstellung des Haushalts aussprechen. Es ist zwar kein Vertreter mehr anwesend, aber vielleicht übermittelt man ihr das.

Es gilt weiterhin, den Sanierungspfad bis zum Jahr 2020 einzuhalten. Ohne Einhaltung des Konsolidierungspfades würde Bremen die Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich verlieren. Unterstützung bekam und bekommt der Senat durch positive exogene Rahmenbedingungen wie hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinsen. Dabei handelt es sich um Sonderfaktoren, die nicht ewig währen. Kommt es zu einem Rückgang der Konjunktur in Deutschland, weil sich die Weltwirtschaft abschwächt oder die EZB die Zinsen anhebt, wird sich die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte wieder verschlechtern.

Die Fortführung des Sanierungspfades und der Schuldenabbau sind für die Bürger in Wut nicht verhandelbar.

(Beifall BIW)

Dies muss unbedingt auch für die Zeit nach 2020 gelten, obwohl Bremen als Ergebnis des im Oktober vergangenen Jahres gefundenen Kompromisses zum Bund-Länder-Finanzausgleich dann 487 Millionen Euro jährlich vom Bund bekommt. Sparanstrengungen und strenge Haushaltsdisziplin sind beizubehalten. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die eigene Steuereinnahmen circa 3 Milliarden Euro im Jahr betragen, dass Bremen aber jährlich 5,4 Milliarden Euro ausgibt. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben kommt durch Bund-Länder-Finanzausgleich und Länderergänzungsabgaben vom Bund. Das ist kein Ruhmesblatt.

(Beifall BIW)

Das Land Bremen muss dringend seine Schulden in Höhe von 22 Milliarden Euro abbauen. Andernfalls drohen hohe zusätzliche Ausgaben, wenn die historisch niedrigen Kapitalmarktzinsen wieder anziehen und die Kreditaufnahme für den Staat entsprechend teurer wird.

Es reicht nicht aus, Frau Bürgermeisterin Linnert, die Zinsen mit langfristigen Zinssicherungsgeschäften zu sichern, weil diese irgendwann auslaufen und die Zinsen dann anziehen. Irgendwann kommen die höheren Zinsen. Wenn wir es bis dahin nicht geschafft haben, die Schulden zurückzuzahlen, haben wir ein echtes Problem. Wir verschieben das Problem vielleicht um 30 oder 50 Jahre, aber wenn wir die Schulden nicht tilgen, wird das Problem irgendwann auftauchen. Also muss die aktuell günstige Phase genutzt werden, um Altschulden in größerem Umfang als vorgesehen zu tilgen. Der dafür bislang vorgesehene Betrag von 80 Millionen Euro sollte daher erhöht werden.

Positiv ist anzumerken, dass wir diesmal keine haushaltslose Zeit haben. Die letzte haushaltslose Zeit hat uns in einigen Bereichen sehr behindert beziehungsweise auch geschädigt.

Die Einnahmen unseres Bundeslandes steigen stetig. Trotzdem reichen diese nicht für den immer größeren Geldbedarf des Staates aus. Allerdings liegt das Problem nicht auf der Einnahmenseite, sondern vor allem auf der Ausgabenseite. Aus diesem Grund brauchen wir keine für Unternehmen schädliche Gewerbesteuererhöhung. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel für Einzelunternehmen nur 380 Prozent des Hebesatzes auf die Einkommensteuer anrechenbar sind. Das heißt, die Erhöhung des Hebesatzes um zehn Prozentpunkte macht sich monetär gerade für Einzelunternehmen in voller Höhe bemerkbar.

Vorhin wurde von Bremen als wachsender Stadt gesprochen. Daraus ergibt sich die Frage, wer die neuen Bürger und wer die neuen Arbeitgeber sind. Die Erkenntnis hieraus ist nicht neu. Es geht um den Zulauf von armutsbedrohten Bürgern aus verschiedenen anderen Ländern und, dadurch bedingt, um die Förderung der sogenannten Sozialindustrie. Bremen wächst unter dem Strich nur wegen des Zuzugs von Flüchtlingen und EU-Bürgern, darunter vielen Armutsmigranten aus Osteuropa, speziell Rumänien und Bulgaren.

Ich komme zu einer kurzen Abhandlung über die Flüchtlinge. Das Land Bremen hat 2016 laut Sozialressort genau 3 185 Asylbewerber

aufgenommen. 2015 waren es 10 274, im Jahr 2014 genau 2 233 Menschen. Im Jahr 2015 waren unter den Asylsuchenden rund 2 700 unbegleitete minderjährige Ausländer, die besonders hohe Kosten verursachen. Laut Senatorin Stahmann betragen sie im Durchschnitt pro Kopf 3 750 Euro monatlich oder 45 000 Euro im Jahr. Das ist auffallend niedrig, denn die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat monatliche Durchschnittskosten von 5 250 Euro beziehungsweise 63 000 Euro jährlich errechnet.

Dagegen verliert Bremen Einwohner in der Altersgruppe bis 30 Jahre sowie bei der Gruppe der höher Qualifizierten. Während also eher gut situierte Steuerzahler und Konsumenten Bremen auch wegen des unzureichenden Wohnungsangebots verlassen, rücken Sozialtransferempfänger nach, die staatlich alimentiert werden müssen. Hieraus ergeben sich dann die schlechten Nachrichten aus dem Sozialressort. Die geplanten Ausgaben liegen im Doppelhaushalt 2018/2019 immer noch weit über dem Wert von 2015, also vor der Migrationskrise. Für die monetäre Entwicklung der Zukunft des Sozialressorts ist es wichtig, wie die Integration der Migranten vorangeht.

Daran knüpft sich die Frage, wie viel Prozent der Migranten im ersten Arbeitsmarkt integriert sind. Ich kann diese Frage momentan nicht beantworten. Es geht aber nicht nur um die Integration von anerkannten Asylbewerbern und Flüchtlingen, sondern auch und gerade um die Rückführung von Migranten, deren Asylanträge abgelehnt wurden und die deshalb kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben. Auch diese Personen müssen vom Sozialstaat versorgt werden und belasten daher den Etat.

In puncto Rückführung bildet Bremen einmal mehr das Schlusslicht unter den Bundesländern. Im Jahr 2016 reisten knapp 600 abgelehnte Asylbewerber nach Beratung freiwillig aus Bremen zurück in ihre Heimatländer. 72 wurden abgeschoben. Das ist im Vergleich zu den Vorjahren ein hoher Wert, als es jeweils etwa zehn Menschen waren.

Ende 2016 lebten in Bremen 3 007 geduldete Ausländer. Das ist auf die Gesamtbevölkerung bezogen der mit Abstand höchste Wert aller Bundesländer in Deutschland.

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit müssen strukturelle Maßnahmen getroffen werden, um die bundesweite niedrige Prozentzahl weiter zu reduzieren. Allerdings setzt sich die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Bremen vom bundesweiten Trend ab. Mit 9,6 Prozent im August 2017 ist die Arbeitslosenquote im Land Bremen so hoch wie in keinem anderen Bun-

desland Westdeutschlands. Sie liegt noch über dem Durchschnittswert Ostdeutschlands. Das bedeutet eine starke Belastung des bremischen Haushalts mit Sozialtransfers für Erwerbslose.

Notwendig ist insbesondere ein verbessertes Standortmarketing, um mehr Unternehmen nach Bremen zu locken und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Durch seine Überseehäfen bietet Bremen besondere Vorteile insbesondere für exportorientierte Unternehmen sowie für Firmen, die stark auf den Import von Halbwaren und Rohstoffen angewiesen sind. Stichworte sind hier verkürzte Transportwege und Just-in-time-Lieferungen.

Aus der Praxis kann ich berichten, dass Unternehmen gezwungen sind, sich ihren Nachwuchs auszubilden. Am Arbeitsmarkt gibt es kaum noch ausgebildete Mitarbeiter. Finden Sie unter den Schulabgängern erst einmal einen Auszubildenden, der den Anforderungen der Berufswelt standhält! Hier muss sich die Schulbildung den Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen und Schüler hervorbringen, die sich im Betrieb zurechtfinden.

(Beifall BIW)

Grundrechenarten und die deutsche Sprache in Wort und Schrift sollte jeder Schüler nach der Schulzeit beherrschen. Das ist leider nicht die Regel.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Das stimmt!)

Das ist sehr traurig. Ich kann Ihnen aber auch sagen, woher das kommt.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Ehrlich?)

Ja. Bremen landet in bundesweiten Schulleistungsvergleichen regelmäßig auf den hinteren Plätzen, ist meistens sogar Schlusslicht. Das Bildungswesen des Landes muss dringend reformiert werden. Das linke Modell der Einheitsschule mit weitreichender Inklusion ist gescheitert und überdies sehr viel teurer als das klassische gegliederte Bildungssystem.

(Beifall BIW)

Wenn man ein solches System wie die Inklusion einführt, dann muss man auch die finanziellen Mittel dafür haben.

(Beifall BIW)

Man kann nicht einfach etwas einführen und es dann sich selbst überlassen, obwohl es nicht funktioniert. Die ideologisierte linke Bil-

dungspolitik mit dem Ziel der Gleichmacherei geht zulasten unserer Kinder und des qualifizierten Berufsnachwuchses der Unternehmen.

Kommen wir zum Wohnungsbau. Wohnungsbau ist dringend notwendig, um durch die Erhöhung des Angebots Wohnraum zu Mietpreisen in bezahlbarer Höhe auf den Markt zu bringen. Der Mietpreis wird durch Angebot und Nachfrage gebildet. Steigt das Angebot, werden sich die Miethöhen wieder normalisieren. Wichtig wäre der Abbau der Überregulierung, die das Bauen verteuert und Projekte im unteren und zunehmend auch im mittleren Preissegment für private Investoren unattraktiv macht. Ich möchte an die Katharinen-Passage und den Lloydhof erinnern.

Um die Kosten zu verringern und möglichst rasch Wohnraum für die unteren Einkommensgruppen zur Verfügung zu stellen, sollten Auflagen gegebenenfalls für einen befristeten Zeitraum reduziert und gesetzliche Standards insbesondere im Bereich der Energieeinsparverordnung gesenkt werden. Es muss nicht immer öffentlicher sozialer Wohnungsbau sein, Herr Rupp. Die Erfahrung zeigt, dass private Bauträger in der Regel zu besseren Konditionen bauen können.

Der Verkehr dient den Menschen teilweise auch als Grundlage für ihre Berufstätigkeit. Fahrrad fahren ist hingegen häufig in den Bereich der Freizeitgestaltung einzuordnen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in Bremen!)

Ja, das denken Sie.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weiß ich!)

Der Bereich Verkehr sollte im Wirtschaftsressort angesiedelt werden.

(Zuruf)

Wir können auch die ganze Stadt für den Autoverkehr dichtmachen. Dann kommt keiner mehr.

(Beifall BIW)

Die Polizei muss von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Hierzu können auch Beschäftigte aus anderen Verwaltungszweigen eingesetzt werden. Die zusätzliche Schaffung einer Sicherheitswacht nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Sachsen und Bayern ist zu überlegen, um die Polizei von einfachen Vollzugstätigkeiten, zum Beispiel von Streifen-

gängen, von Objektbewachung und von der Aufnahme von Verkehrsunfällen, zu entlasten. Die Einführung einer Sicherheitswacht ist schon seit Jahren eine Kernforderung der Bürger in Wut im Bereich der inneren Sicherheit.

Zur effektiven Terrorabwehr muss die Polizei mit entsprechender Ausrüstung bestückt werden. Oder wie soll sich ein Polizist mit seinen derzeitigen Waffen zum Beispiel gegen den Angriff mit einer Kriegswaffe verteidigen?

(Abg. Kastendiek [CDU]: Mit einem Panzer vielleicht?)

Ebenso muss die Justiz mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Die jahrelange Verzögerung von Gerichtsverfahren ist nicht hinnehmbar. Zum 31. Dezember 2016 waren beim Landgericht 208 nicht abgeschlossene Strafverfahren anhängig. Das waren 36 mehr als 2015. Darunter waren rund 100 schwerwiegende Fälle wie Gewalt- und Sexualdelikte.

Die Investitionen des Landes Bremen sind immer noch geringer als die laufende Zinslast. Wie dringend Investitionen benötigt werden, ist am Sanierungsstau bei Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden zu sehen. Ebenso auffällig sind die bremischen Brücken, die sich zum größten Teil in einem sehr schlechten Zustand befinden. Umgekehrt muss endlich auf teure Prestigebauten, die sich wirtschaftlich nicht rechnen, verzichtet werden. Beispiele hierfür sind der Hafentunnel und der OTB in Bremerhaven.

(Zuruf Abg. Röwekamp [CDU] - Zuruf Abg. Timke [BIW])

Leider!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir können ihn auch unter Denkmalschutz stellen! - Weitere Zurufe CDU)

Das Bauprojekt OTB sollte 180 Millionen Euro kosten. So lautete die Schätzung auf Basis der Daten aus dem Jahr 2010. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Nachdem private Investoren frühzeitig abgewinkt hatten, weil ihnen das Geschäftsmodell nicht tragfähig erschien, will Bremen, obwohl Haushaltsnotlageland, die Baukosten selbst finanzieren.

(Abg. Timke [BIW]: Viel Spaß!)

Nicht einmal für den Betrieb des OTB ließen sich mangels Rentabilität Privatinteressenten finden. Aber wir haben eine Idee. Wir machen es selbst.

(Abg. Timke [BIW]: Am Feierabend!)

Die BLG, die Bremen gehört, springt in die Bresche und macht das.

Der Senat will um jeden Preis an dem Projekt festhalten, koste es an Steuergeldern, was es wolle. Dabei sind die ökonomischen Voraussetzungen, die 2010 zu der Entscheidung führten, einen Schwerguthafen für Windenergieanlagen zu bauen, heute gar nicht mehr gegeben, weil viele der früher am Standort Bremerhaven ansässigen Anlagenbauer mittlerweile verschwunden sind und der Markt für Offshore-Windenergieanlagen seit Anfang 2017 konsolidierte.

Der OTB soll dennoch gebaut werden. Er könnte zu einem Millionengrab werden.

Es werden Investitionen für Radwege, Krankenhäuser, Kitas und Schulen gefordert. Kitas sind natürlich für die Berufstätigen und für die Kindererziehung wichtig. Ich stimme Ihnen zu, Kitas sind wichtig!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Für alle Kinder, ganz gleich, ob von Berufstätigen oder nicht!)

Neue Radwege sind von der Priorität her weiter hinten einzuordnen. Wir können uns über Radwege unterhalten, wenn wir die anderen Probleme gelöst haben.

(Beifall BIW - Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie noch Fahrrad fahren könnten, würden Sie das anders sehen!)

Die Entwicklung der Personalkosten und der notwendigen Altersversorgungsleistungen müssen im Auge behalten werden, dabei sind die Kostentreiber die Pensionen für die Beamten des öffentlichen Dienstes. In Reaktion auf den Strukturwandel der Siebziger- und Achtzigerjahre, der Werttenkrise und des Niedergangs der Fischereiwirtschaft hat Bremen den öffentlichen Sektor massiv ausgeweitet, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Quittung erhalten wir heute. Viele der damals eingestellten Beamten werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Auf das Land Bremen rollt eine Kostenlawine zu, für deren Bewältigung nur unzureichend Vorsorge getroffen worden ist. Die Bildung entsprechender Rücklagen ist erforderlich.

Jetzt ein ganz wichtiger Punkt, der mir am Herzen liegt:

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Endlich einmal ein wichtiges Thema!)

Die künftige Gehaltsstruktur der Geschäftsführergehälter der öffentlichen Gesellschaften ist auch zu überdenken.

(Beifall BIW)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass die öffentlichen Gesellschaften zum Teil zwei Geschäftsführer beschäftigen, Jahresgehälter von 300 000 Euro bezahlen und dass dann auch noch unter Umständen hohe Verluste erwirtschaftet werden. Das ist für mich ein Unding. Ich sage einmal, dann könnten wir dort auch einen Beamten mit A 16 beschäftigen, und der würde es wahrscheinlich genauso gut machen.

(Beifall BIW)

Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die im November 2016 vereinbart worden ist, hat sich der Bund Kompetenzen gesichert, die bislang bei den Ländern lagen. Das ist für Bremen auch ganz gut. Dazu sind die Bereiche Straßenbau, Bildung, Steuerverwaltung und auch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zu zählen.

Bei der Neuordnung der Zuständigkeiten ist darauf zu achten, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht verletzt wird.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluss!

Grundsätzlich ist zu begrüßen, wenn Bürger und Unternehmen mit Hilfe digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien Behördengänge insbesondere über das Internet leichter abwickeln können, um den Bürokratieaufwand einzudämmen. Das spart sowohl auf der Seite des Staates als auch auf der Seite der privaten Akteure Geld. Allerdings darf der Ausbau der Digitalisierung im Rahmen des E-Governments nicht auf Kosten des Datenschutzes der Bürger gehen.

Wir Bürger in Wut lehnen den Haushaltsplan in seiner Gesamtheit ab. Die Prioritäten für einzelne Aufgabenbereiche müssen anders gesetzt werden. Bildung, Polizei und Wirtschaft müssen auf den ersten Plätzen stehen, und dann ist auch genügend Geld für die anstehenden Aufgaben vorhanden.

Zum Schluss möchte ich auf einen Satz von Herrn Tschöpe eingehen, er sagte, legen Sie doch einen eigenen Plan vor. Wenn ich eine ganze Abteilung hätte, die mir dabei behilflich ist, einen Haushaltsplan aufzustellen, dann würde ich es machen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir machen das auch selbst! - Abg. Frau Sprehe [SPD]: Es reichen auch zehn Vorschläge!)

Sie glauben doch nicht, dass eine Partei, die über keine Verwaltung verfügt, in der Lage ist, einen Haushaltsplan entwerfen zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den einen oder anderen Aspekt aus der bisherigen Debatte aufgreifen, weil ich ein bisschen den Eindruck habe, dass man bei all den Zahlen, über die wir miteinander geredet haben, vielleicht nicht den Blick auf das große Ganze und die Entwicklung verlieren darf.

Wenn hier gesagt wird, wir sind zwingend auf zusätzliche Einnahmen angewiesen, und deswegen müssen wir die Gewerbesteuer erhöhen, dann möchte ich noch einmal das Augenmerk darauf richten, dass noch nie - und im Übrigen auch in keinem anderen Land in einem vergleichbaren Zeitraum - die Einnahmen, insbesondere die steuerabhängigen Einnahmen, so stark zugenommen haben, wie in Bremen in der Zeit von 2008 bis einschließlich 2016. Im Jahr 2008 hatten wir steuerabhängige Einnahmen in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro, und wir werden mit den Haushaltsplänen steuerabhängige Einnahmen von mehr als 4 Milliarden Euro beraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt doch, dass noch nie die Spielräume für die politische Gestaltung durch gute und solide Einnahmen so groß wie heute waren. Deswegen widerspreche ich nachdrücklich, wenn gesagt wird, dass wir in Bremen ein Einnahmeproblem haben und dass wir zusätzliche Einnahmequellen brauchen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Bremen ausschließlich ein Ausgabenproblem. Wir müssen sagen, wofür wir das Geld ausgeben wollen.

(Beifall CDU, BIW)

Vor diesem Hintergrund die Anhebung der Gewerbesteuer rechtfertigen zu wollen, das halte ich nicht für zutreffend.

Es ist hier dann der Eindruck vermittelt worden, dass Bremen in den letzten Jahren bis

auf die Knochen gespart habe. Ich empfehle, sich hierzu das Haushaltsporträt der Finanzsenatorin anzusehen. Wie haben sich eigentlich die Ausgabearten in den letzten Jahren entwickelt?

Bei den Personalausgaben haben wir von 2008 bis zum Abschluss des Haushaltsjahres 2017 eine Steigerung von 26,4 Prozent.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Bei sinkendem Personal! Es gibt Tarifsteigerungen!)

Bei den Ausgaben für Sozialleistungen - das habe ich vorhin schon gesagt - haben wir im Jahr 2008 586 Millionen Euro ausgegeben, jetzt fast 1,1 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung bei den Sozialleistungsausgaben von 87,5 Prozent.

Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben - darin verbergen sich auch ganz viele Personalausgaben, denn in den konsumtiven Ausgaben sind auch die Zuwendungen an Einrichtungen enthalten, die Personal beschäftigen - haben wir eine Steigerung von mehr als 40 Prozent, nämlich 41 Prozent.

Demgegenüber sind die Ausgaben für Investitionen im gleichen Zeitraum nur unterdurchschnittlich, nämlich um 19,6 Prozent gestiegen. Die Zinsausgaben sind im Wesentlichen konstant geblieben. Das heißt, wir haben bei den steuerabhängigen Einnahmen ein erhebliches Plus von mehr als 60 Prozent. Bei den Ausgaben haben wir durchschnittlich eine Steigerung von 36,4 Prozent. Sie sind im Wesentlichen nicht für die Zukunft investiert worden, sondern sie sind für den laufenden Haushalt für die laufenden Aufgaben ausgegeben worden.

Das sage ich deswegen, weil sich natürlich immer die Frage nach möglichen Alternativen stellt. Ich war nicht dabei, aber ich könnte mir vorstellen, dass die CDU- Bürgerschaftsfraktion wahrscheinlich den Haushalt 1980 - von einer SPD-Alleinregierung verantwortet - nicht mitgetragen hat. Wahrscheinlich wurde damals genauso lebhaft debattiert. Ich will die Proportionen der Ausgaben von damals noch einmal nennen.

Im Jahr 1980 haben wir noch 20 Prozent der Gesamtausgaben für die Zukunft investiert, insbesondere in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die vorhandene Infrastruktur. Wir haben 27 Prozent für die sonstigen konsumtiven Ausgaben ausgegeben und sieben Prozent für die Sozialleistungen. Sie werden ja wohl nicht sagen, dass die Welt damals in Bremen schlecht gewesen ist! Wenn Sie sich

heute das Haushaltsporträt anschauen, wie 2019 aussehen wird, dann werden wir bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben bei 33 Prozent liegen, also eine leichte Steigerung, bei den Investitionen werden wir im Jahr 2019 nur zehn Prozent, also die Hälfte von dem, was wir 1980 investiert haben, investieren können. Demgegenüber sind die Ausgaben für Sozialleistungen fast auf das Dreifache gestiegen, und zwar von sieben Prozent auf dann 20 Prozent.

Ich sage das nicht, um noch mehr Zahlen in den Raum zu werfen, sondern ich sage es ganz bewusst, um darauf hinzuweisen, dass wir über historisch hohe Einnahmen verfügen. Wir haben historisch niedrige Zinsen, und trotzdem haben wir eine riesige Unwucht in unseren Haushalten über die Frage, was wir für die Lasten der Vergangenheit, für die gegenwärtige Situation auf der einen Seite und für die Zukunft auf der anderen Seite ausgeben.

Ich finde es völlig unverständlich, Herr Kollege Tschöpe, wenn Sie in dieser Debatte zur Frage, welche Antwort wir den Menschen eigentlich auf die sozialen Verwerfungen in unserem Land geben, überhaupt keine Antwort geben. Sie sind im Hinblick auf die soziale Lage in unserem Land planlos. Sie können sie ordentlich alimentieren. Es kostet uns viel Geld. Sie können aber nicht an einem einzigen Schritt aufzeigen, wie Sie die Lage, wie Sie die Schicksale der Menschen, die auf einen sozialen Transfer angewiesen sind, tatsächlich verbessern wollen. In unserem Land geht es den Menschen zunehmend schlechter.

(Beifall CDU, BIW)

Eine Expertenkommission des Bürgermeisters kümmert sich um die Infrastruktur und um die Qualifizierung. Sie kümmert sich auch um die Frage, wie wir das Geld ab 2020 ausgeben. Meine Damen und Herren, wir brauchen aber Zukunftsantworten auf die Frage, wie wir mit den sozialen Unwuchten in unserem Land umgehen. Darüber könnten wir einmal mit Experten diskutieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Den Dialog, den damals Bürgermeister Böhrsen, der Vorgänger des heutigen Bürgermeisters, begonnen hat, den wir im Parlament mit einem Armutsausschuss mit viel Engagement und mit ganz unterschiedlichen Ausgangslagen fortgesetzt haben, der am Ende einen Katalog mit Empfehlungen beschlossen hat, haben Sie verlassen,

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Genau!)

den haben Sie einfach abgeschnitten. Sie kümmern sich um das Thema Armut ressortübergreifend, aber in der Person des Bürgermeisters überhaupt nicht mehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie lassen die Menschen in ihrer Armut in unserem Land allein.

(Beifall CDU)

Frau Dr. Schaefer, wenn Sie das dann auch noch bagatellisieren,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mache ich wahrscheinlich nicht!)

dann, finde ich, machen Sie es nicht besser. Wenn Sie sagen, dass die Kinderarmut ein bundesweites Problem sei,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist es auch!)

dann ist das zum Teil richtig.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht nur zum Teil! Es ist richtig!)

Wenn Sie mich ausreden lassen würden, dann könnte ich es Ihnen erklären. Ich könnte Ihnen auch die Seite empfehlen, und dann können Sie es selbst nachlesen!

Natürlich gibt es in allen Ländern in Deutschland Kinder, die in Hartz-IV-Familien leben. In Bayern sind es zum Beispiel 6,8 Prozent. In Baden-Württemberg, um einmal ein grüngeführtes Land zu nehmen, sind es acht Prozent.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Flächenstaaten!)

Jetzt kommen wir zu den Flächenländern, vielen Dank für den Hinweis, Frau Kollegin! In Sachsen sind es 16,9 Prozent. In Thüringen sind es 15,9 Prozent. Im SPD-geführten Nordrhein-Westfalen - ich rede von Zahlen aus dem Jahr 2015 - sind es 18,6 Prozent.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Leider ja nicht!)

In Rheinland-Pfalz sind es 11,5 Prozent, und in Bremen, meine Damen und Herren, sind es 31,6 Prozent. Im Jahr 2015 haben in Bremen und Bremerhaven 31,6 Prozent der Kinder in Hartz-IV-Familien gelebt. Sie, Frau Dr. Schaefer, können dann doch nicht mit dem Finger auf den Bund zeigen und sagen, daran sei die Bundesregierung schuld. Nein, meine Damen

und Herren, es sind Landesursachen, über die wir an dieser Stelle reden!

(Beifall CDU)

Mich bedrückt dann besonders, dass wir überall Rückgänge haben, insbesondere bei den unter Dreijährigen, nur in Bremen ist in dem Zeitraum von 2011 bis 2015 die Kinderarmut auf höchstem Niveau noch einmal von 28,8 Prozent auf 31,6 Prozent gestiegen. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein abstrakter Armutsbegriff, sondern es ist ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik in unserem Land, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall CDU)

Meinen Angriff auf die Frage, wie Sie eigentlich mit der Einwohnerentwicklung in Baugebieten umgehen, haben Sie mit einer Liste möglicher Baugebiete beantwortet. Ich sage Ihnen einmal ganz ehrlich, wenn Sie sich die Zahl der Fertigstellungen anschauen, dann liegt Bremen bundesweit ganz weit hinten. Von den Baugebieten, die Sie jetzt genannt haben, wird kein Baugebiet im Jahr 2018 und kein Baugebiet im Jahr 2019 so erschlossen sein, dass die Menschen dort auch wirklich bauen können.

Mit dem Haushalt 2018/2019 lösen Sie nicht die Fehler in Ihrer Wohnungsbaupolitik. Diese Fehler, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung gemacht, in denen Sie keine Flächen ausgewiesen haben, in denen es keine Baugenehmigungen gegeben hat und in denen es keine Fertigstellungen gegeben hat, weil Sie keine wachsende Stadt wollten. Das ist die Wahrheit von der rot-grünen Baupolitik in Bremen und Bremerhaven.

(Beifall CDU)

Dann sage ich, dass wir ein Instrument haben, mit dem wir sofort loslegen könnten, dass auch eigene Flächen hat, nämlich unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA. Sie hat jetzt sozusagen im sozialen Wohnungsbau angezogen. Wenn es Ihnen nicht gelingt, den frei finanzierten Wohnungsbau zu organisieren, dann setzen Sie doch das Instrument GEWOBA ein, damit wir endlich nicht nur Sozialwohnungen und Yuppiewohnungen in Bremen haben, sondern auch vertretbaren und sozial bezahlbaren Wohnraum für die Mittelschicht unserer Gesellschaft. Wir brauchen nicht nur die Extreme, sondern wir brauchen die Mitte.

(Beifall CDU)

Was machen Sie? Sie entziehen der GEWOBA mit dem vorliegenden Doppelhaushalt zusätzliches Kapital, weil Sie es in den allgemeinen Haushalt einstellen. Jetzt lasse ich einmal dahingestellt, dass die Banken daran verdienen, weil sie ja auch ihren Anteil an den zusätzlichen Gewinnentnahmen bekommen. Ich finde das unverantwortlich, denn wir benötigen dieses Geld für die Wohnungsbaupolitik, aber nicht zum Schließen von irgendwelchen rot-grünen Haushaltslöchern.

(Beifall CDU)

Ich möchte kurz noch einmal etwas zu den Gewerbegebieten sagen, weil im Haushalt steht, dass Sie sozusagen in die Erschließung und Projektierung von Gewerbegebieten investieren wollen. Das ist sicher nicht falsch, aber auch hier sage ich ganz bewusst: Wenn man über Jahre hinweg nur halb so viele Gewerbegebiete erschließt, wie man vermarktet, dann darf man sich am Ende auch nicht wundern, wenn es nicht nur keine Neuansiedlung von Betrieben gibt, sondern wenn diese Betriebe bei Betriebserweiterungen, weil ihnen die Flächen fehlen, in das niedersächsische Umland abwandern.

Wir haben Arbeitsplätze, Unternehmen und Gewerbesteuer deswegen verloren, weil Sie über Jahre hinweg nicht auskömmlich und bedarfsgerecht Gewerbegebiete in Bremen und Bremerhaven erschlossen haben. Wenn Sie diesen Fehler jetzt marginal beheben, dann können Sie nicht erwarten, dass wir sofort jubeln. Es bleibt dabei, wir benötigen ein umfangreiches Gewerbeflächenerschließungsprogramm, um insgesamt in Bremen und Bremerhaven deutlich über die derzeitige Nachfrage hinaus, Gewerbegebiete zur Verfügung zu stellen und zu bevorraten.

(Beifall CDU)

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass über das Thema Bremerhaven bisher überhaupt noch nicht geredet worden ist.

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Klar!)

Ich komme deswegen darauf, weil all das, was ich eben beschrieben habe, auch Bremerhaven betrifft: die soziale Spaltung der Stadt, die Frage der Einwohner- und Einkommensperspektiven, die Frage der Arbeitslosigkeit, die Frage der neu entstehenden Jobs und, man muss ja fast sagen, so etwas wie eine neue industrielle Delle, wenn nicht sogar Krise, durch die Verwerfungen im Bereich Offshore-Windenergie.

Wenn eine Stadt unsere besondere Aufmerksamkeit verdient hat, dann ist es jetzt, ehrlicherweise, Bremerhaven. Ich mache mir nicht nur um die Arbeitsplätze, die Unternehmen und die Steuerkraft dieser Stadt große Sorgen, sondern ich mache mir auch um die gesellschaftliche Perspektive der in Bremerhaven Lebenden große Sorgen. Welche Antwort geben Sie eigentlich diesen Menschen mit Ihrem Haushalt? Hilft es ihnen, wenn Sie das Kreuzfahrtterminal abreißen und neu bauen? Hilft es ihnen, wenn Sie eine Kaje sanieren? Wo ist eigentlich unser Bürgermeister, der für jedes Foto nach Bremerhaven fährt, wenn sich ein Investor ankündigt, der aber abtaucht, wenn der Investor dann verschwindet. Meine Damen und Herren, wir benötigen jemanden, der sich für diese Stadt engagiert.

(Beifall CDU)

Mir reichen eben keine Fotos mit vermeintlichen Werftenrettern. Ich bin im Hinblick auf die Entwicklung Bremerhavens in tiefer Sorge.

Im Übrigen spiegelt sich das ja auch im Haushalt wider. Sie wissen, dass Bremerhaven für die Jahre 2018 und 2019 nur deshalb einen Haushalt aufstellen kann, wenn es globale Minderausgaben von fast 50 Millionen Euro in den Haushalt einstellt. Sie haben es bis heute nicht geschafft, mit Bremerhaven eine Verständigung darüber herbeizuführen, in welchem Umfang Zuweisungen des Landes transparent auch an Bremerhaven geleistet werden. Sie haben ein aufwendiges Gutachten in Auftrag gegeben, das, bevor es veröffentlicht gewesen ist, zu zwei unterschiedlichen Meinungen geführt hat.

Wie wollen Sie eigentlich die Neuordnung des ausgelaufenen innerbremischen Finanzausgleichs mit Bremerhaven organisieren? Wie wollen Sie der Stadt aus der haushalterischen Misere helfen, die sie aus eigener Kraft heraus nicht bewältigen kann? Sie finden in diesem Haushalt keine Antwort auf das strukturelle Problem in Bremerhaven. Ich finde auch das, ehrlicherweise, verantwortungslos und falsch.

(Beifall CDU)

Ich bin ganz oft gefragt worden, wie ein CDU-Haushalt aussehen würde. Ich könnte es mir ja einfach machen und sagen: Haben Sie Geduld!

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber sehr lange!)

Für das Haushaltsjahr 2020 wird Ihnen der CDU-geführte Senat einen Haushaltsentwurf

vorlegen, der den Bedürfnissen und Interessen unseres Landes entspricht.

(Beifall CDU)

Ich kann Ihnen nur so viel sagen, weil Sie es ja eigentlich auch schon wissen, der von Ihnen vorgelegte Haushalt weist so viele strukturelle Unterschiede zu unserer inhaltlichen Politik auf, dass er mit kleinen Anträgen nicht mehr zu heilen ist.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das höre ich jetzt aber schon zum fünften Mal!)

Ich will Ihnen aber trotzdem etwas für die Auseinandersetzung liefern. Wenn die CDU regieren würde, Herr Kollege Tschöpe, dann hätten wir mehr Einwohner, mehr Arbeitsplätze, ein größeres Wirtschaftswachstum, mehr Gewerbesteuern, mehr Einkommensteuer und mehr Umsatzsteuer, kurz gesagt, wir hätten deutlich mehr Geld auf der Einnahmeseite zur Verfügung, weil wir in die Stärken unseres Landes investieren.

(Beifall CDU)

Wenn die CDU regieren würde, Herr Kollege Tschöpe, müssten wir wesentlich weniger Geld ausgeben, um die soziale Armut in dieser Stadt zu alimentieren, weil wir den Menschen einen Weg aus der Armut aufzeigen würden.

(Beifall CDU)

Wenn wir als CDU in Bremen regieren werden, dann werden wir mehr Geld in die Qualität der Bildung investieren. Wir werden uns nicht damit abfinden, den Anschluss an ein irgendwie geartetes Mittelfeld erst im Jahr 2035 zu finden. Wir werden die Weichen schon ab dem Jahr 2020 neu stellen, und zwar für bessere Bildung, solidere Finanzen und für Prosperität und Wachstum in unserem Land. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in der Tat aus ähnlichen Gründen wie mein Kollege Röwekamp jetzt noch einmal gemeldet. Ich komme allerdings zu ganz anderen Schlussfolgerungen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das finde ich gut!)

Wenn man sich anschaut, was in dieser Woche passiert ist: Es wird eine Zukunftskommission initiiert. Ich habe mich natürlich gefragt, woran arbeitet sie sich eigentlich ab, wenn wir die Zukunft mit dem vorgelegten Haushalt gestalten müssten. In dem Haushaltsentwurf habe ich darauf keine Antworten gefunden, aber auch nicht in der Aufgabenstellung der Zukunftskommission.

(Beifall DIE LINKE)

Man muss sicher schon einmal die richtige Frage stellen. In diesem Land wäre die richtige Frage: Auf welche Weise können wir die Positionen als Schlusslicht verlassen? Letzter im Bildungsbereich, höchste Kinderarmut, höchste Leiharbeitsquote, höchste Quote bei prekären Beschäftigungen, ich könnte diese Liste fortsetzen, ich will es aber nicht, denn sie ist bekannt. Das sind die Aufgaben, die vor uns liegen, damit wir die Positionen als Schlusslicht endlich einmal verlassen können, und zwar nicht erst im Jahr 2035.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen mit diesem Haushalt, aber nicht erst im Jahr 2020, die Weichen dafür stellen, dass wir diese Positionen als Schlusslicht verlassen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Damit sind wir sehr einverstanden!)

Ich komme auch auf ähnliche Bereich wie der Kollege Röwekamp, Herr Dr. vom Bruch!

Natürlich muss man die Menschen in die Lage versetzen, damit sie keine Sozialleistungen beziehen. Natürlich muss man die Weichen dafür stellen, dass die frühkindliche Bildung und die Bildung gestärkt werden, denn damit stärkt man auch den Bereich Wirtschaftsförderung. Man muss sich auch einmal vor Augen führen, welche Arbeit wir fördern. Ist es gute Arbeit, oder sind es weiterhin große Lohnlücken zwischen Frauen und Männern? Es sind Bereiche, die auf den Prüfstand gestellt werden müssen, ganz klar.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Kollege Röwekamp, die CDU ist mir in den sechs Jahren, in denen ich Mitglied dieses Parlaments bin, jede Antwort darauf schuldig geblieben, wie sie diese Frage lösen will. Ihr haushaltspolitischer Sprecher spricht sich dafür aus, die 400 Millionen Euro, die Bremen ab 2020 erhalten soll, komplett der Schuldentilgung zuzuführen. Wie soll das denn mit Ihren Ansprüchen und Anträgen, die Sie hier stellen, funktionieren? Das ist doch nicht möglich!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie stellen sich hier hin und erklären, Sie wollen Qualität in der Bildung gerieren. Das will ich auch. Sie wissen aber auch, dass wir steigende Schülerzahlen haben, und zwar in einem enormen Ausmaß. Bei der mittelfristigen Finanzplanung sind sie noch nicht einmal richtig berücksichtigt. Das heißt, dass wir auch zusätzliches Personal benötigen. Wie Sie das mit Ihren haushaltspolitischen Vorstellungen, die Sie hier in Haushaltsdebatten immer vortragen, darstellen wollen, ist mir völlig schleierhaft. Das muss ich einmal ganz klar sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es nach Ihren haushaltspolitischen Vorstellungen geht, könnten wir keine einzige Lehrerin einstellen.

Ich finde, man muss hier einmal ehrlich diskutieren, wie dieses Land in zehn Jahren oder in 15 Jahren unter welchen haushaltspolitischen Vorstellungen aussehen soll. Natürlich haben wir sprudelnde Einnahmen. Bei guter Konjunktur können wir im Jahr 2020 einen Haushalt verabschieden, der tatsächlich ein paar Mehrausgaben ermöglicht. Ich sehe es allerdings ähnlich, wie Sie es bereits in Ihrem ersten Debattenbeitrag gesagt haben, dass ein Teil bereits verpfändet ist, weil er verpfändet sein muss. Das will ich Ihnen einmal erläutern.

Wir haben Schülerinnen und Schüler in einer Größenordnung in das System integriert, die wir uns vor drei Jahren nicht vorstellen konnten. Wir haben nicht nur durch die Zuwanderung und fluchtbedingt eine wachsende Stadt, sondern es kommen auch wieder die Menschen aus dem Umland nach Bremen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein!)

Doch, auch die komme nach Bremen, Herr Röwekamp, das wissen Sie auch! Sie wissen auch ganz genau, dass das Statistische Landesamt Ihnen das auch in drei Monaten bestätigen wird, wenn es seinen Bericht vorliegt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein, das ist leider falsch! Schön wäre es!)

Wir haben in den letzten zwei Jahren Kinder in die Kitas und in die Schulen in einer Größenordnung integriert, die vor zwei Jahren nicht absehbar gewesen ist. Im Schulbereich waren es 6 000 Schülerinnen und Schüler, die Deutsch nicht als erste Sprache sprechen. Wie wollen Sie es machen, wenn Sie sagen, Sie

wollen in die Qualität investieren, ohne die Mittel bereitzustellen, damit das entsprechende Fachpersonal eingestellt werden kann?

In der letzten Woche war ich in Gröpelingen auf einer Fachtagung. An der Fachtagung haben alle Kita-Leitungen und alle Schulleitungen teilgenommen. Wenn die Kita-Leitungen erzählen, dass von 120 Kindern in den Kitas 13 deutscher Herkunft sind und wenn mir die Schulleitungen erzählen, dass in den Klassen und in den Lerngruppen in Gröpelingen und in Blumenthal nur noch drei oder vier Kinder deutscher Herkunft sind, dann können wir keine weiteren Bildungserfolge erreichen, weil in den Lerngruppen die Sprachvorbilder und im Übrigen auch die Verhaltensvorbilder fehlen. Hier setze ich an.

Der Bildungshaushalt spiegelt den Status quo wider, das habe ich anerkannt, er reagiert auf die steigenden Schülerzahlen. Der Kollege Güngör hat hier auch erwähnt, dass ich das so feststelle, und er weiß auch ganz genau, warum.

(Abg. Güngör [SPD]: Das, was Sie jetzt sagen, teile ich gerade nicht!)

Herr Güngör, es war in der Vergangenheit nicht immer üblich, dass der Status quo gewahrt worden ist. Das hat zu dem Rücktritt einer Senatorin und zu permanentem Unterrichtsausfall geführt. Man konnte insofern sagen: Der Senat hat verstanden, dass man mit Unterrichtsausfall und fehlendem Personal im Zweifelsfall Wahlen an der Tafel verliert, und er steuerte gegen. Das ist auch richtig.

Ich habe eben von den Herausforderungen geredet habe, die mit den vielen zusätzlichen Kindern, die eine andere Sprache sprechen, verbunden sind, die vielleicht auch nie in der Schule gewesen sind, weil sie sich in Flüchtlingslagern im Libanon aufgehalten haben. Außerdem findet auch noch ein Familiennachzug statt. Im Augenblick werden alle in vier Stadtteilen untergebracht, nämlich in Gröpelingen, in Blumenthal, in Huchting und in Obervielend. Die Schulen und die Kitas gehen dort in die Kniee.

Es sind dort nicht nur verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich notwendig - denn die Herausforderungen sind nicht einmal mehr ansatzweise über den Bildungshaushalt lösbar -, sondern es sind auch neue Ansätze im Bereich der Stadtentwicklung, die überhaupt nicht stattgefunden hat, notwendig. Man muss sich einmal überlegen, welche Lösung es dafür gibt, dass auch einmal Menschen mit einem höheren Einkommen in diese Stadtteile zie-

hen. Das heißt natürlich auch, dass man die Weichen dafür stellen muss, dass Menschen mit einem niedrigen Einkommen auch in den Stadtteilen wohnen können und dass ihre Kinder dort in Kitas und in die Schule gehen können, in denen die Menschen voll beschäftigt sind, und zwar beide, Männer wie Frauen, und in denen das Durchschnittseinkommen über 100 000 Euro liegt.

Es ist auch eine Frage der Steuerung, wie man Menschen dazu bewegt, damit sie eine Ausbildung bekommen können, sodass sie hinterher nicht von Sozialleistungen leben müssen. Es ist doch völlig klar, dass ein Kind, das vielleicht vier oder fünf Jahre in der Türkei oder im Libanon in einem Flüchtlingslager gelebt hat, nie eine Schule besucht hat, in einem Lernumfeld, in dem es deutsche Sprachvorbilder hat und die Armut vielleicht nicht so drückt --.

Sie wissen ja, wie es in Gröpelingen, in Teilen von Tenever und in Blumenthal ist - Sie haben es sich ja im Armutsausschuss anhören dürfen -, wenn die Leute dort ankommen, Sozialleistungen erhalten oder über ein niedriges Einkommen verfügen, dann haben sie für das zweite Kind nicht mehr das Geld, um dem Kind eine vernünftige Schere mit in die Schule geben zu können. Man muss hier doch ganz klar sagen, dass man diese Stadtteile vor der hohen Segregation endlich einmal bewahren muss, indem man eine vernünftige Steuerung der Wohnungsbaupolitik und der bildungspolitischen Maßnahmen vornimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Ganz ehrlich, wenn man sich den Bildungshaushalt genau ansieht - ich komme noch einmal kurz auf dem Bildungshaushalt zurück! -, dann sind tatsächlich mehr Lehrer vorhanden. Das ist auch nötig, denn wir haben eine Zuweisungsrichtlinie, und wir haben steigende Schülerzahlen. Von den zusätzlichen Lehrern sind ja viele erstmalig im Bildungshaushalt ausgewiesen. Sie sind vorher aus konsumtiven Mitteln bezahlt worden. Wenn man sich letztlich die Zahl der zusätzlichen Lehrerstellen anschaut, dann sind im Bildungshaushalt für die Stadt Bremen 55 und für die Stadtgemeinde Bremerhaven zehn zusätzliche Stellen ausgewiesen worden. Diese Stellen sind für die Verstärkung in den Brennpunktschulen vorgesehen. Das ist richtig, denn damit wird eine alte Forderung von uns erfüllt. Sie sind für die Verstärkung bei den regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren angedacht. Das ist auch richtig, denn damit wird auch eine alte Forderung von uns erfüllt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Tatsache, was sich im letzten Jahr in den Stadtteilen an Problemen und Herausforderungen aufgetürmt hat, ist das bei Leibe nicht genug. Wir benötigen auch einmal einen anderen Blick darauf, was wir mit der Schulreform und mit der Umsetzung der Inklusion in Gang gesetzt haben, denn die Förderquote ist in diesen Stadtteilen auch viel höher.

Das heißt, ich finde es gut, dass im Bildungshaushalt der Status quo gewahrt wird. Wenn man aber dieser hohen Segregation tatsächlich Herr werden will, und wenn man erreichen möchte, dass wir bei der Integration der vielen Kinder und Jugendlichen - die im Übrigen in den nächsten zehn Jahren noch nachkommen werden - nicht scheitern, dann benötigen wir erheblich andere Anstrengungen und dann darf man Bildung nicht mehr als reine Bildungspolitik betrachten. Es ist dann auch eine Aufgabe der Sozialpolitik, und es ist dann auch eine Aufgabe des Wohnungsbaus. Es ist dann auch eine Aufgabe der Qualifikation von jungen Erwachsenen, damit wir kein Prekariat erleben müssen, in dem letztlich in den Bremer oder in den Bremerhavener Häfen Menschen arbeiten und in dem der Mindestlohn unterlaufen wird.

Ich arbeite dafür, damit wir uns in Zukunft - vielleicht in zehn Jahren - hier einmal in einer Situation befinden, in der wir über einen Haushalt reden können, in dem die Sozialleistungen nicht mehr ein Drittel des Haushaltsvolumens umfassen, sondern erheblich weniger. Ihre Antwort, Herr Kollege Röwekamp, ist einfach nur reine Polemik gewesen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben keine Wege aufgezeigt, damit diejenigen - wir werden es wahrscheinlich nicht mehr sein -, die hier in zehn oder 15 Jahren über einen Haushalt beraten, nicht mehr über einen Sozialleistungsetat sprechen müssen, der ein Drittel des Haushalts umfasst. - Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, ich möchte auch noch einmal auf Ihren Redebeitrag eingehen. Sie haben gesagt, die Steuereinnahmen seien in keinem anderen Land in dem Maße wie in Bremen gestiegen. Es scheint dann ja doch etwas zu funktionieren!

Allerdings haben Sie auch zu Recht gesagt, ja, gerade im Sozialbereich ist der Ausgabenanteil extrem hoch. Meine Damen und Herren, das hat hier, glaube ich, auch niemand negiert. Sie haben dann gesagt, es wäre nicht genug gespart worden, gerade im Personalbereich.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Doch, das haben Sie gesagt!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ehrlich gesagt, nein!)

Frau Vogt ist mit einem Zwischenruf darauf eingegangen. Warum ist er denn erhöht worden? Meine Damen und Herren, es sind Tarifsteigerungen vorhanden gewesen. Das muss man dann auch einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich habe mich deshalb noch einmal gemeldet, weil ich mich wirklich darüber geärgert habe, dass Sie mir vorwerfen, dass ich den Bereich Kinderarmut bagatellisieren würde. Ich glaube, das habe ich nicht gemacht. Die Kinderarmut ist ein Riesenproblem, und das habe ich ausführlich dargelegt.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Durchschieben zum Bund ist das Einzige, was dabei herausgekommen ist!)

Ich habe gesagt, diese soziale Unwucht ist nicht nur in unserem Land vorhanden, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Schauen Sie sich einfach einmal „Die Zeit“, den „Spiegel“ oder die „Frankfurter Allgemeine“ an, alle titeln, dass die Kinderarmut in Deutschland wachse. Dazu habe ich gesagt, dass es ein bremisches Problem - gerade auch in Bremerhaven, das wissen wir -, aber das es auch ein bundesweites Problem sei.

In Ostdeutschland ist jedes vierte Kind von der Kinderarmut betroffen. Deutschlandweit liegt die Kinderarmut bei 19 Prozent.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Was?)

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“ können Sie entnehmen, dass 2,7 Millionen der unter 18-Jährigen als armutsgefährdet gelten. Ich habe mir jetzt noch einmal den Bericht der Bertelsmann-Stiftung angeschaut - Herr Röwekamp, ich glaube, aus diesem Bericht haben auch Sie Ihre Zahlen entnommen -

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ja!)

und in dem Bericht steht, dass die Kinderarmut in Deutschland bundesweit mit regionalen Unterschieden wachse.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Genau!)

In neun von 16 Bundesländern leben im Vergleich zu 2011 mehr Kinder in Armut. Sie haben jetzt Bayern und Baden-Württemberg herangezogen. Auf diese beiden Länder trifft diese Aussage nicht zu,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Doch! Dort hat sie auch zugenommen!)

aber Bremen gehört natürlich zu den Ländern, die einen Zuwachs haben, dies gilt auch für das CDU-regierte Saarland.

Es ist - und das ergibt sich aus dem Bericht der Bertelsmann-Stiftung - ein Großstadtproblem. In den Großstädten wächst die Kinderarmut prozentual am schnellsten. Zu den Großstädten gehören Bremerhaven, aber auch Essen, Berlin, Offenbach sowie Gelsenkirchen.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Das macht es doch nicht besser!)

Diese Liste kann man noch endlos fortführen. Sie macht das Problem zwar nicht besser, aber ich verwehre mich davor, Herr Rupp, dass Herr Röwekamp mir vorwirft, ich würde die Situation bagatellisieren, weil ich darauf hingewiesen habe, dass die Kinderarmut auch ein bundesweites Problem sei und dass sich der Bund nicht aus der Verantwortung stehlen könne.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Anders als das Land?)

Ich habe, Herr Röwekamp, gesagt, wenn wir darüber nachdenken, wie wir gerade auch die Situation der Kinder verbessern können, dass wir als Grüne darauf eine Antwort finden. Die Antwort ist nämlich das Familienbudget, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben und alle Kinder finanziell ordnungsgemäß ausgestattet sind.

Die Gründe, warum es zur Armut kommt, sind ja noch einmal genannt worden. Es handelt sich um Alleinerziehende, und ihre Zahl steigt. Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer. Der Begriff working poor ist nicht in Bremen erfunden worden, sondern er gilt bundesweit. Es mag sein, dass sich die Arbeitslosigkeit auf einem Rekordtief befindet, wenn man sich aber anschaut, welchen Lohn inzwischen viele Menschen erhalten, dann ist das

deutlich weniger, und davon können die Menschen nicht leben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Herr Röwekamp, darauf muss doch bundesweit eine Antwort gefunden werden! Die Bürgerversicherung ist unsere Antwort darauf, und wenn es um Altersarmut geht, dann eine Garantierente. Herr Röwekamp, das habe ich gesagt!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Eine Bundesregierung, an der die CDU beteiligt ist, kann sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern sie muss Antworten auf diese Probleme finden, weil es nämlich bundesweite Probleme sind, die auch Bremen betreffen. Wir können diese Probleme in Bremen nicht allein lösen,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ein bisschen vielleicht! - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Vielleicht könnten Sie es einmal als Problem annehmen!)

deswegen erwarte ich schon von der CDU, Herr Röwekamp, dass auch Sie sich daran beteiligen, bundesweite Lösungen zu finden, damit den Menschen auch vor Ort geholfen werden kann. - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, die Chuzpe, mit der Sie hier unterwegs sind, möchte ich einmal haben. Sich hier hinzustellen und zu sagen: Ich will das alles ganz anders, aber ich sage niemandem, wie ich das machen will, aber ihr könnt mich ja gern wählen, sozusagen diese Theorie vor Bürgerschaftswahlen als Schrottwichtel, finde ich derart exotisch, dass ich ganz ehrlich sagen muss, das schlägt dem Fass den Boden aus,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

zumal Sie an der Stelle ja ein Wiederholungs-täter sind. Sie haben zwar noch nie angekündigt, dass Sie wieder mitregieren wollen, aber Sie haben zu den letzten sechs Haushalten wiederholt gesagt, der Haushalt, der vorgelegt worden ist, sei strukturell so mangelhaft, dass man sich damit überhaupt nicht auseinandersetzen könne.

Herr Leidreiter, ich finde, man kann auch ohne großen Verwaltungsapparat Änderungsanträge zum Haushalt stellen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Die Sie auch ohne großen Aufwand ablehnen können!)

Das sei einmal dahingestellt, aber wir haben eine Fraktion, die sehr ausführlich Änderungsanträge stellt! Zu den letzten Haushaltsberatungen hat es auch eine Fraktion gegeben, die sehr ausführlich Änderungsanträge gestellt hat, und wir haben eine Fraktion, die sich schlicht und ergreifend nicht der Mühe unterziehen will, und das ist die CDU. Mensch, Kollege Röwekamp, nur einmal eine Alternative anbieten, was man anders machen möchte, das würde uns alle in diesem Hause froh stimmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Wir sind nicht dazu da, uns froh zu machen!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das würden Sie auch ablehnen, ja! Sie würden alles ablehnen! Sie haben alle Anträge der LINKEN abgelehnt, alle Anträge der FDP abgelehnt!)

Es gibt aber wenigstens einmal eine Vorstellung davon, was sie wollen!

Ich möchte noch einmal auf einen Bereich zurückkommen, der mir wichtig ist - er ist auch von Ihnen angesprochen worden -, nämlich auf das Thema Armut. Wir diskutieren es hier relativ häufig. Diesem Thema liegt die Vorstellungswelt zu Grunde, dass es in Bremen irgendeine Möglichkeit gäbe, Sozialtransferbezieher, die deshalb Transferleistungen beziehen, weil sie arm sind, plötzlich derartig mit einem sozialen Transferbezug zu bereichern, dass sie keine Sozialleistungstransferbezieher mehr sind. Das halte ich für kompletten Unsinn. Die Antwort auf Armut kann nur

(Abg. Röwekamp [CDU]: Arbeit sein!)

die sein, dass wir versuchen, die Leute in Arbeit und noch einmal in Arbeit zu bringen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe CDU - Abg. Dr. Buhler [FDP]: Aber warum haben wir mehr als andere? Das glaube ich nicht!)

Das geht nur mit wirtschaftlicher Prosperität, sofern sie leistungsfähig sind.

Wir müssen dann zur Kenntnis nehmen, dass die gesellschaftliche Realität so ist, dass in Bremen und Bremerhaven Menschen leben,

die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht bestehen können. Für diese Menschen benötigen wir besondere Programme. Wer gerade in diesen Haushalt schaut, der stellt fest, dass mit dem Programm LAZLO genau diese Brücke gebaut wird.

Damit haben Sie zumindest die klare Antwort der Sozialdemokratie - und ich weiß, dass sie von den Grünen mitgetragen wird -: Menschen in Arbeit zu bringen, ist das beste Programm gegen Armut. Sie haben mich nach einer Antwort gefragt, das ist sie! - Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe, Drucksache 19/1136, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR])

Stimmenthaltungen?

(Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände in zweiter Lesung abstimmen.

Da der Gesetzesantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 19/881 erledigt ist, lasse ich jetzt über den Gesetzesantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände, Drucksache 19/1210, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abg. Schäfer [LKR])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nun lasse ich über den Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses abstimmen.

Wer dem Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksachennummer 19/1210 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abg. Schäfer [LKR])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Vorlagen zum Haushalt 2018 und 2019.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2018 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2018, Drucksache 19/1224, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Schäfer [LKR], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2019 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2019, Drucksache 19/1224, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Schäfer [LKR], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2018 und 2019 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit und der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Ich lasse deshalb jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, Drucksache 19/1224, der Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte, einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Son-

der Haushalte, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die eben genannten Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über die Überweisung des Haushaltsporträts 2018/2019 abstimmen.

Wer der Überweisung des Haushaltsporträts 2018/2019, Drucksache 19/1224, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Zum Schluss lasse ich über die Überweisung des Finanzplans 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung abstimmen.

Wer der Überweisung des Finanzplans 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung, Drucksache 19/1224, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 19/1210, Kenntnis.

Außerdem möchte ich Sie bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2018 und 2019 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung um 13.49 Uhr)

*

Vizepräsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 15.30 Uhr.

Vizepräsident Imhoff: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder eines Integrationskurses des Paritätischen Bildungswerks Bremen.

Seien Sie herzlich willkommen hier im Hause!

(Beifall)

Wir setzen die Tagesordnung fort.

**Reichtum gerechter verteilen - Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. Mai 2017
(Drucksache 19/1081)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Vermögenssteuer erneut eingeführt wird.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wollen, dass in diesem Hause vielleicht einmal darüber geredet wird, an welchem

Punkt wir zu einer gemeinsamen Initiative kommen können. Ich weiß, dass Debatten über die Wiedereinführung der Vermögensteuer bei den Sozialdemokraten und auch bei den Grünen geführt werden. Deswegen - vorweggeschickt - finden wir es richtig, dass dieser Antrag, wie vorgesehen, an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird.

Ich will aber noch ein paar Dinge nennen, warum wir das machen wollen. Die Vermögensteuer ist vor 20 Jahren, nämlich 1997, ausgesetzt worden. Sie hätte circa 2,5 Milliarden Euro erbracht. Geld, über das wir heute Morgen diskutiert haben und das in Bremen mit Sicherheit an der einen oder anderen Stelle dringend gebraucht wird, und deswegen wollen wir die Vermögensteuer wieder einführen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir stellen fest, dass insbesondere Privatvermögen schneller als Einkommen aus unselbstständiger Arbeit wachsen. Wir stellen fest, dass die Konzentration des Reichtums ständig zunimmt, während auf der anderen Seite die öffentliche Hand und ein großer Teil der Bevölkerung an dieser Entwicklung nicht partizipieren. Wir stellen fest, dass man einen Umverteilungsprozess aus folgenden Gründen einleiten muss: Erstens, weil es aus sozialen und Demokratieerwägungen heraus richtig ist, denn ohne Geld ist der Staat nur begrenzt handlungsfähig. Zweitens, wir stellen auch fest, dass es ein ökonomisches Problem ist, wenn das Einkommen ungleichmäßig verteilt ist und die Massenkaufrkraft in der Bundesrepublik fehlt. Wir müssen deswegen einen Umverteilungsprozess einleiten, und deswegen sind wir dafür, die Vermögensteuer erneut einzuführen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, dass meine Redezeit beendet ist und melde mich später zu einem zweiten Wortbeitrag. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (BIW)*: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher! Die in schöner Regelmäßigkeit von der Linkspartei, den Grünen und der SPD geforderte Wiedererhebung der Vermögensteuer wird von uns Bürgern in Wut abgelehnt, und zwar aus zahlreichen Gründen.

Dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, ist vor allen Dingen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Erstens: Wegen der Niedrigzinspolitik der EZB zur Rettung des Euros, die bei konservativer, festverzinslicher Anlage kaum noch Rendite abwirft, ist die wachsende Liquidität der Investoren in spekulative Assetklassen geflossen. An den Kapital- und Immobilienmärkten kam es deshalb zu exorbitanten Preissteigerungen. Das ist der Grund für den von der Linkspartei konstatierten Vermögenszuwachs bei den Reichen. Dagegen belässt der risikoscheue Durchschnittsbürger sein Geld trotz der Minizinsen auf dem Sparbuch. Er verliert inflationsbedingt sogar sein Geld und sein Realvermögen schrumpft.

Diejenigen, die etwas gegen die ungleiche Vermögensverteilung tun wollen, müssen sich gegen die EZB-Politik des billigen Geldes wenden, die die Reichen begünstigt und den Kleinsparer um seine private Altersversorgung bringt.

Der zweite Faktor ist die massive Zuwanderung nach Deutschland. Diese Menschen verfügen im Regelfall über kein Vermögen. Das vergrößert in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich.

(Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Das gab es vorher auch schon!)

Ich rede von der Vergrößerung!

Untersuchungen zeigen, dass Reichtum in Deutschland auch das Ergebnis der eigenen Lebensleistung ist -

(Lachen DIE LINKE)

hören Sie einfach einmal zu! -, aber nicht auf einer Erbschaft oder Schenkung beruht. Erlaubtes und geschenktes Kapital macht nur etwa 16 Prozent des Gesamtvermögens der oberen zehn Prozent unserer Gesellschaft aus. In Deutschland ist also der Besitz der Reichen größtenteils erarbeitet worden. Das als Hinweis an die Adresse solcher Parteien und solcher Politiker, die mit populistischen Neidparolen Stimmung gegen Leistungsträger unserer Gesellschaft machen wollen!

(Beifall BIW)

Genau hieran werden wir Bürger in Wut uns nicht beteiligen, auch wenn nach dem Antrag der Linkspartei vorerst nur Millionäre mit relativ geringen Steuersätzen besteuert werden sollen. Wehret den Anfängen!

(Beifall BIW, Zurufe DIE LINKE: Ja, genau!)

Das Vermögen wird aus Einkommen gebildet, das vorher versteuert worden ist, und zwar, wie wir wissen, nicht zu knapp, denn wegen der starken Steuerprogression setzt der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer hierzulande bereits bei einem Bruttoeinkommen von 54 057,00 Euro ein. Seit 2007 wird zusätzlich eine Reichensteuer erhoben, die bei einem hohen Einkommen ab 254 447,00 Euro zu einer Grenzsteuerbelastung von 45 Prozent führt, und zwar jeweils zuzüglich des Solidaritätszuschlags. Das hat zur Folge, dass 13 Prozent der Deutschen fast ein Viertel der gesamten Einkommensteuer bezahlen. Die oberen zehn Prozent tragen sogar mehr als die Hälfte dazu bei.

Hinzu kommt, dass Gutverdiener mehr Geld für ihren Konsum ausgeben. Das führt zu relativ höheren Einnahmen des Staates bei der Umsatzsteuer und bei den Verbrauchsteuern. Umgekehrt nimmt diese Gruppe kaum Sozialtransferleistungen in Anspruch. Im Bereich der direkten Steuern setzt Deutschland im Gegensatz zu anderen Staaten vorrangig auf die Besteuerung des Einkommens, das deshalb im internationalen Vergleich überdurchschnittlich belastet wird. Dies hat unlängst die OECD bestätigt. Dafür ist die Besteuerung auf die Substanz - und das trifft auf die Vermögensteuer zu - bei uns relativ gering. Letzteres zu kritisieren, um das Steuersystem, Herr Rupp, in Gänze zu betrachten, wie es DIE LINKE in ihrem Antrag macht, ist deshalb unredlich. Die These, dass die Reichen in Deutschland nicht angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, ist empirisch nicht haltbar und somit falsch.

(Beifall BIW)

Unzutreffend ist auch die Behauptung, das Land Bremen habe durch die Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997 Einnahmeausfälle von mindestens 2,5 Milliarden Euro verkraften müssen. Die Linksfraktion übersieht, dass der Gesetzgeber die Vermögensteuer 1997 nicht einfach ersatzlos gestrichen hat, vielmehr wurden die Länder für den Ausfall der Vermögensteuer, die zuletzt circa neun Milliarden DM erbrachte, an einer anderen Stelle entschädigt.

Die Grunderwerbsteuer wurde beispielsweise von zwei auf 3,5 Prozent angehoben. Das führte zu Mehreinnahmen von 5,4 Milliarden DM. Weitere Anpassungen, etwa bei der Erbschaftsteuer, spülten weitere drei Milliarden DM in die Kassen der Länder, sodass in Summe der Wegfall der Vermögensteuer fast ausgeglichen worden ist. Die erneute Erhe-

bung der Vermögensteuer ohne einen gleichzeitigen Verzicht auf kompensatorische Einnahmen wäre nichts anderes als eine Steuererhöhung im Nachhinein.

In seiner Entscheidung vom 22. Juni 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer für verfassungswidrig erklärt, weil Immobilien im Gegensatz zu anderen Vermögenswerten nicht mit ihrem tatsächlichen, sondern mit dem Einheitswert steuerlich gemessen worden sind. Ich weiß nicht, ob allen die Bedeutung des Einheitswerts bekannt ist!

(Abg. Gottschalk [SPD]: Von Ihnen erwarten wir, dass Sie uns das erzählen!)

Das kann ich Ihnen gern einmal privat erzählen, dann können Sie etwas lernen!

(Zurufe - Glocke)

Als die Vermögensteuer noch in Deutschland existierte, betrug die Kosten - und das kann ich Ihnen auch erzählen - für die Erhebung über 30 Prozent, Herr Gottschalk. Bei anderen Steuerarten ist dieser Prozentsatz sehr viel geringer.

(Glocke)

Die Kosten der Erhebung werden durch die notwendige Ermittlung der Verkehrswerte noch einmal ansteigen. Noch gravierender wird sich die Vermögensteuer auf die Wirtschaft auswirken, denn die Vermögensteuer belastet die Unternehmen mit hohen Zusatzkosten, denn sie fällt auch bei einem konjunkturellen Abschwung an. Anders als die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer nimmt die Vermögensteuer, die auch die Immobilien und die Betriebsmittel erfasst, keine Rücksicht auf den Ertrag des Unternehmens. Sie ist, wie ich es eben schon gesagt habe, eine Substanzsteuer.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss!

Vizepräsident Imhoff: Nein, Herr Kollege, ich habe jetzt bereits das dritte Mal geläutet!

(Abg. Leidreiter [BIW]: Ich bin auch während meiner Rede unterbrochen worden!)

Bitte kommen Sie jetzt zum Schluss, bitte noch einen letzten Satz, und dann ist es gut!

Abg. Leidreiter (BIW): Eine Vermögensteuer ist nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern sie ist auch ökonomisch schädigend. Sie ist über-

flüssig, denn die Steuereinnahmen des Staates sprudeln so stark wie nie zuvor. In diesem Jahr wird der Fiskus über 32,4 Milliarden Euro einnehmen. Im Jahr 2021 sollen die Schätzungen bei 850 Milliarden Euro liegen.

Es ist also Geld genug vorhanden. Neue und höhere Steuern sind deshalb nicht erforderlich, sondern es ist jetzt vielmehr an der Zeit, die Belastung für die Steuerzahler in Deutschland zu senken. - Vielen Dank!

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Hilz.

Abg. Professor Dr. Hilz (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident -

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, ich weiß, was kommt!)

so fange ich immer an, Herr Fecker -, sehr geehrter Herr Fecker, meine Damen und Herren! Die Vermögensteuer: Ich bin jetzt seit sieben Wochen auf den verschiedenen Podiumsdiskussionen im Wahlkampf unterwegs. Von der linken Seite kommt bei fast jeder Podiumsdiskussion die Forderung nach der Vermögensteuer, insofern ist es auch nur konsequent, dass Sie das als Wahlkampfthema in die Bürgerschaft getragen haben, sodass wir auch hier noch einmal über die Vermögensteuer sprechen können.

Was bewirkt die Vermögensteuer in Deutschland? Sie verbreiten immer die Mär, dass sie die Reichen mit ihren Yachten, Rolex Uhren und mit ihren Champagnegläsern trifft.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: FDP-Parteitag!)

Die Wahrheit ist aber in Deutschland, dass das Vermögen in Deutschland irgendwo anders steckt. Wir müssen uns noch einmal anschauen, in welchen Bereichen das Vermögen in Deutschland zu finden ist. Das Vermögen besteht in Deutschland im Wesentlichen aus Gewerbeflächen und aus Betriebsmitteln der Unternehmen.

(Beifall FDP)

Sie sagen dann immer, die Unternehmen wollen wir nicht belasten. Sie definieren aber nicht, an welcher Stelle das Vermögen in einem Unternehmen endet und an welcher Stelle es beginnt. Eine Antwort auf diese Frage sind Sie bisher schuldig geblieben. Ist eine Anlage in Aktien eine Vermögensanlage in

einem Unternehmen, denn es sind ja Anteile eines Unternehmens, die Sie kaufen?

Ist die Gewerbeimmobilie, die Sie besitzen und die Sie an eine Firma verkaufen, ein Anteil des Unternehmens oder nicht? Wenn Sie die Substanz der Unternehmen besteuern, dann schaden Sie massiv unserer Wirtschaft.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Haben Sie unseren Antrag gelesen oder nicht?)

Das führt dann genau zu der Situation, die Sie nicht wollen, dass nämlich Arbeitsplätze verloren gehen, weil die Unternehmer Kredite aufnehmen müssen, um die Besteuerung ihrer Substanz bezahlen zu können.

(Beifall FDP)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Wenn Ihr Antrag überwiesen werden sollte, dann hoffen wir, dass er keine Mehrheit findet, denn in diesem Bereich ist er der absolut falsche Weg.

Sie könne sich die Auswirkungen - nicht nur, aber auch - der Vermögensteuer in Frankreich anschauen. Hollande hat sie eingeführt. Er hat auch eine hohe Besteuerung der höheren Einkommen eingeführt, und das Ergebnis sehen Sie heute: Die französische Wirtschaft liegt am Boden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Europa fast nirgendwo so hoch wie in Frankreich, und Gerard Depardieu ist Russe.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Das ist ein echter Verlust!)

Das ist die Konsequenz einer Vermögensteuer!

Lassen Sie uns doch darüber sprechen, was den Menschen in diesem Land hilft. Die Menschen in diesem Land, die arbeiten, die Geld verdienen, die über Gebühr mit Steuern belastet werden, haben heute überhaupt keine Chance, Eigentum zu schaffen.

(Lachen Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Dann gibt es aber keine soziale Sicherung!)

In Deutschland leben 50 Prozent der Menschen in Wohnungen, die ihnen nicht gehören. In Griechenland sind es nur 25 Prozent. Das heißt, wir müssen doch dazu kommen, dass das Eigentum wieder gefördert wird. Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie wäre ein Weg, um Eigentum zu fördern. Wir müssen den Menschen helfen, denn Eigentum ist auch eine Altersvorsorge. An diesem Punkt müssen wir

ansetzen. Das ist der richtige Weg, aber nicht die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die am Ende nur allen schadet.

Wir müssen vielmehr den Menschen helfen, Eigentum zu bilden. Die Eigentumbildung ist der richtige Weg. - Vielen Dank!

(Beifall FDP - Zuruf Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE])

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ging hier gerade munter durcheinander.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Herr Kollege Hiltz hat unseren Antrag nicht gelesen!)

Von welcher Ausgangslage reden wir? Die Ausgangslage ist ja - wahrscheinlich besteht darüber erst einmal Einigkeit hier im Raum -, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt fehlt, und das kann keinen von uns zufrieden stellen. Der Beitrag von Herrn Leidreiter hat uns ja gerade gezeigt, dass die politische Rechte versucht, daraus Profit zu schlagen, allerdings in einer Art und Weise, die nun wieder sehr irritierend gewesen ist, Herr Kollege, von Bürger in Wut, denn Sie gerieren sich ja immer als die Partei der kleinen Leute,

(Abg. Frau Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr klein, ja!)

wie Sie es manchmal selbst nennen. Sie haben hier aber eine Rede zu Gunsten der oberen Zehntausend gehalten, und das war äußerst irritierend.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Aus meiner Sicht ist es wirklich wichtig, dass wir sagen, rechtes Gedankengut verdient keine Chance, sondern nur eine klare Absage. Das ist das erste!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Hiltz, wenn wir einmal davon ausgehen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt und dass die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland auseinandergeht!

(Abg. Professor Dr. Hiltz [FDP]: In Bremen!)

Das eine hat etwas mit Geld zu tun. Es gibt in Deutschland Kinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen, weil sich die Eltern das Frühstück nicht leisten können. Das ist in diesem Land eine Schande.

Es geht aber nicht nur um Geld, sondern es geht auch um Teilhabe. Wir haben auch eine massive Teilhabearmut. Man kann sich überlegen, was man als Politik dazu beitragen kann, um einen gesellschaftlichen Zusammenhalt wiederherzustellen.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Das machen Sie ja die ganze Zeit!)

Wir Grüne sagen - es muss ein ganzes Maßnahmenbündel geben, das wir heute aber nicht diskutieren -, eine Variante ist tatsächlich die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ja nicht so, wie wir es gerade gehört haben, Herr Hiltz, dass wir in Deutschland Vermögen überproportional besteuern würden, sondern das Gegenteil ist der Fall. Im internationalen Vergleich werden Vermögen in Deutschland sogar relativ gering besteuert. Wir als Grüne sagen, wir wollen, dass alle fair am Wohlstand und an der Lebensqualität beteiligt sind. Wir tun beides.

(Abg. Bensch [CDU]: Volkspartei!)

Persönliche Leistungen sollen sich lohnen, darüber besteht überhaupt kein Dissens, aber immer im Hinblick auf den Gemeinsinn. Das ist doch zum Beispiel der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir müssen Leistungen und Gemeinsinn, Individualität und Gemeinschaft zusammen denken. Hier kommt tatsächlich die Vermögensteuer ins Spiel, indem man sagt, besonders Wohlhabende und Superreiche will man zusätzlich, und zwar vermehrt, an den Kosten für die Gemeinschaft beteiligen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir für richtig.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir als Grüne wollen eine verfassungsfeste, ergebnisorientierte und umsetzbare Besteuerung des Vermögens. Wofür? Sie sagen immer wieder, Herr Röwekamp, folgenden Satz - und den haben Sie heute Morgen auch in der Debatte zum Haushalt ausgeführt -: Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern wir haben ein Ausgabeproblem. Diesen Satz empfinde ich immer als total irritierend. Wofür geben wir Geld aus? Wofür wollen wir denn zusätzlich Geld ausgeben? Für Kitas, für Krankenhäuser,

für Schulen, für die Infrastruktur, für Museen und so weiter! Es gibt viel zu tun, und dafür ist Geld notwendig. Es ist deshalb nur richtig, wenn sich sehr Vermögende zusätzlich an den Kosten für die Gemeinschaft, für die Daseinsvorsorge und für Infrastrukturmaßnahmen beteiligen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich könnte jetzt auch noch ausführen, dass die Erbschaftsteuer in den letzten Jahren ebenfalls nicht gerechter geworden ist, sondern nur komplizierter und dass man Steuersümpfe endlich austrocknen müsste. Klar ist, dass es die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr gibt, weil sie damals vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist.

Im Jahr 2011 - einige von Ihnen, die damals schon in diesem Parlament gewesen sind, wissen es noch - haben wir zusammen mit Rheinland-Pfalz versucht, eine Vermögensteuer erneut einzuführen. Wir haben einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt, der allerdings abgelehnt worden ist. In dieser Debatte kann man an diesen Gesetzentwurf anknüpfen. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir eine verfassungsfeste Vermögensteuer für geboten halten. Bei der Umsetzung liegt der Teufel allerdings im Detail. Es muss ein Gesetzentwurf vorgelegt werden - der Kollege Rupp hat es angedeutet -, der verfassungsfest ist, so dass die Impulse, die wir uns von einer Vermögensteuer versprechen, eintreten.

Wir schlagen deshalb vor, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen, um dort die Debatte fortzusetzen. Unser Wunsch ist es, dass eine neue Bundesregierung die Vermögensteuer erneut einführt. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (LKR): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Partei nimmt nicht an der Wahl zum Bundestag teil. Deshalb wollte ich mich eigentlich nicht am Bundestagswahlkampf beteiligen und mich in dieser Woche gemütlich zurücklehnen. Nachdem wir heute Morgen bereits zwei Zitate von britischen Autoren gehört haben, möchte ich mit dem Zitat einer britischen Premierministerin zur Diskussion beitragen - es lautet -: „Das Problem am Sozialismus ist, dass einem irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht.“

Dieses Zitat betrifft ja das Thema, dass wir heute Morgen beraten haben: einnahmetechnisch läuft alles super, die Ausgaben wollen wir immer weiter hochfahren, und dann denken wir uns einfach neue Steuern aus.

Herr Rupp, Sie haben heute Morgen das Thema Gewerbesteuer angesprochen und erwähnt, dass zum Beispiel ein Dienstleister, wenn er freiberuflich tätig ist, keine Gewerbesteuer zahlen muss. Ich bin Unternehmer, ich biete Dienstleistungen an, ich bin Kleinunternehmer, und ich habe eine GmbH. Ich zahle einen erhöhten Gewerbesteuerersatz, wenn die GmbH Gewinne macht. Ich zahle Körperschaftsteuer und entrichte darauf einen Solidaritätszuschlag. Das macht ungefähr ein Drittel aus.

Wenn ich dann das Geld als Dividende ausschütete, dann zahle ich eine Zinsabschlagsteuer, die Sie im Übrigen erhöhen wollen. Sie liegt im Moment bei 25 Prozent, und daraufhin entrichte ich ebenfalls einen Solidaritätszuschlag. Ich komme somit auf circa 51 Prozent Steuern. Wenn Sie die Zinsabschlagsteuer erhöhen, dann zahle ich über 60 Prozent Steuern.

Ich finde, das ist unanständig viel für jemanden, der das ohne Progression von dem ersten verdienten Euro an bezahlen muss. Es sind dann aber noch keine Rentenversicherungsbeiträge und Krankenversicherungsbeiträge gezahlt, und es hat keine Zukunftsvorsorge und keine Risikovorsorge stattgefunden.

In Deutschland werden Unternehmen so hoch wie nirgendwo anders auf der Welt belastet. Aus dem Bericht der OECD ergibt sich, dass die Unternehmen lediglich in Belgien höher belastet sind. Das ist ein Wettbewerbsnachteil. Wenn es einem Unternehmen gelingt, in diesem wettbewerbswidrigen Umfeld hohe Gewinne zu erwirtschaften und Vermögen anzusparen, dann ist das eine gute Sache. Es sind viel zu wenig, die das schaffen. Ich glaube, dass das Geld, das diese Leute erwirtschaften, Geld ist, dass unsere Gemeinschaft viel besser zugutekommt, als wenn dieses Geld im Steuersäckel landet.

Diese Leute gehen dann zum Beispiel in die Innenstadt - weil sie es sich leisten können -, um dort ein Projekt zu implementieren, in dessen Rahmen ein redundantes Parkhaus abgerissen wird. Es kommt mit dem Lloydhof zu einer Innenstadtentwicklung. Das sind alles Gelder, private Investitionen, die zur Verfügung gestellt werden können, weil es Leute schaffen, Gewinne zu erwirtschaften.

Ich glaube, dass ein Euro, der von einem privaten Unternehmer investiert wird, alle Mal mehr wert ist, als ein Euro, der von der Finanzsenatorin für irgendwelche Integrationskurse oder dem Import eines nicht integrierbaren Prekariats ausgegeben wird. Es ist in der Tat so, dass wir Ausgabenprobleme, aber keine Einnahmeprobleme haben. Wir dürfen es bei den Einnahmen nicht überziehen. Wir befinden uns im Wettbewerb mit anderen Standorten. Ich weiß, dass Sie das gern auf der EU-Ebene unterminieren würden. Die Harmonisierung von Steuern hört sich immer prima an und bedeutet einen gnadenlosen Zugriff auf die Ertragsstärke der Unternehmen und sozusagen der Werk tätigen.

Ich kann Ihnen versprechen, die Unternehmer sind fantasievoller als die Politiker. Sie werden es sich nicht gefallen lassen. Wenn Sie die Steuerschraube überdrehen, dann schneiden Sie sich am Ende ins eigene Fleisch. - Vielen Dank!

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführung vorwegschicken: Ich glaube, dass das Thema sicherlich wahlkampf tauglich ist - und deswegen reden wir heute wahrscheinlich auch über dieses Thema -, aber das Thema ist vielschichtiger und wichtiger, als dass Sie es nur im Wahlkampf behandeln sollten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich eine Sympathie für die Wiedereinführung der Vermögensteuer habe, denn ich glaube, dass die sehr starken Schultern in dieser Gesellschaft tatsächlich mehr tragen und mehr dazu beitragen können, den Zusammenhalt der Gesellschaft weiter zu festigen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir erleben, dass wir einen Bedarf in diese Richtung haben, und zwar in jeder Debatte, die wir hier führen. Wir wissen, dass wir Mittel brauchen, um den sozialen Zusammenhalt in allen Bereichen unserer Gesellschaft weiter zu stärken. Das sind keine Bedarfe, die man sich aussucht, sondern es sind Bedarfe, die gestiegen sind. Es sind auch Bedarfe und Anforderungen, die erst durch die Änderung gesetzlicher Regelungen geschaffen worden sind. Insofern ist zum Beispiel die Aussage zum Eigentum - und das sei die bessere Alterssicherung - für diejenigen, die Hartz IV empfan-

gen, nicht unbedingt eine geglückte Aussage. Das sollten Sie eigentlich wissen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, wir sollten uns im Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal um die einzelnen Dinge bemühen. Wir sollten uns um die einzelnen Dinge wirklich bemühen, um bestimmte Dinge zu klären. Natürlich stellen sich die Fragen: Welche Auswirkungen hat die Vermögensteuer auf Unternehmen? Welche Regelungen müssen vielleicht geschaffen werden? Deswegen ist es mir auch unmöglich, dem Antrag der LINKEN heute zuzustimmen, denn ich kann bei dem konkreten Rechenbeispiel, das mit dem Antrag vorgelegt worden ist, zunächst nicht verifizieren, dass dies ein taugliches Instrument wäre. Ich bin also sehr dafür, den Antrag einzeln zu prüfen.

(Beifall SPD)

Im Übrigen sage ich auch zu den Fragen, die Herr Hilz gestellt hat: Ja, es sind Fragen, die man beantworten muss, und man muss über sie reden. Ich würde mir wünschen, wenn wir ein bisschen vorurteilsfreier, aber nicht zu Ideologie beladen über diese Fragen reden würden, wie das bei der Vermögensteuer offensichtlich immer der Fall ist. Mir geht es darum, dass wir uns in der Tat Finanzquellen von denen erschließen, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt noch mehr beitragen können und die das Leben für die Gesamtheit der Bevölkerung gerechter machen können.

Ihre Äußerung, Herr Leidreiter, hat mich irritiert. Sie macht mich auch ein Stück weit fassungslos, wenn Sie die Einkommensentwicklung in Deutschland am Zuzug nach Deutschland festmachen wollen. Sie haben gesagt, dass die Flüchtlinge dazu beitragen, dass die Einkommensschere weiter auseinanderklafft. Ich muss Ihnen dazu sagen, Sie haben keine Ahnung von der Einkommensentwicklung in Deutschland.

Schauen Sie sich die Einkommensentwicklung an, denn auch das gehört zum Führen einer anständigen Debatte, wenn man hier nicht nur Vorurteile befeuern will. - Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf Abg. Leidreiter [BIW])

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. Eckhoff (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Liess zunächst einmal sehr dankbar

dafür, dass er diese Debatte, die natürlich nur wahlkampfbezogen hier platziert worden ist,

(Abg. Tschöpe [SPD]: Anders als eure Sicherheitsdebatte! - Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

aber sozusagen nicht sachlich getrieben wurde, ein bisschen versachlicht hat.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Bleibt doch erst einmal ganz ruhig! Sie schreien schon los, bevor die Debatte überhaupt richtig begonnen hat!

Ich bin Herrn Liess sehr dankbar, denn ich glaube tatsächlich, dass man sich an der einen oder anderen Stelle dem Antragsinhalt sachlich nähern kann. Ich möchte aber trotzdem drei oder vier Bemerkungen machen, die man, wie ich finde, vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir führen, nicht vergessen darf.

Erstens: Wir haben zahlreiche europäische Länder, in denen eine Vermögensteuer vorhanden ist. Das Beispiel Frankreich ist angesprochen worden. Wir wissen, heutzutage sind die Regeln, nach denen man von einem in das andere europäische Land umziehen kann, relativ einfach und leicht. In Frankreich hat die Vermögensteuer genau dazu geführt - dort gelten im Übrigen, Herr Rupp, niedrigere Sätze als die, die in Ihrem Antrag stehen -, dass viele in die Schweiz und nach Belgien umgezogen sind.

Wenn man in der heutigen Zeit über Steueränderungen nachdenkt, dann muss man in erster Linie über europäische Ansätze reden, aber nicht über nationale Ansätze. Ich glaube, dass man mit nationalen Vorschlägen zu kurz springt. Schaut man sich in Europa um, in welchen Ländern eine Vermögensteuer existiert und in welchen Ländern - wie in Deutschland - die Vermögensteuer abgeschafft worden ist, dann sind es Irland, Österreich, Italien, Dänemark, Niederlande, Finnland, Island, Schweden, Spanien und Luxemburg, in denen die Vermögensteuer für natürliche Personen abgeschafft worden ist. Wenn Sie das sehen, dann sehen Sie gleichzeitig, wie real es eigentlich ist, über eine Vermögensteuer auf europäischer Ebene zu sprechen.

Meine Damen und Herren, nationale Alleingänge, Herr Rupp, würden nur zu einer Steuerflucht führen. Ihre Einnahmeverstellung, die Sie damit verbinden, ist als rein theoretisch anzusehen. Ich glaube, dass dies nicht Sinn und Zweck einer Debatte sein kann, die Sie hier führen.

(Beifall CDU)

Zweitens, die Steuersätze, die in dem Antrag der LINKEN stehen! Zu Frau Kappert-Gonther möchte ich Folgendes sagen, weil ich sie am Ende so verstanden habe, dass sie sich doch irgendwie für eine Vermögensteuer ausgesprochen hat: Im Wahlprogramm der Grünen habe ich eine entsprechende Aussage auch nur etwas indirekt gefunden, man spricht dort von Superreichen. Liebe Frau Kappert-Gonther, die Steuersätze, die Herr Rupp in seinem Antrag genannt hat, gelten auch schon für ein Haus im Viertel, das schuldenfrei ist.

Dort würde die Vermögensteuer nach den Formulierungen DER LINKEN schon anfangen.

Das eine sind für mich die Privatpersonen, und das andere sind die Unternehmen. Diejenigen, die die Strukturen in Deutschland kennen, wissen, dass der Vorteil der deutschen Wirtschaft ist, dass in Deutschland relativ wenig internationale Konzerne agieren und dass ein hoher Stand von eigentümergeführten Firmen des Mittelstands besteht. Sie wissen, dass unter den Begriff Mittelstand Firmen mit bis zu 5 000 Beschäftigten fallen. Darüber hinaus haben wir Gott sei Dank eine ganze Reihe von Firmen, die noch von den Eigentümern geführt werden und die mittlerweile auch mehr Mitarbeiter haben.

Wenn Sie auf diese Unternehmen die Kriterien anwenden, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, Herr Rupp, und ihnen pro Jahr fünf Prozent entziehen, dann haben Sie in wenigen Jahren die in diesen Firmen vorhandenen Kapitalrücklagen - wenn Sie von einer Eigenkapitalquote ausgehen, die zwischen 20 bis 30 Prozent liegt - aufgebraucht. Sie verspielen mit solchen Vorschlägen, meine Damen und Herren von den LINKEN, den großen Vorteil, den wir in Deutschland in unserer industriellen Landschaft haben, nämlich den Mittelstand.

Wir werden uns vehement gegen solche Forderungen wehren. Das ist mit uns auch in den Beratungen des Haushaltes- und Finanzausschusses nicht zu machen.

(Beifall CDU)

Ich möchte einen dritten Punkt ansprechen. Ich finde es immer ein bisschen scheinheilig, wenn Rot-Grün hier im Landesparlament darüber debattiert, denn ich glaube, dass eine der größten Steuerbefreiungsmaßnahmen, die es in der letzten Generation in Deutschland gegeben hat, die Steuerreform im Jahr 2000 gewesen ist. Rot-Grün hat sie in Berlin verab-

schiedet. Wir wurden damals mit unzulässigen Zusagen in dem Brief des damaligen Bundeskanzlers im Parlament dazu genötigt, zuzustimmen. Bremen wartet im Übrigen immer noch auf die Einlösung der Zusagen. Selbst bei Wikipedia ist dazu ein Eintrag nachlesbar, der das noch einmal hervorhebt.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer wird ihn wohl hineingesetzt haben!)

Es beschlossen worden, dass Kapitalgesellschaften für den Fall, dass sie Kapitalgesellschaften verkaufen, den Gewinn im Endeffekt steuerfrei behalten können. Es existieren komplizierte Anrechnungsverfahren, aber die Finanzsenatorin wird sicherlich bestätigen, dass der maximale Steuersatz bei fünf Prozent liegt. Das hat in weiten Teilen zu einem Monopoly geführt.

Vor der gesetzlichen Änderung mussten die Gewinne, genauso wie es beispielsweise bei Aktien ist, versteuert werden, und zwar mit einem normalen Satz und später mit der Abgeltungssteuer. Heute dürfen juristische Personen die Gewinne eins zu eins behalten.

(Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer mit solchen Beschlüssen gerade für die Finanzwirtschaft, die ja von Herrn Gottschalk und Co. immer intensiv kritisiert wird, Tür und Tor geöffnet hat, der sollte sich, finde ich, an der einen oder anderen Stelle bei Debatten, wie wir sie hier heute geführt haben, einfach einmal ein Stück weit zurücknehmen.

In diesem Sinne: Wir werden der Überweisung des Antrags zustimmen. Wir freuen uns - naja, die Freude hält sich in Grenzen -, schauen nach vorn und sehen der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss gespannt entgegen. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE): Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens, ich finde es richtig, dass wir das Thema im Haushalts- und Finanzausschuss diskutieren. Zweitens, ich bin gern bereit, die konkreten Bedingungen zu debattieren, um zu prüfen, welche Regelungen gegebenenfalls an unserem Vorschlag falsch oder übertrieben sind.

Man kann dann schauen, ob der Untergang des Mittelstands bevorsteht, wenn wir eine

Vermögensteuer einführen. Ich erinnere mich, dass wir auch in Zeiten, in denen es die Vermögensteuer noch gegeben hat, einen Mittelstand hatten. Es war auch nicht so, dass es seinerzeit zu einem Niedergang gekommen ist.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Da haben wir auch nicht im Sozialismus gelebt!)

Mein Gefühl ist, dass der Mittelstand mittlerweile in vielen Bereichen aus ganz anderen Gründen Probleme hat. Das können wir aber in einem anderen Zusammenhang diskutieren.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Da packt man noch ein paar oben drauf, oder wie?)

Ja, genau!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Super Idee!)

Es sind Freigrenzen vorgesehen, und zwar eine Million Euro für Privatvermögen und fünf Millionen Euro für Betriebsvermögen. Es stellt sich die Frage, ob das möglicherweise nicht ausreichend ist, um bestimmte Folgen zu vermeiden. Das muss man beraten, denn es kann natürlich nicht in unserem Sinne sein, wenn man ein Unternehmen pleite rechnet. Das gestehe ich Ihnen ja freimütig zu.

Wenn wir aber die Frage diskutieren, wie sich privates Vermögen, insbesondere Geldvermögen, entwickelt, dann zählt für mich auch die absolute Höhe. Das ist jetzt sozusagen die andere Flanke. Es ist jetzt nicht der Vergleich im Verhältnis zu denen, die wenig haben, maßgeblich. Die absolute Höhe des Privatvermögens beträgt in Geld mittlerweile in Deutschland über fünf Billionen Euro. Ich finde, das ist ein weiterer Grund, um zu sagen, dass davon etwas abgegeben werden kann.

(Beifall DIE LINKE)

Es wurde behauptet, dass man ab einem Einkommen von 275 000,00 Euro 45 Prozent Einkommensteuer zahlen muss. Für ein Einkommen von 300 000 Euro zahlt man im Moment als alleinstehender Steuerpflichtiger pauschal 41,8 Prozent, aber nicht 45 Prozent. Es wird behauptet, dass das Vermögen in Deutschland überwiegend mit eigener Hände Arbeit erwirtschaftet worden ist. In einem Vorbericht zum Armutsberichts führt die Bundesregierung aus, dass es im Wesentlichen Erbschaften sind, die dazu geführt haben, dass man in Deutschland zum Millionär wird. Zwei Drittel der Befragten führen ihren Reichtum auf eine Erbschaft zurück. Das heißt, die These, dass nur ganz wenige Leute über Erbschaften

reich werden, ist grundfalsch, genau das Gegenteil ist der Fall.

Es wird immer so getan, als ob diejenigen, die viel Geld haben, auch automatisch die Leistungsträger der Gesellschaft sind, die man besser nicht besteuert. Ich habe dazu eine ganz andere Auffassung. Wir haben in diesem Land Leistungsträger in den Krankenhäusern, in den Schulen, in den Kitas, als Rettungssistenten, als Polizisten und in vielen anderen Bereichen. Dort werden Leistungen erbracht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Leistungen werden durch harte Arbeit erbracht, und in aller Regel wird die Arbeit nicht entsprechend bezahlt. Das ist ein weiterer Grund, warum man ernsthaft darüber nachdenken muss, den privaten Reichtum, der in vielen Fällen nicht durch eigener Hände Arbeit, sondern durch die Aneignung von Mehrwert erwirtschaftet worden ist, zu besteuern.

(Beifall DIE LINKE - Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Herr Rupp, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Steiner?

Abg. Rupp (DIE LINKE): Ja!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Steiner!

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Rupp, mich würde interessieren, ob Sie mit Ihren Ausführungen ausdrücken wollen, dass es dann, wenn man ein Unternehmen fortführt, keine Leistung ist?

Abg. Rupp (DIE LINKE): Nein! Frau Steiner, ich neige dazu, vielleicht haben Sie es noch nicht richtig registriert, in allen Fällen sorgfältig zu unterscheiden. Wenn jemand eine Firma erbt und sie weiterführt, dann hat er sie trotzdem geerbt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90 die Grünen - Abg. Frau Steiner [FDP]: Richtig!)

Er hat sie aber nicht selbst aufgebaut.

(Zuruf Abg. Frau Steiner [FDP])

Ja, natürlich! Ich bin überhaupt nicht dafür, dass Leute, die Unternehmen führen, insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen, dafür nicht hinreichend - -. Das ist überhaupt keine Frage. Die Frage ist, ob das Vermögen, das dadurch angehäuft wird, ge-

recht besteuert wird. Diese Frage beantworte ich mit einem Nein. Sie tun immer so, als ob ich, weil ich mich für die Vermögensteuer ausspreche, gleich auch Unternehmen abschaffen will. Es ist, gelinde gesagt, unzulässig, diesen Zusammenhang herzustellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90 die Grünen)

Der erste Mythos ist, es sei alles durch eigener Hände Arbeit aufgebaut worden. Nein, es ist geerbt worden! Der zweite Mythos: In Deutschland zahlen die Reichen den größten Teil der Steuern. Sie zahlen den höchsten Teil der Einkommensteuer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat eine Studie veröffentlicht. In dieser Studie stellt es fest, dass die Belastung mit Steuern und Abgaben für Leute mit sehr hohem, mittlerem und niedrigem Einkommen tendenziell gleich ist. Es stimmt also nicht, dass in unserem Land mittlerweile starke Schultern die meisten Steuern und Abgaben bezahlen, nein, sie sind gleichmäßig verteilt. Wenn wir wieder zu der Aussage zurückkommen, dass die starken Schultern mehr tragen, dann müssen wir das über Steuern regeln, möglicherweise über die Vermögensteuer.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Gottschalk [SPD]: In der Spitze sinkt das sogar wieder! - Glocke)

Ich muss zum Schluss kommen, aber wie immer weiß es der Kollege Gottschalk noch besser als ich!

(Heiterkeit)

Es ist so, dass sich die Abgaben in der Tendenz ungleich verteilen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass mittlerweile über die Hälfte der Steuereinnahmen durch die Umsatzsteuer erbracht wird. Sie wissen alle, dass ein Hartz-IV-Empfänger und ein Millionär dieselbe Umsatzsteuer bezahlen. Diese Situation könnte man auch diskutieren. Diese Art der Ungerechtigkeit müssen wir über die Vermögensteuer ausgleichen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eckhoff, ich möchte vorausschicken, dass die Aussage in Ihrer Rede nicht zutreffend gewesen ist, dass Bremen immer noch auf die Einlösung der Zusagen aus dem Kanzlerbrief

warte. Der Kanzlerbrief war von der ersten Minute an Schwindel.

(Zuruf Abg. Strohmann [CDU])

Natürlich! Er war Schwindel! Man hatte die Örtlichkeit getäuscht, weil man der Steuersenkung als bremische Regierung gern zustimmen wollte. Der Kanzlerbrief wurde dadurch eingelöst, dass der Bund die Kosten für die A 281 und die Cherbourger Straße übernommen hat. Das wissen Sie eigentliche auch ganz genau!

Bei der Debatte zur Vermögensteuer geht es immer hoch her: Neiddebatte, ich habe sogar das Wort Sozialismus gehört, du liebe Güte!

Vertreter des Senats waren gerade ein paar Tage in Dänemark, um sich die Digitalisierung in Dänemark anzuschauen. Dänemark ist ein Land, das weder sozialistisch noch durch übermäßige Neiddebatten geprägt ist und dass eine deutlich höhere Staatsquote als Deutschland hat. Wie man das jetzt auch immer bewertet. Dass man jetzt aber von einer bestimmten Seite aus diesem Haus versucht, mit allen möglichen Todschlagsargumenten zu verhindern, dass man hier irgendwie ansatzweise eine rationale Debatte führt - Ihr Debatte-Redner hat sich dort angenehm abgehoben -, kann ich nicht verstehen, denn man kann es auf die eine, aber auch auf die andere Weise sehen. Es gibt für beide Seiten Argumente.

Es gibt Länder, die machen es, und andere Länder machen es nicht. Ich würde immer sagen, dass aus unserer Verfassung die Aufgabe für alle, die regieren, resultiert, dafür zu sorgen, dass die von der Verfassung garantierte Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz nicht durch eine sehr große steigende Ungleichheit bei den Menschen im Hinblick auf ihre Möglichkeiten, aber auch auf ihre finanziellen Möglichkeiten, ausgehebelt wird. Ich würde immer sagen, dass das der Kern unserer Demokratie ist und dass der Staat die Verantwortung hat auszugleichen.

In Dänemark findet die Gesellschaft, dass es einen größeren Ausgleich durch den Staat geben soll. In Deutschland wird es eher durch die Mehrheit kritischer gesehen. Das ist dann am Ende aber auch alles. Man kann auf jeden Fall - und so sehe ich das - sagen, dass wir mit der steigenden Ungleichheit anfangen, uns gesellschaftliche Probleme einzuhandeln, die letztlich so gemeinwohlschädigend sind, dass wir neu aufgerufen sind, darüber nachzudenken, mit welchen Mitteln und Instrumenten wir verhindern können, dass die Schere immer weiter auseinandergeht.

Wenn man jetzt hört, wie Herr Leidreiter sagte, welcher geringe Prozentsatz der Bevölkerung die meisten Steuern zahlt, dann ist das für mich einfach ein Beweis dafür, dass der Ansatz der Politik, von dem ich glaube, dass sie dem verpflichtet ist, nämlich dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten der Menschen nicht immer weiter auseinanderdriften, dass wir das in den letzten Jahren nicht ausreichend geleistet haben. Wenn sich die Vermögen dermaßen stark akkumulieren, dann haben wir offensichtlich im Vorfeld ein paar Fehler gemacht. Insofern ist die Vermögensteuer auch nur eine Notwehr, um auf einen Zustand zu reagieren, den wir hier gemeinschaftlich - und das ist auch völlig klar - angerichtet haben.

Ich glaube auch, dass man den Kopf nicht davor in den Sand stecken sollte, dass es in der Tat auch praktische Probleme bei der Vermögensteuer gibt. Über die Bewertung ist schon gesprochen worden. Sie ist vom Bundesverfassungsgericht ja deswegen ausgesetzt worden, weil die Bewertung der Grundstücke nach dem Einheitswert - und das ist ja auch nicht in Stein gemeißelt, das könnte man ja auch anders regeln - nicht richtig ist.

Wenn man sich anschaut, welche unglaubliche Blockade auf Bundesebene im Hinblick auf die überfällige Reform der Grundsteuerregelungen vorhanden ist, dann sieht man, wohin der Hase läuft. Diejenigen, die auf jeden Fall verhindern wollen, dass eine Vermögensteuer in Deutschland auch nur ansatzweise eine Chance hat, werfen nicht nur Sand, sondern Kies und Beton in das Getriebe, um zu verhindern, dass Grundsteuerregelungen zustande kommen, die eine reale Besteuerung nach dem Verkehrswert der Grundstücke möglich machen. Dieser Sachverhalt wird in Kürze beim Bundesverfassungsgericht anhängig sein, und das ist kein Ruhmesblatt für die gesamte deutsche Politik.

Man muss einräumen, dass es bei der Einführung der Vermögensteuer Bewertungsprobleme geben wird. Es entstehen auch Probleme durch eine mögliche Doppelbesteuerung. Es stellt sich auch die Frage, wie es möglich ist, Betriebe zu schonen, damit sie nicht in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Ich sage nicht, dass das trivial ist, ich sage aber, dass man die Probleme lösen kann, wenn man sie lösen will.

Es gibt aber auch noch eine ganze Menge Dinge, die man vorher machen kann. Warum lassen wir es uns eigentlich gefallen, dass gigantische Managergehälter oder Gehälter von Fußballspielern vom Steuerzahler bezahlt

werden, weil sie steuerlich abgesetzt werden können?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist es bei manchen anderen Luxusgütern die Sache der Gemeinschaft, dass dort solche Standards herrschen? Dort könnte man zum Beispiel auch ansetzen. Man hatte nun verstanden, dass die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein furchterregender Plan ist, aber unterhalb der Vermögensteuer können noch eine Menge anderer Regelungen getroffen werden.

Ich habe ja das Glück gehabt - und das war auch nicht nur vergnügungssteuerpflichtig -, mir auf Bundesebene anzuschauen, wie die Debatte zur Erbschaftsteuer verlaufen ist. Der Verlauf macht keinen Mut, dass das, was DIE LINKEN hier gern wollen, auch nur ansatzweise eine Chance hat. Der Wunsch, auch Bremens, die Schwelle für die Steuerfreiheit von vererbten Unternehmen von 25 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro abzusenken, ist abgelehnt worden.

Über die Grundsteuer habe ich bereits gesprochen, auch da holen wir uns ständig neue Beulen. Der letzte Antrag der Länder Berlin, Brandenburg und Bremen, auf Bundesebene den persönlichen Steuersatz bei der Berechnung der Kapitalertragssteuer einzuführen, ist am 12. Mai 2017 im Bundesrat abgelehnt worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss sollte die Thematik beraten. Ich finde, dass man eine Menge darüber lernen kann, auf welche Weise eine Erhebung insgesamt stattfinden kann. Wenn man mit Menschen redet, die von einer Vermögensteuer betroffen sind, gibt es zwei Probleme, die man ernst nehmen muss. Das eine Problem ist, wie es geregelt werden kann, dass mein Unternehmen nicht in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt wird. Ich gehe davon aus, dass hier der Konsens besteht, dass das möglichst nicht gewollt ist.

Das zweite Problem ist - und das kann ich auch verstehen -, weil wir kein Staatsverständnis wie in Dänemark haben, dort nehmen die Menschen den Staat ganz anders wahr und bewerten ihn ganz anders als in Deutschland -, ich will nicht, dass ihr als Fiskus von mir Rechenschaft beispielsweise über den Brillantiring meiner Großmutter oder über ein gekauftes Gemälde verlangt. Ich glaube, wenn man der Vermögensteuerdebatte einen guten Dienst erweisen will, dann muss man darauf eine Antwort finden, die großzügiger ist als das, was man nebenbei in der Debatte als Töne hört. Ich selbst wünsche mir auch keinen

Staat, der sich bis in die letzten Details hinein für mein Vermögen interessiert.

Mit ein paar Worten möchte ich noch auf das Haushaltsporträt eingehen, aus dem angeblich hervorgeht, welche großen Einnahmезuwächse der Staat, in diesem Fall Bremen, in den letzten Jahren gehabt hat. Wie kann es sein, weil wir ja nun ein Einnahmeproblem und kein Ausgabenproblem haben, Herr Röwekamp, ansonsten haben Sie in Ihrer Rede mindestens eine Milliarde Euro ausgegeben und die würde unser Ausgabenproblem eher erhöhen --?

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie hätten sich vorhin noch einmal zu Wort melden können! - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Die Haushaltsberatungen waren heute Morgen, oder? - Abg. Röwekamp [CDU]: Haben Sie verschlafen sich zu melden?)

Darf ich jetzt hier noch etwas sagen? Ich habe nicht verschlafen, Herr Röwekamp!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Es sah so aus!)

Sie sind jetzt gerade wieder angepickt, auch gut!

Ich wollte zur Frage, ob wir nun ein Einnahme- oder ein Ausgabenproblem haben, sagen, dass es objektiv so ist, dass die Steuereinnahmen in den letzten Jahren sehr stark angestiegen sind. Herr Hilz hatte das grüne Gebirge des Haushaltsporträts gerade aufgeschlagen, aus dem man das ansehen kann. Wenn Sie sich einmal die Zeit ein paar Jahre davor anschauen, dann hat Bremen fast 20 Jahre lang mit stabilen Steuereinnahmen zu kämpfen gehabt. Das ist im Übrigen der Hauptgrund, warum die Sanierungsphase, die wesentlich zur Zeit der Großen Koalition gestaltet worden ist, nicht funktioniert hat.

In dieser Zeit sind die Ansprüche an den Staat gestiegen. Es hat Tarifierhöhungen und Preiserhöhungen gegeben. Dann kam noch die entsetzliche Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns im Jahr 2010 ganz stark gesunkene Steuereinnahmen beschert hat. Wenn man dann eine korrekte Kurve über den gesamten Zeitraum der Steuereinnahmen legt, dann relativiert sich das gewaltig. Man kann dann nämlich sehen, dass wir nach der langen Phase der Stabilität der Staatseinnahmen endlich wieder eine Chance haben, wieder aufzuholen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ist die Kurve falsch?)

Ich möchte sehr gern dazu beitragen, dass ein gesellschaftlicher Konsens entsteht, dass diese jetzt ansteigenden Steuereinnahmen nicht

schon wieder die nächste Senkungsrunde auslösen, sondern dass ein stark geforderter und über Jahre unterfinanzierter Staat - nicht ohne Grund hat man sich in die Kreditaufnahme geflüchtet - die Chance haben muss, sich mit diesen Einnahmen zu erholen und dass das, was in den letzten Jahren liegen geblieben ist, finanziell abgesichert und seriös umgesetzt werden kann. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 19/1081 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Einstimmig)

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, begrüße ich ganz herzlich Mitglieder der Bürgerinitiative „Kein Windrad am Bultensee“.

Herzlich willkommen hier im Hause!

(Beifall)

**Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1101)**

Wir verbinden hiermit:

**Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1197)**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nein, ich habe kein Dieselfahrzeug, sondern ich fahre ein Hybridfahrzeug mit Benzinmotor. Das Fahrzeug hat nur den Nachteil, dass es doppelt so viel verbraucht wie ein Fahrzeug mit Dieselmotor, aber gut, weil der Strom nach 30 Kilometern immer verbraucht ist!

(Heiterkeit - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Soweit zum privaten Schicksal!)

Das kann ich in Einzelgesprächen dann erklären!

Unabhängig davon, glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir diese Diskussion auch hier in der Bürgerschaft führen, denn eines muss man zunächst sagen, das, was wir gerade in den letzten Monaten erlebt haben, macht doch schon sehr sprachlos: Einige wahrscheinlich vom Größenwahn umnachtete Konzernbosse haben bei der Erlangung der mobilen Welt-herrschaft in Amerika und anderswo der deutschen Autoindustrie einen Imageschaden sondergleichen zugefügt, dessen Auswirkungen wir bis heute noch nicht absehen können. Ich sage ganz offen, die Problematik, die durch das Verhalten einiger entstanden ist, müssen die Hersteller wiedergutmachen, und sie müssen das Image zurückgewinnen.

Ich sage auch ganz deutlich - und deswegen haben wir auch diesen Antrag eingebracht -, nicht etwa, weil wir befürchten, dass Senator Dr. Lohse morgen ein Dieselfahrverbot für Bremen und Bremerhaven ausspricht, sondern weil die Hysterie, die dadurch in Deutschland entstanden ist, nicht gut für uns alle sein kann. Eines muss uns nämlich allen klar sein, der Verbrennungsmotor, ob nun ein Dieselmotor oder ein Benzinmotor, aber speziell der Dieselmotor, wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Antrieb sein, und zwar egal, ob wir das nun gut oder schlecht finden.

Die Diskussion, dass wir jetzt alle, weil uns die Autokonzerne hintergangen haben, morgen an Stickoxiden sterben würden, ist auch ein bisschen überzogen. Ich habe die große Sorge, dass die Leute, die sowieso schon gegen sämtliche Fahrzeuge waren, nur nicht gegen Fahrräder, das zum Thema machen. Man muss eines nämlich auch klar und deutlich sagen: Nach der Statistik sind die Stickoxide seit 1990 um 59 Prozent gesunken. Trotzdem müssen wir etwas dagegen tun. Deswegen halte ich es mit der Bundeskanzlerin: Die Thematik ist sachlich und vernünftig zu behan-

deln, aber an einer Hexenjagd beteilige ich mich nicht.

Ich glaube, dass es schon eine vernünftige Antriebstechnik mit Dieselmotoren gibt, sie muss nur vernünftig angewendet werden. Das Problem bei den Dieselmotoren ist ja nicht, dass es die Technik nicht gibt. Es gibt AdBlue und die SCR-Technologie, die bei Dieselmotoren zu vernünftigen Werten führt, sodass ein relativ sauberer Antrieb das Ergebnis ist. Der Betrug ist ja die Abgasmanipulation gewesen. Die Zeit, die für die Entwicklung der Software aufgewendet worden ist, um betrügen zu können, hätte lieber investiert werden sollen, um beispielsweise einen größeren AdBlue-Tank zu entwickeln, denn einige Leute sind nicht in der Lage, AdBlue nachzufüllen.

(Beifall CDU)

Mich treibt die Verunsicherung in der Bevölkerung um. Wenn man mit Leuten spricht, hört man heraus, dass sie verunsichert sind. Wen würden wir treffen, wenn wir die Hexenjagd weiterführen würden? Es sind ja nicht die Konzernbosse, denn die können sich auch ein Hybridfahrzeug leisten. Im Grunde genommen sind es die kleinen Pendler, die kleinen Arbeitnehmer, die kleinen Leute, die mit ihrem Fahrzeug zur Arbeit fahren, weil sie im GVZ arbeiten und in Gröpelingen wohnen und die nicht mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Nachtschicht fahren können. Es ist das Taxigewerbe, und letztlich ist es auch der öffentliche Personennahverkehr, der betroffen sein würde. Es ist auch der Fuhrpark der Stadtgesellschaft betroffen. Deshalb sollte man dieses Thema mit Augenmaß diskutieren.

Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, dann ist es für uns das Signal, dass Sie in dieser Stadt keine Fahrverbote aussprechen werden, einmal unabhängig davon, ob es überhaupt rechtlich möglich ist. Ein Überschreiten der Grenzwerte ist, glaube ich, nämlich lediglich zwei- oder dreimal an einer von acht Messstellen gemessen worden. Andere Städte haben ganz andere Probleme. Ja, wir werden den ÖPNV gemeinsam in Richtung Elektromobilität entwickeln. Deswegen hoffe ich, dass sie unseren Antrag unterstützen.

Ihren Antrag werden wir ablehnen. Ihr Antrag enthält zwar einige vernünftige Punkte, aber im Großen und Ganzen ist es ein klassischer Antrag: Ich muss jetzt auch noch einmal etwas machen. Ich nehme an, Sie werden Ihren Antrag eingebracht haben, damit Sie eine Begründung haben, unseren Antrag ablehnen zu können. Die Punkte, die in Ihrem Antrag stehen, werden zum größten Teil bereits umge-

setzt. Sie sind auf Bundesebene Beschlusslage: Verstärkte Kontrolle, Überwachung, Nachrüstung der 5,3 Millionen Fahrzeuge. Zur Musterfeststellungsklage will ich sagen - -.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonthar [Bündnis 90/Die Grünen]: Schön wäre es ja, wenn nachgerüstet würde!)

Die Fahrzeuge werden ja nachgerüstet. Entscheidend ist, dass anschließend kontrolliert werden wird.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Bei der Musterfeststellungsklage ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon viel weiter als das Bundesjustizministerium. Der Vorschlag von Herrn Maas ist leider nicht praktikabel. Er ist deswegen abgelehnt worden. Ich glaube, dass wir in der nächsten Legislaturperiode mit Angela Merkel als Kanzlerin eine neue Möglichkeit finden werden, egal, mit welcher Partei wir auch koalieren werden.

Wir lehnen Ihren Antrag daher ab. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen, denn er ist, glaube ich, klar und deutlich. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonthar.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonthar (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Strohmann, nein, wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. Ich werde jetzt erläutern, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können.

Der Dieselskandal zeigt einmal mehr als deutlich, dass der Umwelt- und der Gesundheitsschutz entscheidende politische Aufgaben der Zukunft sind. Erstens: Es ist wirklich ein „Hammer“ - ich möchte es einmal so klar ausdrücken -, dass die Automobillobby die Verbraucherinnen und die Verbraucher jahrelang systematisch getäuscht hat. Sie haben geglaubt, dass sie umweltfreundlicher Autos kaufen. Das haben sie aber nicht, weil systematisch betrogen worden ist. Zweitens: Der Gesundheitsschutz und unser aller Gesundheit ist wissentlich aufs Spiel gesetzt worden.

Die Bundesregierung hat rein gar nichts, erstens, gegen den systematischen Betrug an den Verbraucherinnen und Verbrauchern getan, und zweitens, sie hat es versäumt, für

unser aller Gesundheit zu sorgen. Das finden wir wirklich schlimm.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf FDP: Böser Kretschmann!)

Wir wissen ja, was passierte, als das aufgefliegen ist. Es gab den ersten sogenannten Dieselpipfel mit einer Minimallösung als Ergebnis, einer Software-Nachrüstung.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja!)

Wenn das nicht so bitter wäre, wäre es wirklich zum Lachen. Diese Software-Nachrüstungen werden einen Hauch Reduktion der Schadstoffe - sowohl Feinstaub als auch NOx - bringen. Richtig durchgreifend wird sich dadurch aber natürlich nichts ändern.

Was würde etwas ändern? Das ging in Ihrem Beitrag durcheinander, Herr Strohmann. Es würde sich wirklich etwas ändern, wenn Hardware-Nachrüstungen durchgeführt würden. Das verweigert die Automobillobby bis heute. Da frage ich mich doch auch als Verbraucherin: Wenn ich ein Auto in der Annahme kaufe, dass es schadstoffarm ist, aber ein Auto mit einem erhöhten Schadstoffausstoß bekomme, ist das nicht systematische Täuschung? Ich habe doch wohl ein Recht darauf, dass ich von der Firma das geliefert bekomme, was ich gekauft habe, und die Automobilhersteller sind selbstverständlich in der Pflicht, diese Hardware-Nachrüstungen durchzuführen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Sie kosten 1 000 bis 1 500 Euro pro Auto. Es wäre das Mindeste, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sie bekommen. Da sie sie nicht bekommen, brauchen wir das Instrument der Musterfeststellungsklage. Es reicht nicht zu sagen, es sei einmal etwas auf dem Weg gewesen. Es gibt nichts. Das heißt, die Verbraucherinnen und Verbraucher haben im Moment gar nicht die Möglichkeiten, die sie haben müssten, um endlich zu ihrem Recht zu kommen. Insoweit muss man also dringend etwas tun.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja, es gab keinen Entwurf! Herr Maas hätte einen ordentlichen Entwurf vorlegen müssen!)

Wir haben eben über den Verbraucherschutz gesprochen. Es ist eine große Katastrophe, was da passiert ist. Als Ärztin und Gesundheitspolitikerin bringt es mich aber wirklich auf die Palme, dass hier systematisch unser aller Gesundheit wissentlich aufs Spiel gesetzt wurde. Wir und auch Sie wissen doch, was diese

Feinstäube und dieses NOx insbesondere für Kinder, Alte und alle Menschen, deren Immunsystem angegriffen ist, bedeuten.

(Zuruf Strohmann)

Sie fördern Asthma, Lungenerkrankungen und Krebs. So ist es nun einmal. Das ist die wissenschaftliche Evidenz. Dagegen muss man etwas tun. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss Vorrang haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wenn ein Verwaltungsrichter in Stuttgart, der ein Richter im deutschen Rechtsstaat und, wie ich annehme, nicht ideologisch verblendet ist, entscheidet, dass Gesundheitsschutz höher als die freie Fahrt zu gewichten ist, dann sage ich als Grüne und als Ärztin, dass das richtig ist. Es ist gut, wenn unsere Gerichte so entscheiden und dass unser Rechtssystem solche Entscheidungen ermöglicht. Der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger muss Vorrang haben. Darum können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil Sie ja nicht fordern, Fahrverbote durch die Methode XYZ zu vermeiden, sondern weil Sie Fahrverbote um jeden Preis vermeiden wollen. Was bedeutet das? Das bedeutet, Fahrverbote auch dann zu vermeiden, wenn die Schadstoffkonzentration so hoch ist, dass sie nachweislich gesundheitsgefährdend ist.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ist sie aber nicht!)

Herr Strohmann, es verhängt doch niemand Fahrverbote, wenn die Schadstoffkonzentration nicht steigt. Vielmehr müssen Fahrverbote ausgesprochen werden, wenn die Schadstoffkonzentration zunimmt.

Wenn man das, wie wir Grüne und wahrscheinlich jeder hier, nicht möchte, dann muss man etwas verändern und kann nicht einfach nur Fahrverbote aussetzen wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Abg. Strohmann [CDU]: Dann verändern Sie doch, bitte!)

Was man verändern muss, steht in unserem Antrag. Erstens geht es um sofortige Hardware-Nachrüstungen. Das gebietet allein der Verbraucherschutz. Zweitens ist die Verkehrswende einzuleiten. Das haben wir hier in Bremen im Verkehrsentwicklungsplan vorbereitet.

(Lachen Abg. Strohmann)

An diesem Punkt muss man jetzt weitermachen. Das bedeutet natürlich einen Umstieg

auf den ÖPNV, auf das Fahrrad, auf das Gehen zu Fuß. Individualverkehr wird man auch in Zukunft brauchen, aber er würde deutlich weniger. Dazu gibt es sehr gute Untersuchungen. Zuletzt wurde im Juli eine Untersuchung vom Wuppertal Institut vorgelegt.

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss und muss dann gleich noch einmal sprechen.

Diese Untersuchungen beinhalten, dass der Individualverkehr sinken wird. Wie soll man ihn dann organisieren? Zum Beispiel über Elektromobilität. Dazu sage ich in meinem zweiten Beitrag etwas. Dann erläutere ich auch unseren Antrag. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Sprehe.

Abg. Frau Sprehe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!“ und „Lehren aus dem Dieselskandal ziehen und konsequent umsetzen!“ - das klingt erst einmal logisch und miteinander kombinierbar. Eine einfache Verbindung gibt es jedoch nicht. Deutsche Autofahrer kaufen sich seit vielen Jahren ein Dieselfahrzeug und denken, etwas für die Umwelt getan zu haben. Sie haben den Sauber-Diesel-Versprechungen der Automobilindustrie geglaubt. Leider lagen sie falsch. Sie wurden betrugsmäßig in die Irre geführt, weil die Konzerne die Umweltbelastung ihrer Fahrzeuge verschleiern und Software manipuliert worden ist. Das ist eindeutig festgestellt worden.

Wer trägt die Verantwortung? Die Automobilkonzerne. Wer trägt die finanziellen Auswirkungen? Der Autobesitzer. Wer ist gesundheitlich gefährdet? Alle Bürger und Bürgerinnen.

Beim sogenannten Dieselpfiff konnten die Bundeskanzlerin und der CSU-Verkehrsminister nur erreichen, dass die Software geändert wird und Umtauschprämien von den Automobilkonzernen gezahlt werden - das Letztgenannte nur, wenn ein neues Auto gekauft wird und damit natürlich wieder mehr Umsatz bei den Automobilkonzernen entsteht.

Diese Maßnahmen sind aber nicht genug, um die gesundheitsgefährdenden Stickoxide in unseren Städten massiv zu verringern. Dazu sind technische Umrüstungen notwendig, und dies natürlich auf Kosten der Automobilkonzerne, die schließlich die Verantwortung für

ihre Sauber-Versprechen und ihre unstrittigen Manipulationen haben. Die Dieselauto-Besitzer haben schon genug zu ertragen, da sie beschimpft werden, eine Dreckschleuder zu fahren, deren Wert auch noch stark gesunken ist. Damit sie ihr Recht als David gegen Goliath tatsächlich durchsetzen können, ist ein Zusammenschluss der geschädigten Dieselauto-Besitzer in sogenannten Musterfeststellungsklagen, wie zum Beispiel in Amerika, zu ermöglichen.

(Beifall SPD)

Es gibt bereits, wie schon angesprochen wurde, einen entsprechenden Entwurf unseres Justizministers Maas, der leider im Bundeskanzleramt versauert.

(Abg. Strohmann [CDU]: Weil er Schrott ist!)

Das wird, denke ich, einfach ausgesessen, bis die nächste Wahl kommt. Ich bin wirklich gespannt, ob dann die für die Dieselauto-Besitzer so notwendige Musterfeststellungsklage tatsächlich angestrengt wird.

Damit die Immissionswerte in unseren Städten insgesamt besser werden, muss es eine Neuausrichtung im Bereich der Fahrzeugantriebe geben. Dieses hat die Automobilindustrie spät, aber zumindest jetzt erkannt. Sie engagiert sich nunmehr stark in der Elektromobilität. Dieser Weg ist richtig, aber für die Dieselfahrzeug-Besitzer und alle Bürger und Bürgerinnen in unseren Städten nicht ausreichend.

In Bremen liegen die Stickoxidwerte in zwei Straßen - Am Dobben und in der Nordstraße - über dem europäischen Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Bis vor Kurzem gehörte die Cherbourger Straße in Bremerhaven auch dazu.

Die CDU fordert in ihrem Antrag, sich gegen Fahrverbote auszusprechen. Dies klingt für die - wie eben beschrieben - bereits gebeutelten Diesela Autofahrer natürlich gut, ist aber gegenüber der tatsächlichen Rechtssituation blauäugig. Sollten die Schadstoffgrenzen massiv überschritten werden, wird jedes Verwaltungsgericht Fahrverbote erlassen. Entsprechende Klagen der Umweltverbände gibt es bereits in anderen Städten und sind auch in Bremen angekündigt. Deshalb müssen wir die Situation grundsätzlich ändern und umweltfreundliche Technologien fördern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Lachen Abg. Strohmann [CDU])

Von den Automobilkonzernen muss es für den Verbraucher kostenfreie technische Lösungen zur Verringerung der Schadstoffe bei Dieselfahrzeugen geben. Außerdem muss eine nicht manipulierbare Verbesserung der Kontrollen und Überwachung der tatsächlichen Schadstoffemissionen bei Kraftfahrzeugen erfolgen.

Wir setzen uns für eine umfassende Förderung der Elektromobilität, mehr Carsharing, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und natürlich auch für die völlig schadstofffreie Mobilität zu Fuß oder per Rad ein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dies muss überall in Bremen erfolgen. Deshalb greift der Antrag der CDU-Fraktion, der sich bei den alternativen Antriebstechnologien unter Nummer zwei nur auf die Verwaltungen, auf die senatorischen Dienststellen, auf die Eigenbetriebe sowie auf die BSAG bezieht, viel zu kurz.

(Abg. Strohmann [CDU]: Sondern?)

Ich bitte Sie, dem weitergehenden Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zuzustimmen. Gerechtigkeit für die Dieselauto-Besitzer und Maßnahmen für die Gesundheit unserer Bürger und Bürgerinnen sind notwendig. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Janßen.

Abg. Janßen (DIE LINKE)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dieselskandal ist - ich glaube, das leugnet kaum noch jemand - einer der größten Industrieskandale der Nachkriegszeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Er ist nicht nur deshalb ein Skandal, weil durch die Manipulation der Autokonzerne die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt stark geschädigt wurden, sondern auch, weil die Verknüpfung zwischen Autolobby und Politik an einigen Stellen so eng war, dass eine Aufarbeitung nicht erfolgte und die Kontrollmechanismen versagt haben. Auch wenn in diesem Zusammenhang immer in Richtung von Herrn Dobrindt gewiesen wird, müssen wir auch Herrn Weil und Herrn Kretschmann nennen, die in diesem Zusammenhang auch nicht gerade Glanzfiguren waren, und wir müssen davon sprechen, dass es sich nicht nur um

einen Industrieskandal, sondern auch um einen politischen Skandal handelt.

(Beifall DIE LINKE)

Inhaltlich haben wir kurz angesprochen, dass die Manipulation an den Abschaltvorrichtungen stattgefunden hat. Auf dem Prüfstand ist es sauber abgelaufen. Dort hat es funktioniert. Die Emissionen, die später als real angegeben wurden, entsprachen aber denen auf dem Prüfstand, denen eines modellartigen Versuchs. In der Realität, auf der Straße, waren die Emissionen deutlich höher. Gegen die Abgasnormen und gegen die Immissionsgrenzwerte wurde flächendeckend verstoßen. Die Stickoxide liegen in allen Städten deutlich über den europäischen Grenzwerten. Für Bremen wurden sie bereits an ein, zwei Stellen angeschnitten. In anderen deutschen und europäischen Städten sind noch ganz andere Situationen zutage getreten.

Die Grünen haben die gesundheitlichen Fragestellungen auch schon angesprochen. In zahlreichen Studien wird ein Zusammenhang zwischen Stickoxidbelastung und Gesundheitsrisiken nachgewiesen. Auftretende Infarkte, Schlaganfälle und Erkrankungen der Atemwege sind einige davon. Besonders betroffen sind Menschen mit einem schwächeren Immunsystem, junge und alte, und Menschen, die an Verkehrsknotenpunkten wohnen.

Dieselfahrzeuge sind maßgeblich für diese Stickoxide verantwortlich. Deshalb ist hier die Gesundheit der Menschen aufs Spiel gesetzt worden, wenn diese Manipulation durch die Automobilindustrie so stattgefunden hat. Hieraus müssen deutliche, klare und ernsthafte Konsequenzen gezogen werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der ganzen Diskussion wird übergangen, dass Dieselfahrzeuge - Herr Strohmann hat das schon angeschnitten - dadurch, dass sie einen niedrigeren CO₂-Ausstoß - nicht NOx-Ausstoß - haben, steuerlich anders behandelt werden als Benziner. Das heißt, der Diesel wurde bislang sozusagen subventioniert.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Eine staatliche Subventionierung von Diesel und gleichzeitige Manipulation bedeuten, dass der ganze Skandal auch noch politisch mit unterstützt worden ist. Das ist eine Situation, die so nicht sein kann und zurückgedreht werden muss. Die Subventionen müssen an dieser Stelle aufgehoben werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Doch anstatt klare politische Reaktionen zu besprechen und zu beschließen, hat man einen Dieselpfahl abgehalten, der eigentlich eine politische Bankrotterklärung war. Man hat keine klaren Beschlüsse gefasst, die die Hersteller zu Hardware-Nachrüstungen zwingen, um in der Zukunft Grenzwerte stärker einzuhalten und die Prüfsituation zu verbessern, sodass ein derartiger Missbrauch schon im Vorfeld erkannt werden kann. Das Einzige, was man erreicht hat, sind kleine Umstellungen. Es wurde ein bisschen diskutiert. Im Prinzip hat sich aber die Autolobby durchgesetzt. Wenn man es aber nicht schafft, das Primat der Politik aufrechtzuerhalten und einem solchen Betrug klare Grenzen entgegenzusetzen, läuft man Gefahr, sich politisch und demokratisch unglaubwürdig zu machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen jetzt unabhängige Kontrollen, beispielsweise durch das Umweltbundesamt. Das Kraftfahrt-Bundesamt dafür in die Verantwortung zu nehmen, ist offensichtlich gescheitert. Wir brauchen ein klares Vorgehen. Auch die Bundesregierung darf nicht die Augen davor verschließen

(Abg. Strohmann [CDU]: Machen sie doch gar nicht!)

und muss fragen, wie beim Kraftfahrt-Bundesamt über Jahre hinweg dieser Skandal nicht erkannt werden konnte. So steht es in den Teilen des Abschlussberichts, die von den LINKEN und von den Grünen stammen. In den Berichtsteilen der Großen Koalition hat man das Kraftfahrt-Bundesamt nicht in dieser Klarheit gerügt, sondern sich darum herum gewunden. Ich glaube, es ist gut, dies zu benennen und zu sagen, dass die Kontrollmechanismen hier nicht funktioniert haben.

(Beifall DIE LINKE - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Irgendwie kriegen wir es gedreht!)

Statt weiterhin Dieselmotoren zu subventionieren oder insgesamt Autos in diesem Umfang zu subventionieren, sollten wir umstellen, klar Elektromobilität fördern und in die entsprechende Forschung investieren. So, wie die Elektromobilität heute läuft, ist es noch nicht das Wahre, weil der Strom immer noch mit fossiler Energie erzeugt wird. Das heißt, wir haben auch hier erst nach einer langen Laufzeit überhaupt eine gleichwertige CO₂-Bilanz. Das ist noch nicht die Technologie, die heute

ausreichend Ersatz schaffen kann, für die Zukunft aber schon.

Wir müssen deshalb staatliche Subventionen umsteuern und den öffentlichen Personennahverkehr steuern. Deshalb finde ich es auch ganz gut, wenn die CDU erwähnt, dass wir auch bei der Umrüstung im ÖPNV auf Elektromobilität setzen sollen. Ich freue mich auf den Haushaltsantrag der CDU, die Zuweisungen an die BSAG zu erhöhen. Wir werden ihn unterstützen.

(Glocke)

Das müsste dann aber auch politische Konsequenzen haben und zu einer entsprechenden Förderungen des ÖPNV führen.

(Beifall DIE LINKE)

Nur kurz zum Schluss: Wir erwarten politische Konsequenzen aus dem Abgasskandal. Die Konzerne müssen für den Schaden aufkommen. Die Grenzwerte müssen in Zukunft eingehalten werden. Die Kontrollmechanismen müssen gestärkt werden. Subventionen für die Autoindustrie müssen zugunsten der Forschung und der Förderung des ÖPNV ersetzt werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (LKR): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da habe ich wieder etwas dazugelernt. Es gibt also Leute, die sich ein Dieselauto kaufen, weil sie etwas für die Umwelt tun wollen. Ich dachte immer, der Grund, sich ein Dieselauto anzuschaffen, sei der, dass Diesel billiger als Benzin ist. Diesel ist aber eigentlich gar nicht billiger als Benzin, es sind nur weniger Steuern auf Diesel.

Neben dem günstigeren Preis wird auch immer ins Feld geführt, dass ein Dieselauto weniger verbraucht. Auch das stimmt nicht wirklich, denn ein Liter Diesel ist mit einem Liter Benzin insofern nicht zu vergleichen, als Diesel schwerer ist. Diesel hat einen höheren Energiegehalt. Deswegen ist in einem Liter Diesel mehr Energie enthalten als in einem Liter Benzin.

Es gibt also keinen Umweltgrund, einen Diesel zu fahren. Eine Steuersubvention hat die Leute hier in Deutschland zum Fahren eines Dieselautos gebracht. Deutschland ist insoweit exklusiv. In anderen Ländern ist das nicht so. In England ist Diesel ungefähr genauso teuer wie

Benzin. In den USA ist Diesel etwas teurer als Benzin. Dementsprechend ist der Anteil der Dieselfahrzeuge dort sehr gering. Lange Zeit war er gar nicht existent. Da in Deutschland aber aufgrund dieser Subvention eine große Nachfrage entstanden ist, hat natürlich die deutsche Industrie auf diese Dieseltechnologie gesetzt und dann in einer Marketing-Offensive die Dinge auch in den Weltmarkt getragen. Das war sicherlich kein Ruhmesblatt für uns alle.

Es gibt aber nicht nur Software-Manipulationen seitens der Hersteller, die vielleicht gar nicht so gravierend sind. Die Stickoxid-Grenzwerte sind sicherlich diskutabel. Jeder von uns, der Fahrrad oder mit seinem Auto in einer Kolonne fährt, merkt aber, dass er anfängt zu husten. Im Auto drückt man die Umlufttaste, wenn man hinter einem Dieselfahrzeug herfährt. Das hat damit zu tun, dass ein Pkw mit Diesel überhaupt nur funktioniert, wenn er über eine sehr komplexe Technik mit Turbo, Abgasrückführung, Katalysator und Rußpartikelfilter verfügt. Das Ganze ist elektronisch gesteuert. Es ist unglaublich einfach, das zu manipulieren. Das nennt sich Chiptuning, wird weitestgehend gemacht und lässt sich vor der TÜV-Prüfung wieder zurückrüsten. Das machen viele Leute, um geringere Verbräuche zu erzielen und höhere Leistungen aus ihren Motoren herauszuholen. Ein erheblicher Anteil der Dieselfahrzeuge auf unseren Straßen ist chipgetunt. Das sind die Fahrzeuge, bei denen man Husten bekommt, wenn man hinter ihnen herfährt.

In der aktuellen Krise der Dieselindustrie sehen wir jetzt, dass die Zulassungszahlen für Dieselfahrzeuge in Deutschland zurückgehen. Das ist auch gut so. Ich möchte gar nicht hoffen, dass wir uns vielleicht auf politischer Ebene darauf einigen könnten, die steuerliche Ungleichbehandlung von Diesel- und Benzintriebstoff zu harmonisieren oder gegebenenfalls auch den Betriebsstoff Flüssig- oder Erdgas als Alternative in Betracht zu ziehen.

Wenn Dieselfahrzeuge einfach nicht mehr nachgefragt werden, wachsen wir aus diesen Problemen heraus, auch weil Dieselfahrzeuge, nebenbei gesagt, nicht so lange halten wie Benzin. Mit einem Benzin, der ein Sauger ist, können Sie 400 000 bis 500 000 Kilometer fahren. Bei einem Dieselfahrzeug mit Turbo-technik bekommen Sie nach 200 000 bis 250 000 Kilometern so hohe Reparaturkosten, dass das Fahrzeug dann entweder verschrotet oder nach Afrika exportiert wird, wo es dann weiter auf die Umwelt einwirken kann.

Elektromobilität mit Batteriebetrieb ist übrigens keine Alternative, weil die Ökobilanz von Elekt-

rofahrzeugen noch verheerender als von benzinbetriebenen Fahrzeugen ist. Das würde sich nur dann ändern, wenn es einen sensationellen Durchbruch in der Speichertechnologie gäbe oder wenn wir eine permanente Stromversorgung wie bei einer Overhead-Leitung beziehungsweise bei der Straßenbahn hätten. Das ist aber nichts für den Individualverkehr.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir brauchen kein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge. Das regelt sich von selbst. Wir wachsen aus dieser Sache heraus. Es wäre aus meiner Sicht auch eine ungerechtfertigte Enteignung der Leute, die jetzt in ein Dieselfahrzeug investiert haben. Wir sollten aber den Trend, dass wir aus der Dieseltechnologie herauswachsen, im Idealfall unterstützen, indem wir bei den unterschiedlichen Betriebsstoffen eine Steuerharmonisierung anstreben. - Vielen Dank!

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, eines ist klar: Der Dieselskandal ist ein Fauxpas vieler Parteien. Die Politik an erster Stelle hätte schon viel früher agieren und reagieren müssen. Zwei Jahre nach dem US-Abgasskandal hat die Politik die Lage immer noch nicht wirklich unter Kontrolle gebracht. Mitten in dieser Megakrise steht nun der VW-Konzern, bei dem seit Jahren übrigens auch die SPD mitregiert.

Umso wichtiger ist es jetzt, die Fehler des Autobauers nicht auf dem Rücken der Steuerzahler auszutragen. Dafür ist der Antrag von Rot-Grün zum Teil ein erster richtiger Schritt. Die Musterfeststellungsklage, also die Sammelklage, ermöglicht dem einfachen Dieselfahrer, seine Rechte bestätigt zu wissen. Daher unterstützen wir diese Option. Auch wir sind der festen Überzeugung, dass die Kontrollen und die Überwachung der tatsächlichen Schadstoffemissionen von Fahrzeugen zu verbessern sind.

(Beifall FDP)

Wir glauben, dass man als Kunde ein Recht auf Transparenz und belastbare Zahlen zum Verbrauch des Autos hat, die auch im Alltag tatsächlich nachvollziehbar sind. In der Konsequenz ist es auch richtig, dass Hersteller in die Pflicht genommen werden, Fahrzeuge in den Zustand zu versetzen, von dem die Verbraucher, als sie sie kauften, ausgegangen sind.

Nur auf Elektro zu setzen, ist in unseren Augen dennoch zu kurz gedacht, denn mit einer

einseitigen Orientierung an der E-Mobilität drohen gegebenenfalls neue Fehler.

(Beifall FDP)

Mit Quoten kommen wir beim Ausbau von Elektromobilität unseres Erachtens nicht weiter. Es ist natürlich richtig und wichtig, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Aber dies wäre wieder eine einseitige Förderung des Staates, die Rot-Grün beim Diesel so sehr verurteilt. Auch die Elektromobilität ist noch lange nicht ausgereift und hat noch immer ein großes Aber, zum Beispiel im Hinblick auf den Einsatz seltener Erden, im Hinblick auf die großen Mengen an Batterien, die auch nicht ökologisch wertvoll sind.

(Beifall FDP)

Elektroautos sind daher im Moment noch nicht das Allheilmittel. Für uns ist es, wie gesagt, wichtig, bei Elektromobilität in Forschung und Entwicklung zu investieren. Das trifft aber auch für andere Antriebstechnologien zu, zum Beispiel für die Wasserstofftechnologie und für synthetische Brennstoffe. Die Verbrennungsmotoren sollten parallel optimiert werden. Außerdem gilt es auch, Leichtbauweisen und das autonome Fahren dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Forschung sollte unbedingt zeitgleich vorangetrieben werden.

Mein Kollege Michael Theurer aus Baden-Württemberg sagte erst letztens, das Problem der Luftverschmutzung am Neckartor in Stuttgart wäre mit Dieselfahrverboten auch nicht zu lösen gewesen. Das sehen wir genauso. Die Feinstaubbelastung kommt größtenteils von Kraft- und Fernheizwerken, vom Reifenabrieb, vom Luftverkehr, von Heizungen und Öfen. Reifenabrieb gibt es auch bei E-Autos. Des Weiteren gibt es auch noch Wettereinflüsse. Ein Fahrverbot ist in unseren Augen nicht verhältnismäßig.

(Beifall FDP)

Es gibt sehr viele Kollegen, die oft draußen vor der Tür stehen. Wir als FDP sind, glaube ich, die gesündeste Fraktion von allen. Das Rauchen einer Zigarette erzeugt so viel Feinstaub wie ein Dieselmotor ohne Filter, der anderthalb Stunden läuft.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die Nichtraucher! Alle Kinder! Es tut mir leid, eine solche Argumentation nutzt niemandem!)

So viel zum Thema Gesundheit. Wir setzen uns auch für die Gesundheit ein. Es wäre total

schön, einmal damit anzufangen, mit dem Rauchen aufzuhören.

Frau Sprehe, ich finde es sehr schade, dass Sie der CDU nicht zustimmen. Wenn Sie sagen, es ist zu kurz gegriffen, dann kann man dem doch trotzdem zustimmen und dies unterstützen.

(Beifall FDP)

Dann kann man eher auch den nächsten Schritt gehen und diesen Antrag erweitern. Das hätte ich total gut gefunden.

(Beifall FDP)

Auch der rot-grüne Antrag enthält aus unserer Sicht richtige Ideen. Daher beantragen wir getrennte Abstimmung.

Zu dem Gerichtsurteil, das eben noch einmal aufgegriffen worden ist, kann ich für uns als Freie Demokraten sagen: Wenn Gerichte Fahrverbote fordern, dann muss man eben den juristischen Weg dagegen gehen. Auch das ist möglich. Aber wir dürfen den Verbraucher nicht immer weiter bevormunden. Jahrzehntlang war der Dieselmotor der ökologischste und effizienteste Motor. Jetzt, von heute auf morgen, einfach umzukippen und die Technologie zu verbieten, gefährdet eine ganze Generation von Autobauern, Zulieferern und deren Familien. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Kappert-Gonther, man kann es sich immer ganz leicht machen - dafür sind Sie als Grüne ja bekannt - und erst einmal ein Verbot aussprechen.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe es ausführlich erklärt und erkläre es gleich noch einmal!)

Vielleicht hören Sie zu. Ich bin noch nicht fertig mit dem Satz. - Das können Sie ja gern machen. Das haben Sie ja hier gesagt. Dann machen Sie es bitte auch! Dafür haben Sie aber natürlich wieder nicht den Hintern in der Hose. Sie sind in der Regierung und hätten beantragen können, sofort ein Dieselfahrverbot zu erlassen. Warum haben Sie den Antrag nicht gestellt?

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn die Grenzwerte überschritten werden! Das werden sie glücklicherweise gerade nicht! - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich frage mich, ob Sie in der Umweltdeputation überhaupt zuhören, Herr Strohmann!)

Sie können sich gleich noch einmal melden. - Warum haben Sie nicht gesagt: „Der CDU-Antrag ist uns zu lobby-lastig, das wollen wir nicht, wir wollen die Gesundheit, wir fordern, wenn die Grenzwerte so und so oft überschritten werden, Fahrverbote in Bremen!“? Warum haben Sie das nicht gemacht?

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Die CDU fordert Sie gerade zum Verbot auf! Haben Sie das gehört?)

Aber Sie tun das nicht, sondern fordern wieder, dass das in Berlin gemacht werden soll. Werden Sie sich doch Ihrer eigenen Verantwortung bewusst!

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt vorn und hinten nicht!)

Sie jammern hier herum.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: „Jammern herum!“ Erzählen Sie das einmal den Betroffenen!)

Das sind ohne Frage alle Probleme. Auch der Gesundheitsschutz ist ein wichtiges Gut. Nur, was folgt daraus?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Was folgt bei Ihnen daraus?)

Wenn Sie Verbote aussprechen, dann müssen Sie aber auch Ihre eigenen Busse und Behördenfahrzeuge verbieten. Das ist nämlich der Grund, Frau Sprehe. Man kann immer etwas von anderen Leuten fordern, aber dann muss man selber als Vorbild agieren. Dabei haben Sie als Rot-Grün in dieser Stadt völlig versagt.

(Beifall CDU)

Es gab noch nie so wenige Elektromobilitätsantriebe wie zu Ihrer Zeit. Das ist so.

(Zuruf Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Bestimmte Sachen kann man mit dem Fahrrad nicht machen. Das ist einfach so. Wir haben das mit der Kleinen Anfrage abgefragt. Das können Sie alles nachlesen.

Die entscheidende Frage ist, was daraus folgt.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Ihnen folgt gar nichts daraus! Für Sie ist ja alles gut!)

Wir können das jetzt alles machen. Ich habe auch Bauchschmerzen, und auch mir passt das alles nicht. Das sage ich Ihnen ehrlich. Zum einen können wir Elektromobilitätsantriebe, wie wir sie uns alle wünschen, Frau Sprehe, nicht kurzfristig umsetzen. Zum anderen wissen wir alle, die wir hier sitzen, nicht, welche CO₂-Bilanzen sie überhaupt haben und ob das alles so funktioniert, wie wir uns das erträumen. Meine persönliche Vorhersage ist, dass ein Elektro- und Batterieantrieb nicht der Antrieb der Zukunft sein wird. Das werden andere Antriebe sein. Es werden auch nicht Diesel- und Benzinfahrzeuge sein, aber es werden wahrscheinlich andere Verbrennungsmotoren wie zum Beispiel Wasserstoff- und Gasantriebe sein.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrscheinlich, wahrscheinlich! Das ist nicht sehr zukunftsweisend, Herr Strohmann!)

Frau Sprehe, jetzt noch einmal zu Ihnen. Frau Steiner, Sie könnten vielleicht auch zuhören!

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Sammelklage und einer Musterfeststellungsklage. Das ist das Problem. Der Referentenentwurf, den Herr Maas noch einmal ein bisschen aufgemotzt hat, versauert nicht im Bundeskanzleramt. Es gibt Bedenken aufseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das funktioniert nicht. Sammelklagen sind im Moment schwierig; eine Auswirkung in diesem Bereich wäre auch „Tourismus“ aus anderen Ländern. Man müsste erst ein Register aufstellen, das den Dieselfahrern auch nichts nützen würde, weil das zwei Jahre dauert.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe den ganzen Satz nicht verstanden!)

Der Weg ist die Musterfeststellungsklage. Diese wird auch von der CDU/CSU im Bundestag unterstützt. Hätte Ihr Herr Maas einen vernünftigen Vorschlag gemacht, wäre das auch schon beschlossen worden.

(Beifall CDU - Abg. Frau Sprehe [SPD]: Warum machen Sie keine Änderung? Sie hätten schon lange eine vorschlagen können!)

Das ist übrigens schon vorgeschlagen worden. Der Referentenentwurf ist von Mitte letzten Jahres. Herr Maas sitzt ja im Kabinett und isst nicht nur Gummibärchen, sondern hat als Justizminister auch eine Aufgabe. Das nur zu diesem Thema. Deswegen muss man mit dem, was einem aufgeschrieben wurde und was man vorliest, immer ein bisschen vorsichtig sein.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Mir wird gar nichts aufgeschrieben!)

Sie haben es doch vorgelesen. Das muss ja irgendjemand aufgeschrieben haben.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Ich schreibe selbst!)

Ich sehe die Problematik genauso. Aber wir müssen aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Klar ist auch, dass alles, was wir jetzt politisch entscheiden, auch Auswirkungen auf die Automobilindustrie und auf die Arbeitsplätze haben wird. Ich kann mir vorstellen, dass es dann irgendwo wieder Sparprogramme geben wird.

Es ist richtig: Wir müssen politisch Druck ausüben, sodass die Konzerne ihrer Aufgabe gerecht werden. Es hilft aber nicht, wenn wir jetzt hysterisch wie Hühner durch die Gegend laufen und sozusagen den Untergang der Luft propagieren. Wir müssen vielmehr mit Augenmaß die richtigen Entscheidungen treffen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: „Augenmaß“ klingt nicht sehr schnell!)

Deswegen bin ich auch froh, dass Frau Merkel Bundeskanzlerin ist und es auch bleibt. Trotzdem wünsche ich Ihnen noch schöne Tage beim Wahlkampf, Frau Dr. Kappert-Gonther. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg sagen, dass mich der Affekt ein bisschen irritiert,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Der was?)

so zu tun, als sei das lustig oder man könne darüber Scherze oder es lächerlich machen. Humor ist gut, aber hier geht es um einen handfesten Industrieskandal, da man sowohl

die Verbraucherinnen und Verbraucher getäuscht als auch den Gesundheitsschutz massiv mit Füßen getreten hat.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja!)

Daran ist meiner Meinung nach überhaupt nichts Witziges. Wenn wir uns überlegen, dass das Ganze einen großen sozialen Aspekt hat, wird noch deutlicher, warum es notwendig ist, dass wir eine Verkehrswende erreichen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Übrigen werden auch Arbeitsplätze stark gefährdet!)

Wer wohnt denn an diesen Ausfallstraßen?

(Zuruf: Gottschalk! - Heiterkeit)

Das sind die armen Menschen. Sie wissen, dass die Ausfallstraßen die schwer befahrenen Straßen sind, auf denen sich der Schwerlastverkehr „knubbelt“. Dort entstehen diese hohen Schadstoffkonzentrationen. Wenn die Schadstoffgrenzwerte sowohl dort als auch Am Dobben überschritten werden sollten, dann - nicht vorher, aber dann, Herr Kollege Strohmann -, ist tatsächlich der Zeitpunkt gekommen, an dem wir in Bremen Fahrverbote verhängen müssen. Wenn es so ist, dann ist es richtig, das zugunsten des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung zu tun.

Vermutlich muss das nicht sein, wenn man jetzt klug agiert. Klug zu agieren, bedeutet aber - ich sage es noch einmal - sofortige Hardware-Nachrüstungen. Dass Sie hierbei in die Defensive geraten, ist logisch, denn Ihr Verkehrsminister hat diesbezüglich wirklich nur eine sehr mäßige Figur abgegeben.

Ich habe eben schon die Verkehrswende erwähnt. Dann wurde angesprochen, dass politische Entscheidungen Auswirkungen auf die Zukunft und auf die Automobilindustrie haben werden. Das ist richtig. Dazu sagen wir als Grüne, dass man die entscheidenden Weichenstellungen jetzt vornehmen muss. Diesel- und Benziner, also Abgas emittierende Verbrennungsmotoren, werden eine Übergangstechnologie sein müssen, wenn wir die Klimaschutzziele noch erreichen und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung Rechnung tragen wollen.

Wie erreicht man es nun, bis zum Jahr 2030 wirklich aus dem Abgasmotor auszusteigen? Indem man jetzt die entscheidenden politischen Rahmenbedingungen schafft, die auch für Forschung und Entwicklung Sicherheit bieten, und damit die Automobilindustrie und die

Arbeitsplätze auch am Standort Bremen absichert. Es ist entscheidend, dass wir jetzt die Forschungs- und Entwicklungsgelder - sie sind vorhanden - nach Bremen lenken, um sie hier in die Entwicklung einer schadstofffreien Technologie zu investieren. Zumindest möchten wir Grüne das. Wir wollen, dass Bremen nicht nur Fahrradhauptstadt, sondern auch eine Hauptstadt für Autos wird, die schadstofffrei fahren, aber nur dann, wenn man gleichzeitig die Verkehrswende mitdenkt.

Wir sagen nicht, dass man einfach jedes Auto eins zu eins umtauschen soll. Wir sagen: Wer kurze Wege zurücklegt, soll Anreize bekommen, auf die Straßenbahn umzusteigen, zu Fuß zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren. Die Autos, die man braucht - weil die Distanzen zu groß sind, weil die Menschen aus irgendwelchen Gründen nicht Fahrrad fahren können, weil es Handwerker sind oder weil man etwas transportieren muss -, muss man so ausstatten, dass sie Klima und Gesundheit nicht gefährden. Dafür liegt die Hoffnung in der E-Mobilität. Auch die Wasserstoffantriebe sollte man in Forschung und Entwicklung sehr stark berücksichtigen.

Wir müssen die Infrastruktur aufbauen. Das schafft man, indem man jetzt die entsprechenden Rahmenbedingungen und etwa Tanksäulen für Strom schafft. Sie haben recht: Das bedeutet auch den Ausstieg aus der Kohle und 100 Prozent erneuerbare Energien, damit das für den Klimaschutz insgesamt aufgeht. Diese Rahmenbedingungen muss man jetzt schaffen.

Sie haben es angesprochen. In fünf Tagen ist Bundestagswahl. Dann wird sich zeigen, ob Parteien mit den entsprechenden Stimmen gewählt werden, um den Einstieg in die Verkehrs- und Energiewende zu finden. Dafür stehen wir Grüne. - Ich danke Ihnen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Sprehe.

Abg. Frau Sprehe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, dass Heiko Maas mit seinem Referentenentwurf zur Musterfeststellungsklage geschludert habe.

(Beifall SPD)

Er hat tatsächlich einen Entwurf fertiggestellt. Dieser liegt jetzt im Bundeskanzleramt und wird dort blockiert. Bislang sind keine Änderungen vorgenommen worden. Das ist ein

großer Fehler, der im Grunde genommen auch von der CDU hier im Hause zugegeben worden ist.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Echt?)

Es liegt an der CDU, dass dieses Recht für die Verbraucher nicht durchgesetzt wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, für die Dieselauto-Besitzer ist es außerordentlich wichtig, sich zusammenzuschließen, um in diesen Musterklagen überhaupt die Chance zu haben, bei den Automobilkonzernen etwas zu erreichen.

Nun komme ich zu den einzelnen Anträgen. Frau Steiner hat noch einmal gesagt, dass der CDU-Antrag die Ablehnung von Fahrverboten beinhaltet. Das haben wir alle ausgeführt. Natürlich können wir sagen, dass wir Fahrverbote ablehnen. Trotzdem wird es Fahrverbote geben, weil die Verwaltungsgerichte diese bei entsprechenden Schadstoffimmissionen aussprechen werden, ob wir uns dafür einsetzen oder nicht.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Was sagen die Oberverwaltungsgerichte?)

Es ist vollkommen hohle Luft, wenn wir das beschließen. Wir müssen nämlich etwas dafür tun, dass die Schadstoffimmissionen zurückgehen, und nicht sagen, dass wir keine Fahrverbote haben wollen. Wir wollen keine Fahrverbote, aber wenn das Verwaltungsgericht diese tatsächlich verhängt, können wir 100 000 Mal hier in der Bürgerschaft sagen, dass wir sie nicht wollen, sie werden dann tatsächlich durchgesetzt.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Punkt zwei Ihres Antrages bezieht sich, wie gesagt, nur auf die Verwaltung, senatorische Dienststellen und die BSAG. Die BSAG führt zurzeit Testversuche mit Elektrobussen durch und wertet diese aus. Sicherlich wird es zukünftig mehr Elektrobusse geben. Ein großes Problem ist aber, dass gerade die Elektromobilität im Moment noch sehr viel mehr Geld kostet als die normalen Antriebsarten. Der Dieselantrieb bei Lkw und auch bei den Bussen ist allerdings hinsichtlich der Schadstoffemissionen wesentlich besser als bei den Dieselaautos, über die wir die ganze Zeit reden.

(Abg. Strohmam [CDU]: Richtig! Das stimmt!)

In den Verwaltungen, in den senatorischen Dienststellen und Eigenbetrieben könnte man durchaus mehr Elektromobilität haben. Das Problem ist aber, dass die Zuschüsse, die jetzt überall für die Anschaffung von Elektromobilität gezahlt werden, nicht für die Verwaltungen, Gemeinden und Städte gelten, wie wir das nun einmal sind. Ich muss Ihnen nicht sagen, dass wir erstens in einem Haushaltsnotlageland sind und zweitens nach dem Haushaltsrecht natürlich auch die Wirtschaftlichkeit beachten müssen. Leider steht im Haushaltsrecht relativ wenig zum Umweltschutz.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Ich dachte, ihr macht die nachhaltige Beschaffung!)

Bei der Wirtschaftlichkeit zählen die nackten Zahlen. Wenn ein Elektrofahrzeug mindestens die Hälfte mehr als ein normales Fahrzeug kostet, dann muss man sich das wirklich überlegen und eventuell auf Alternativangebote, auf Carsharing, ausweichen, wie wir das fordern und in der Verwaltung auch schon häufig machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade das Carsharing geht immer mehr auf Elektromobilität. Deswegen springt Ihr Antrag viel zu kurz. - Vielen Dank!

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Kappert-Gonther hat eben gesagt: Wenn sich der Verkehr „knubbelt“. Das finde ich süß. Wissen Sie, was helfen würde? Eine vernünftige grüne Welle. Die würde ich mir öfter wünschen, zum Beispiel am Utbremer Ring und bei der Parkallee. Das würde ein wenig helfen, das Ganze in den Griff zu bekommen.

(Beifall FDP)

Wenn wir aber ehrlich sind, liegt das Hauptproblem hinsichtlich der Feinstaubemissionen vor allem bei den Aufwirbelungen und beim Reifen-, Bremsen- und Straßenabrieb. Fakt ist, dass das auch bei E-Autos zutrifft.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um Stickoxide, Frau Steiner, es geht nicht um Bremsen!)

Die Wiederaufwirbelungen gibt es bei E-Autos genauso wie bei Verbrennungsmotoren. Der Staub von Bremsen macht ein Fünftel der verkehrsbedingten Feinstaubemission aus.

Auch marode Straßen sind ein Problem. Wir würden uns wünschen, dass man noch mehr in die Infrastruktur investiert, denn auch schadhafte Fahrbahnbeläge können zu hohen Feinstaubemissionen führen.

Zur getrennten Abstimmung kündige ich an, dass wir den Punkten eins, zwei und drei des Antrags der Koalition zustimmen und die Punkte vier und fünf ablehnen werden. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich über die zwischendurch bei Einzelnen einsetzende Heiterkeit etwas gewundert, weil ich das für ein ernstes Thema halte.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Überschriften der beiden Anträge heute handeln von Fahrverboten und vom Dieselskandal. In Wirklichkeit geht es um Klimaschutz, Luftreinhaltung und die menschliche Gesundheit. Es geht aber auch um einen der größten Industrieskandale Europas - das ist mehrfach angesprochen worden -, es geht um einen massenhaften Verbraucherbetrug, wie ich ihn mir nicht hätte vorstellen können, und es geht auch - das ist meiner Meinung nach ein bisschen zu kurz gekommen - um eine desaströse Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung und ein vollständiges politisches Versagen der Kanzlerin bei den Versuchen, diese Krise zu lösen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dass wir heute an diesem Punkt sind, hat andere Gründe, als die, die der Abgeordnete Schäfer vorhin erläutert hat. Das hing nicht ausschließlich mit den Dieselsubventionen zusammen, sondern damit, dass ungefähr im Jahr 2000 die Europäische Union zwei politische Ziele auf den Weg gebracht und verbindlich mit den Mitgliedstaaten vereinbart hat. Das eine war das Ziel der Luftreinhaltung, das andere war das Ziel des Klimaschutzes, sodass die Autos weniger Treibhausgase emittieren dürfen.

Im Jahr 2000 wurde zum einen die europäische Luftreinhaltungsrichtlinie verabschiedet, die im Jahr 2010 in Kraft getreten ist. Heute, sieben Jahre später, halten wir diese Grenzwerte in über 60 Städten Deutschlands immer noch

nicht ein. Damals wurden zum anderen auch die verbindlichen CO₂-Standards für Kraftfahrzeuge festgelegt. Es war von Anfang an klar, dass die Kraftfahrzeuge einen Großteil der Schadstoffemissionen verursachen, die für die Luftqualitätsrichtlinie wichtig sind. Die Schadstoffminderungen in der Luft, die in den vorherigen Debatten angesprochen worden sind, betreffen Stickoxide von den großen Industrieanlagen wie Zementwerken, Müllverbrennungsanlagen und Stahlwerken, aber nicht Pkw. In Bezug auf Pkw hat man bisher wenig getan.

Die Hersteller haben auf diese doppelte Herausforderung, einerseits weniger Schadstoffe, andererseits weniger CO₂ zu emittieren, mit der Strategie reagiert, verstärkt auf den Dieselantrieb zu setzen, weil er eine bessere CO₂-Effizienz hat, Partikelfilter einzubauen, um das Feinstaubproblem in den Griff zu bekommen, und kompaktere Motoren mit höherer Leistungsdichte zu entwickeln, die auf kleinem Raum mehr Energie freisetzen. Dabei haben sie nicht bedacht, dass die Motoren hierdurch heißer werden und dass mehr Stickoxide emittiert werden.

Die Hersteller haben nicht leichtere oder effizientere Fahrzeuge gebaut. Im Gegenteil, die ganze Pkw-Entwicklung ist meiner Meinung nach in eine völlig falsche Richtung gegangen. Unsere Straßen werden mehr und mehr mit SUVs gefüllt. Wir bekommen Kritik, weil wir in den Parkhäusern die Stützfeiler, die für die Statik notwendig sind, nicht so versetzen, dass zwei SUVs nebeneinander parken können.

Durch den Effekt der Partikelfilter sind die Feinstaubwerte Jahr für Jahr ein Stück gesunken - das war auch ein bisschen meteorologisch beeinflusst - und die Stickoxide konstant geblieben, also nicht gesunken. Das haben wir in der Deputation, seitdem ich hier im Amt bin, Jahr für Jahr in den Luftreinhalteberichten der Verwaltung lesen können. Das haben wir seit mindestens fünf Jahren beobachtet und gewusst. Wir haben uns immer gefragt, woran das liegt.

Die Bundesregierung hat alle diese Hinweise verschlafen. Sie hat sie nicht zur Kenntnis genommen. Obwohl Bundeskanzlerin Merkel Physikerin ist, haben sie und ihre Verkehrsminister - Dobrindt und zuvor Ramsauer - es versäumt, den Dingen nachzugehen und das Kraftfahrt-Bundesamt genauer nachschauen zu lassen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Jetzt haben Sie aber vollständig auf Wahlkampfmodus umgeschaltet! Mannomann!)

Am Ende hat man sich vor zwei Jahren von der amerikanischen Umweltagentur EPA vorführen lassen. Die hat nämlich nachgewiesen, dass der deutsche Hersteller Volkswagen mit Schummel-Software gemogelt und die Abgasreinigung abgeschaltet hat.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wenn Sie sich mit einer solchen Leidenschaft einmal um Bremer Themen kümmern würden!)

Seitdem kommt die Wahrheit häppchenweise ans Licht. Wir wussten ja schon, dass die Fahrzeugtests mit übermäßig aufgepumpten Reifen, angelegten Rückspiegeln, abgeschraubten Antennen und abgeklebten Türgriffen manipuliert werden, um den Windwiderstand zu minimieren. Wir wussten aber nicht, dass eine Software eingerichtet wird, die bei bestimmten sogenannten Thermofenstern die Stickoxidminderung abschaltet, um angeblich den Motor zu schonen. Bei einem Hersteller passierte das bei kühleren Temperaturen als 10 Grad Celsius und bei Opel unter 17 Grad Celsius. Alles das ist gemacht worden, weil man wusste, dass auf dem Rollenprüfstand die Temperatur 20 Grad beträgt und man dabei nicht erwischt wird.

Das Ziel der Hersteller war es, die Abgasreinigung so oft wie irgend möglich abzuschalten und so viel wie möglich an dem Harnstoff Ad-Blue zu sparen, der in die viel zu kleinen Tanks hineingegeben wird, um nur in der Typzulassung diese Tests zu bestehen. Das heißt, man hat keine Produktstrategie entwickelt, die wirklich geeignet ist, sowohl die Treibhausgase als auch die Luftschadstoffe zu minimieren.

Machen wir uns nichts vor: Die Hersteller haben das absichtlich getan. Sie haben gemeinschaftlich verabredet, so zu handeln. Sonst wären sie nicht alle bei den gleichen Strategien angekommen. Sie haben das gemacht, obwohl sie wussten, dass die Schadstoffe die Menschen krank machen. Das heißt, die Hersteller haben über viele Jahre in Kauf genommen, dass Zehntausende von Menschen in Deutschland schwere Atemwegserkrankungen bekommen und viele von ihnen vorzeitig sterben. Sie haben geglaubt, dass wir alle so dumm sind, dass sie damit durchkommen, ohne eines Tages erwischt zu werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles hat die Bundesregierung über all die Jahre gedeckt. Sie hat nicht kontrolliert, warum die Stickoxidwerte nicht heruntergehen. Sie weigert sich bis heute, es als eine Rechtsverletzung anzuerkennen, dass die Thermofens-

ter dafür sorgen, dass der Filter über die Hälfte des Jahres abgeschaltet ist, nämlich im Winterhalbjahr, wenn die Schadstoffwerte in den Städten hoch sind, wenn gefeuert wird und die Heizungen in Betrieb sind. Das kann ich nicht verstehen.

Nach zwei Jahren Untätigkeit hat die Kanzlerin am 2. August zu einer Plauderrunde in das Kanzleramt eingeladen. Was ist dabei herausgekommen? Dabei ist herausgekommen, dass die angesprochenen Softwaresteuerungen die Emissionen vielleicht um zehn Prozent senken werden. Das wird mit mehr Kraftstoffverbrauch und höheren Emissionen anderer Schadstoffe erkauft. Insgesamt ist das also ein Nullsummenspiel für die Umwelt. Das bringt im Ganzen überhaupt nichts.

Man hat außerdem noch Umweltprämien erreicht, die Verbraucher bekommen, wenn sie ihre alten Wagen gegen neue umtauschen, ohne zu wissen, ob sie ein sauberes Auto bekommen. Die realen Messungen der neuen Autos zeigen, dass sie die Grenzwerte ebenfalls fünf-, zehn- oder fünfzehnfach überschreiten. Das ist also eine reine Luft- und Betrugsnummer. Das will uns die Kanzlerin als erfolgreiche Politik verkaufen. Meine Damen und Herren, das löst die Probleme der Städte nicht. Das ist reine Augenwischerei.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Eines, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie, glaube ich, bis heute nicht verstanden. Sie wenden sich in dieser Debatte gegen die Fahrverbote, als ob das eine politische Frage wäre. Nein, das ist keine politische Frage. Dies hat den Raum der Politik längst verlassen, zumindest hier in Deutschland. Es gibt genau zwei Treiber für die Fahrverbote. Das eine sind die Verwaltungsgerichte und demnächst auch die Oberverwaltungsgerichte, die die Städte verurteilen, solche Fahrverbote zu verhängen. Das andere ist die Europäische Kommission, die die Bundesregierung mit einem Vertragsverletzungsverfahren überzieht, weil wir die Grenzwerte der Luftqualitätsrichtlinie, die wir seit 2010 einhalten müssten, bis heute in über 60 Städten nicht einhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich kenne keine einzige Politikerin und keinen einzigen Politiker, die bzw. der für Fahrverbote ist. Es ist ein völliges Missverständnis, dass hier immer wieder dieser Eindruck entsteht. Ich kenne auch keine Politiker und Politikerinnen der Grünen, die für Fahrverbote sind. Wir sind einzig für

wirksame Maßnahmen, damit Gerichte diese Fahrverbote nicht verhängen müssen.

Das heißt, dass wir saubere Motoren und ehrliche Messungen brauchen. Das ist ganz wichtig. Das kommt jetzt von Brüssel. Die Bundesregierung hat sich unter den Mitgliedstaaten der EU am längsten gegen Messungen der Real Driving Emissions gewehrt. Am längsten hat die Bundesregierung versucht, das zu verhindern, so wie sie auch andere Abgasstandards bei Autos in der Vergangenheit verhindern wollte. Wir brauchen diese Messungen. Wir brauchen eine echte Hardware-Nachrüstung bei den Bestandsfahrzeugen, die nicht zulasten der Verbraucher und Steuerzahler, sondern zulasten derer geht, die uns alle über Jahre betrogen haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich müssen wir die Steuerprivilegien für den Diesel abschaffen. Auch das ist angesprochen worden.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen andere europäische Länder schon lange!)

Eines ist mir noch ganz wichtig: Wenn alle diese Maßnahmen wirken, dann müssen wir unterscheiden können, welche Autos sauber sind und welche nicht. Ansonsten haben die Verbraucher kein Vertrauen. Sie wissen nicht, was sie kaufen sollen. Es ist heute angesprochen worden, dass das möglicherweise den Herstellern schadet.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Hier ist die Antwort auf das, was dieser Skandal zur Folge hat. Die Verbraucher lassen die Finger von Dieselfahrzeugen, weil sie nicht wissen, welchem Wagen sie vertrauen können. Damit sie das wissen und erkennen können, ist die blaue Plakette erforderlich. Auch für die betroffene Kommune, die die 40 Mikrogramm nicht einhält, sondern bei 80 oder 120 Mikrogramm liegt und etwas tun muss, weil das Verwaltungsgericht dies sagt, ist die blaue Plakette wichtig, um unterscheiden zu können, welche Fahrzeuge sauber sind, so dass man sie in die Stadt fahren lassen kann, und welche Fahrzeuge nicht sauber sind.

Ich spreche mich für die blaue Plakette in Bremen aus, weil ich weiß, dass auch Bremer Autofahrerinnen und Autofahrer irgendwann nach Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart oder München fahren wollen. Auch dort wollen sie freie Fahrt haben. Hamburg ist das erste

Bundesland, das Fahrverbote auf der Stresemannstraße und der Max-Brauer-Allee angekündigt hat. Dort muss fast jeder entlang, der nach Hamburg hineinfährt. Das sind Straßen, auf denen Sie mit ihrem Auto fahren wollen, wenn Sie ein neues Auto haben. Sie sehen doch nicht ein, dass dort ein Verbotsschild aufgestellt wird. Deswegen müssen wir Fahrzeuge unterscheiden können. Solange wir keine Unterscheidung haben, wird der Käuferstreik anhalten.

Meine Damen und Herren, das ist schädliche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Versäumnis schadet den Herstellern und führt dazu, dass Dieselfahrzeuge zunehmend unverkäuflich werden. Wir haben in Deutschland und in England zweistellige Einbrüche bei den Dieserverkaufszahlen in den Exportmärkten zu verzeichnen. Die Autoindustrie ist eine Exportindustrie. In den USA ist der Dieseleanteil kleiner als drei Prozent, in Japan beträgt er zwei Prozent, in China ein Prozent und in Brasilien null Prozent. Das sind die Märkte, die man mit dieser Mogel-Strategie erobern wollte. Die Quittung dafür hat man jetzt bekommen.

Meine Damen und Herren von der CDU, eines kann ich mir zum Abschluss nicht verkneifen. Sie haben mir gestern in der Debatte eine ganze Menge an den Kopf geworfen. Vieles davon fand ich grenzwertig. Einiges habe ich persönlich auch als Grenzüberschreitung empfunden. Das lasse ich jetzt einmal so stehen. Aber bemerkenswert fand ich die Ehrlichkeit, mit der Sie Ihre Haltung deutlich gemacht haben, dass Ihnen die Menschen und ihr Wohlergehen in dieser Stadt vollkommen egal sind, solange nur die Autos rollen. Sie haben noch einmal betont: Jede B 6n ist besser als keine B 6n. Wenn sie den Menschen durch die Kleingärten fahren, ist das in Ordnung. Sie haben den Monsterknoten bei der A 281 gestern noch einmal verteidigt.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ganz genau!)

Heute sagen Sie uns, wir sollen Dieselaautos überall fahren lassen, egal wie krank die Menschen werden.

Meine Damen und Herren, das ist nicht die Politik, die ich mir für Bremen wünsche. Das ist auch nicht die Politik, die ich mir für Deutschland wünsche. Deshalb wünsche ich mir einen Politikwechsel in Berlin. - Vielen Dank!

(Starker Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 19/1101 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR]), Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Bürgerschaft (Landtag) den Antrag ablehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über die Ziffern eins bis drei des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern eins bis drei des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 19/1197 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Tassis [AfD], Abg. Frau Wendland [parteilos],

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, BIW, Abg. Schäfer [LKR])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern eins bis drei des Antrags zu.

Ich lasse jetzt über die Ziffern vier und fünf des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern vier und fünf des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 19/1197 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abg. Patrick Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [Afd])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern vier und fünf des Antrags zu.

Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und DIE LINKE
vom 29. Juni 2017
(Drucksache 19/1139)

Wir verbinden hiermit:

Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1234)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute Abend zwei Anträge, zum einen den Antrag „Bremens Stärken besser für Gründungen und Start-ups nutzen“ und zum anderen den Antrag „Innovationspolitik im Land Bremen neu aufstellen“.

Lassen Sie mich zu dem ersten Antrag, dem Start-up-Antrag, damit beginnen, dass ich mich bei allen demokratischen Fraktionen dieses Landtages bedanke, die alle gemeinsam und, wie ich finde, mit großer Mühe diesen Antrag

auf den Weg gebracht haben. Das Ganze begann damit, dass wir auch die Start-up-Szene einbezogen haben. Danach hat Fraktion für Fraktion diesen Antrag noch verbessert. Ich freue mich über das Ergebnis. Ich glaube, dass es ein gutes ist und dass die Start-ups neben Existenzgründungen allgemein als Thema sehr wichtig sind.

Start-ups stehen für die Prosperität einer Region. Sie sind super wichtig für uns. Sie fördern durch den Wettbewerb, den sie initiieren, die Innovationsfähigkeit regionaler Unternehmen. Insofern fördern sie auch die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Sie sind für einen erfolgreichen Strukturwandel notwendig. Wir alle kennen das. Irgendwann brechen Alt-Industrien und an diesen Standorten Strukturen und Arbeitsplätze weg. Das muss kompensiert werden. Das kann nur durch vitale, agile und zukunftsorientierte Unternehmen geschehen. Das sind Start-ups mit einer hohen Wachstumsrate.

Start-ups bieten Beteiligungschancen für etablierte Unternehmen. Für diese ist es interessant, sich an Start-ups zu beteiligen, weil sie ihre eigene betriebliche Wettbewerbsfähigkeit darüber fördern, ihr eigenes Wachstum mitorganisieren können, die Innovationsfähigkeit und auch den eigenen Strukturwandel im Unternehmen mithilfe solcher Beteiligungen oder durch die Einbindungen derartiger Start-ups nach vorn bringen können.

Was ist für Start-ups wichtig? Für sie ist es neben der Netzwerkmöglichkeit mit diversen Strukturen, die sie brauchen - darauf gehe ich später noch ein, wenn es die Zeit zulässt -, extrem wichtig, dass sie vernünftig mit Kapital ausgestattet werden. Stichwort Wagniskapital. Ich denke, dass wir im Bereich der Seed-Finanzierung, also ganz am Anfang der Gründungsfinanzierung, sehr gut sind, aber im Bereich Wachstumsfinanzierung noch eindeutig Potenzial erschließen können und müssen.

Darum fordern wir in diesem Antrag, die Bremer Aufbau-Bank zu stärken und die Beteiligungsmöglichkeiten an Start-ups auszubauen. Ich freue mich, dass Herr Stapp als Geschäftsführer der Bremer Aufbau-Bank hier ist. Vielen Dank für Ihr Interesse! Ich denke, es ist wichtig, dass die Bremer Aufbau-Bank die Möglichkeit bekommt, noch stärker als bisher in das Wachstum von Unternehmen zu investieren.

(Beifall SPD, FDP)

Wir fordern das aber nicht isoliert, sondern wir fordern ebenfalls, dass auch das private Engagement großer Unternehmen verstärkt er-

möglichst wird. Ich habe gehört, dass es insofern beihilferechtliche Probleme gibt, dass also Unternehmen ab einer gewissen Größe Schwierigkeiten bekommen, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen. Auch das muss geheilt werden. Dafür muss es Wege geben.

Wir halten es für notwendig, dass die Bremer Aufbau-Bank einen Beirat, bestehend aus mittelständischen Bremer Unternehmerinnen und Unternehmern, erhält, sodass Expertise durch diese Menschen in diesen Beirat einfließt und dadurch frühestmöglich die Marktfähigkeit der Start-ups evaluiert wird und auch die weltweiten Geschäftskontakte dieser Unternehmerinnen und Unternehmer genutzt werden, um die Start-ups zu unterstützen. Hauptziel dieser Idee ist es, ein gemeinschaftliches finanzielles Engagement von Bremer Aufbau-Bank und Privatunternehmen aus Bremen zu organisieren. Ich denke, wenn sich ein privates Unternehmen, das weiß, wie bestimmte Geschäftsideen einzuschätzen sind, an einem Unternehmen finanziell beteiligt, dann kann das für die Bremer Aufbau-Bank durchaus ein Beleg dafür sein, dass dieses Geschäftsmodell Zukunft hat.

Eine weitere Idee, die vielleicht nicht ganz so leicht umsetzbar ist, die wir aber dennoch in den Antrag aufgenommen haben, ist die eines Start-up-Fonds. Wir meinen, es könnte für die Ansiedlung von Start-ups ein echter Wettbewerbsvorteil sein, wenn wir einen solchen Start-up-Fonds hätten.

(Glocke)

Das ist auch eine gute Anlagemöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt im Sinne der Standortförderung.

Ich habe gehört, dass die Glocke hinter mir geklingelt hat. Vielleicht darf ich noch einen letzten Satz zum Thema Vernetzung sagen.

Das zweite wichtige Thema neben der Kapitalausstattung ist das der Vernetzung. Ich habe es schon angesprochen. An dieser Stelle möchte ich dem Senat und auch der Aufbau-Bank für die Idee danken, ein START Haus zu planen und in Kürze umzusetzen. Wir halten das für richtig. Sie kommen damit auch unserer Forderung nach, die Instrumente der staatlichen Wirtschaftsförderung für Gründerinnen und Gründer und Start-ups durch Fokussierung zu stärken.

Ich werde ein zweites Mal nach vorn kommen und das weiter ausführen. - Vielen Dank an dieser Stelle!

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich riesig darüber, dass wir heute ein gemeinsames Signal aller Fraktionen für Gründungen und Start-ups setzen können. Das ist unglaublich wichtig. Vielen Dank an Herrn Kottisch, der dieses Vorhaben eingeleitet und maßgeblich mit unterstützt hat.

(Beifall FDP, SPD)

Gründer brauchen zuallererst eine Vision, dann ein Geschäftskonzept und dann eine riesige Portion Mut, ihre Träume Wirklichkeit werden zu lassen. Wer gründet, nimmt seine Existenz selbst in die Hand, stellt sich dem harten Wettbewerb mit anderen und riskiert auch ein Scheitern. Für Bremen ist eine bunte Unternehmenslandschaft mit vielen Gründungen und Start-ups belebend und ein absoluter Mehrwert. Eine gelebte Gründerkultur bringt viele junge Menschen ins Land, die Lust haben, Neues zu erschaffen, die für ihre Ideen brennen und hier im Land Bremen etwas ausprobieren wollen.

(Beifall FDP)

Daher gibt es auch einen harten Wettbewerb um die besten Standorte für Gründer, wie wir wissen. Gründung ist zurzeit in aller Munde. Gerade die Stadtstaaten Hamburg und Berlin ziehen in Deutschland besonders viele Gründerinnen und Gründer an. Aber auch Städte wie München und Leipzig tun ganz viel dafür. Bremen hinkt aktuell mit den Gründerzahlen leider noch etwas hinterher. Das können wir heute mit diesem Antrag hoffentlich ändern und damit einen ersten wichtigen und guten Schritt tun.

Ich finde es großartig, dass von allen ein großer Schritt getan wird, um Bremen zur Start-up-City zu machen. Gründer und Gründerinnen brauchen insbesondere Unterstützungsleistungen. Ich möchte daher einige Punkte dieses Antrages herausstellen, die aus unserer Sicht besonders wichtig sind.

Erstens finden wir es wichtig, dass zukünftig Beteiligungen bis zu 800 000 Euro an Neugründungen über das EFRE-Programm möglich sind. Wir finden es genauso wichtig, dass ein Beirat aus mittelständischen Unternehmen installiert wird, der näher am Markt ist und den Gründungen tatsächlich helfen kann. Diese Unternehmen sind bei solchen Vorhaben eine

wichtige Stimme, haben den Blick aus der Praxis und auch diverse Möglichkeiten, Türen zu öffnen. Oft fehlt es den Gründern nicht nur an Geld. Genauso viel wert ist auch die Beratungsleistung eines Mentors, der Kontakte knüpft, Türen öffnet und dabei hilft, das Geschäftsmodell zu überdenken und neue Wege zu beschreiten. Genauso wichtig ist es am Anfang auch, jemanden zu haben, der hilft, die ersten Strukturen aufzubauen.

Zweitens sind wir besonders erfreut darüber, dass wir mit diesem Antrag zur Gründung eines Bremer Start-up-Fonds beitragen, an dem sich auch ganz normale Bürger, Unternehmen, Banken und Versicherungen beteiligen können. Es ist super, dass frei entschieden werden kann, an wen Gelder aus dem Fonds vergeben werden, und dass nicht ausschließlich technik- oder innovationsgetriebene Unternehmen profitieren werden. Damit gibt man vielen neue Chancen, die bisher oft an Hürden gescheitert sind, wenn ich zum Beispiel an den High-Tech-Gründerfonds auf Bundesebene denke, der vielen gar keine Möglichkeiten eröffnet.

Der dritte Punkt, der mir an diesem Antrag besonders gefällt, ist die starke Mittelstandsbezogenheit. Wir haben sie mit dem Beirat bei den Beteiligungen, bei der Förderung von Netzwerken, und wir sehen das auch beim Vorantreiben des Themas Start-ups als betriebliches Innovationsinstrument. Das gefällt mir und ist richtig. Ich freue mich, dass wir insoweit gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall FDP)

Wenn es um den Mittelstand geht, geht es aber nicht nur um Start-ups. Deshalb möchte ich noch etwas anderes zu dem gemeinsamen Antrag sagen. Ich meine, wenn wir den gemeinsamen Antrag zur Gründung als Startschuss als echte Gründungs- und Start-up-Strategie für das Land Bremen begreifen, dann können wir auch den heutigen Antrag von CDU und FDP als Anfangspunkt einer neuen Innovationsstrategie begreifen.

(Beifall FDP)

Eine Innovationsstrategie dreht sich nicht nur um Gründungen und Start-ups. Sie sieht das Thema ganzheitlicher und stärker aus der mittelständischen Innovation heraus. Dabei geht es beispielsweise um das Thema einer regionalen Forschungs- und Entwicklungsplattform. Dabei reden wir auch über nachprüfbare Meilensteine und eine Weiterentwicklung der Clusterpolitik.

Das alles sind aus unserer Sicht richtige und wichtige Themen. Daher würden wir uns freuen, wenn Sie zusätzlich auch dem weitergehenden Antrag zustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Ansatz einer fraktionsübergreifende Initiative zum Thema Start-ups gern aufgegriffen. Dafür auch von unserer Seite einen herzlichen Dank an den Kollegen Kottisch.

Diese Initiative greift die Diskussionen der letzten Jahre mit auf. Wenn in der Wirtschaftsdeputation diese Fragestellungen im wiederkehrenden Rhythmus vonseiten des Ressorts oder der Koalition aufgegriffen wurden, wurde nämlich immer gefragt: Was habt ihr denn? Es ist doch alles in Ordnung! Wo ist das große Problem an dieser Stelle?

Ich glaube, fraktionsübergreifend besteht die Erkenntnis, dass mehr getan werden muss und dass wir erheblich mehr Gas geben müssen, um Bremen für Start-ups und Gründer attraktiver zu machen, ohne die Ansätze und die Initiativen, die es schon gibt, negieren oder schlechtreden zu wollen. Das wird ja immer sofort reflexartig gesagt, wenn man den Finger erhebt. Es muss einfach mehr gemacht werden. Wenn man sich die Indikatoren anschaut, gibt es schon gewisse Zusammenhänge, die darauf hinweisen, dass nicht alles optimal ist.

Die erste Aussage lautet also, dass wir uns als CDU-Fraktion mit dem Ansatz in unserer grundsätzlichen Haltung, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden muss, mehr als bestätigt sehen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der weitergehende Antrag zum Thema Innovationspolitik, den Frau Steiner eben schon angesprochen hat. Leider hat der Kollege Kottisch noch nicht sagen können, wie sich die Koalition zu dem Antrag einlassen wird. Da er von uns gekommen ist, vermute ich, dass er reflexartig abgelehnt werden wird. Aber ich glaube, das wäre zu kurz gedacht. Wenn man sich die Studie des Hamburger WeltWirtschaftsinstituts aus dem Jahr 2015 anschaut, die auf Initiative der Handelskammer entwickelt worden und mit „Impulse für die Innovationspolitik im Land Bremen“ überschrieben ist, gibt es hier einen sehr starken Handlungsbedarf. Hier schließt sich auch der Kreis, auf der einen Seite die Gründerszene zu verstärken

und auf der anderen Seite den programmatischen und inhaltlichen Background dieses Politikfeldes deutlich zu machen und weiter zu fördern.

Vor diesem Hintergrund hat mich das Interview des Staatsrats, welches wir heute im „Weser-Kurier“ lesen konnten, ein bisschen überrascht. In den letzten zwei Jahren war er offensichtlich auf einer verkehrten Veranstaltung. Wenn man das ein ironisch formulieren wollte, könnte man sagen, dass politische Trittbettfaherei praktiziert wurde. Aber das werde ich in diesem Zusammenhang natürlich nicht tun.

Nach den „Impulsen für die Innovationspolitik im Land Bremen“ - ich möchte das jetzt nicht im Einzelnen vorlesen, weil ich sonst eine verlängerte Redezeit bräuchte - müssen die offensichtlichen Schwächen des bremischen Innovationssystems erkannt werden, müssen Einseitigkeiten überwunden werden und muss systemisch gedacht werden, müssen Innovationsdialoge eingerichtet und Kooperationen gefördert werden, muss ein umfassendes Konzept entwickelt werden. Auch müssen Stärken in neuen Bereichen hervorgebracht werden. Das ist einer der wesentlichen Punkte. Die Themenfelder, die als Cluster, als Innovationsfelder, identifiziert worden sind, sind vor 10 bis 15 Jahren identifiziert worden. Da fehlt die Erneuerung, da fehlt das Update.

Der öffentlich-private Innovationsfonds geht in Richtung der Frage, die Herr Kollege Kottisch in dem Antrag der Fraktionen aufgeworfen hat. Auch die Themen der Scharnierbranchen und der Weiterentwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft sind in dem gemeinsamen Antrag aufgeführt.

Das zeigt, dass wir weiterdenken müssen und dass es erhebliche Handlungsbedarfe gibt. Deswegen hoffe ich - die Hoffnung stirbt zuletzt, das habe ich schon das eine oder andere Mal kennenlernen dürfen und müssen -, dass dem zugestimmt wird. Aber ich vermute, dass sich die Koalition an dieser Stelle wieder zurückhalten wird nach dem Motto: So schlimm ist das alles gar nicht! Das machen wir alles schon! Das sind ja die normalen Stichworte, Herr Bücking. Ist Ihr Redebeitrag, den Sie gleich halten werden, so?

(Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Das ist klar. Ich bin aber optimistisch, dass Sie beim Thema Start-ups irgendwann so einsichtig sind wie beim Thema Innovation, dass wir uns spätestens in zwei Jahren hier wiedersehen und Sie uns mit einem Antrag beglücken

werden, den wir dann natürlich mit großer Freude und Hoffnung wieder gemeinsam unterschreiben werden. Wenn dies das Ergebnis eines solchen Ansatzes ist, dann gern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit verlieren wir aber leider Zeit. Das ist das Ärgerliche dabei. - Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abg. Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist alles prima, was wir machen. Wir sehen keinen Anlass, den Vorstoß von Herrn Kastendiek aufzugreifen. In der Tat glaube ich aber, dass es eine kluge Idee ist, diese beiden Themen, Innovation und Förderung der Start-ups, in einem Atemzug zu diskutieren. Die Themen hängen sehr eng zusammen. Das wird jeder bestätigen können, der sich genauer damit beschäftigt.

Wir schreiben in dem Antrag, der auf die Koalition zurückgeht, dass die Start-ups wissensbasierte Geschäftsideen verfolgen. Diese wissensbasierten Geschäftsideen sind oft sozusagen an der Kante der bisher entwickelten Vorgänge und wirklich etwas Neues, ein Schritt in Richtung Zukunft mit neuer technologischer Basis, einer neuen Geschäftsidee und einem neuen Anwendungsfall von technischem und wirtschaftlichem Wissen. Das hängt in der Tat ganz eng mit der Innovationsfähigkeit der Stadt zusammen. Dies ist offenkundig.

Aber der Reihenfolge nach! Ich glaube, wir sind in Bezug auf das Gründungsgeschehen in der Stadt eher noch schwach. Wir sind nicht auf dem Niveau, das man sich für eine Stadt wie Bremen wünschen muss, insbesondere deswegen, weil die Aufgaben so groß sind. Wenn man sich die Bremer Wirtschaftsstruktur anschaut, sind wir in einer Situation, in der wir eine exquisite Wissenschaftslandschaft haben, in die enorm viel öffentliches Geld fließt und die sich in letzter Zeit ausgezeichnet weiterentwickelt hat. Das geschah im Übrigen durchaus auf der Grundlage von Impulsen, die die Große Koalition gegeben hat, die aber, wie man weiß, seit Langem nicht mehr regiert, sodass wir einen großen Teil der Verdienste uns zuschreiben. Trotzdem ist das eine gemeinsame Anstrengung der Bremer Politik über einen langen Zeitraum gewesen, und es ist eine sehr wertvolle Anstrengung gewesen.

Diese große staatliche Leistung hat in der Wirtschaft der Stadt eine noch zu geringe Wir-

kung. Wenn Sie genau hinschauen, müssen Sie das bestätigen. Rund um unseren Spitzentechnologiebereich im Wesentlichen in der Raum- und Luftfahrt ist es in hohem Maße der Fall, dass Forschungs- und Entwicklungsleistungen erbracht werden, mit allen Konsequenzen Ingenieure eingestellt und Innovationen erzeugt werden. Aber schon bei der Hochtechnologie – das ist das, was man dem Fahrzeug- und Maschinenbau zuordnet - ist das keineswegs der Fall. Das erklärt die Zahlen.

Wenn Sie genauer in die beiden Gutachten hineinschauen, die unserer Debatte unter anderem zugrunde liegen, werden Sie das bestätigt finden. Bisher erzeugt die wissenschaftliche Exzellenz der Universitäten eine noch zu geringe Wirkung in der Erneuerung der wirtschaftlichen Basis der Stadt. Das müssen wir dringend genau anschauen und ändern.

An der Kante dieser großen Wissenschaftsinstitutionen geht es so zu, dass die Absolventen der Hochschulen, der Technischen Hochschulen, der MINT-Fächer, im großen Stil in der Bremer Industrie unterkommen. Das ist die erste, auf die Ausbildung der Fachkräfte bezogene Wirkung dieses Wissenschaftsbereichs. Das Zweite sind die Ausgründungen. Das Dritte sind die selbstständigen Gründungen der Absolventen. Auf diesem Gebiet sind wir vergleichsweise immer noch schwach.

Mit dem Antrag, der die Entwicklung der Start-ups fördern soll, versuchen wir, im kleinen Maßstab das zu organisieren, was wir jetzt dazu beitragen können, zum Beispiel eine Adresse, an der man alles findet - das START-Haus -, die Konzentration von Mitteln und die Beratung, die den Gründern zur Verfügung gestellt werden, und die Vernetzung mit den Wissenschaftsinstitutionen und der hiesigen Wirtschaft. Das scheint mir insgesamt eine kluge Idee zu sein. Ich hoffe sehr, dass das klappt.

Ich finde aber, ein weiterer Gedanke muss unbedingt ausgesprochen werden. Es gibt nicht einfach nur einen Mangel den Strukturen, die wir immer neu nachjustieren müssen, sondern es geht auch um die Fragen, ob sich genug Unternehmerinnen und Unternehmer in dieser Stadt finden, ob sich neue Unternehmen bilden, ob es für junge Leute attraktiv ist, sich zu entscheiden, als Selbstständige oder als Selbstständiger etwas zu riskieren. Ich glaube, das ist ein Teil des Problems. Wir haben zu wenige von diesem Typus Mensch in dieser Stadt. Wir sollten uns fragen, ob wir mit der Art und Weise, wie wir diese Stadt politisch repräsentieren - damit meine ich Opposition und Regierungskoalition -, immer alles tun,

was notwendig ist, um das hervorzubringen. Deswegen finde ich es gut, dass es gelungen ist, einen Start-up-Antrag aller Fraktionen dieses Hauses einzubringen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Er lädt uns ein, ein bisschen strammer darüber nachzudenken, was wir dazu beitragen können. Ich finde den schrillen Ton von Frau Steiner nicht immer gut, aber dass sie sich sozusagen als selbstbewusste Unternehmerin in die Debatte einbringt, finde ich absolut sinnvoll. Es wäre mir lieb, wenn es noch ein paar mehr täten.

Darüber hinaus möchte ich sagen, dass Innovation, also die Erneuerung der technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Basis der Wirtschaft, einen Prozess darstellt, der in der Richtung umkämpft ist. Wir haben gerade die Debatte über Diesel, Elektromobilität und die Frage, wie wir unsere Mobilität organisieren, geführt. Daran konnte man das gut sehen. Innovation ist zunächst einmal eine enorme Suchbewegung der Gesellschaft als Ganzes, aber natürlich nicht interessensfrei.

(Glocke)

Da sind mächtige Unternehmen und Lobby-Organisationen unterwegs, die dem eine bestimmte Richtung geben.

(Glocke)

Es ist durchaus notwendig, dass man verantwortet, welche Richtung die Sache nehmen soll.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade weil es so schwer ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir eine Zukunft finden, die das Leben auf diesem Planeten organisiert, auf dem mehr als sieben Milliarden Menschen satt werden müssen,

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Klingeling!)

ist es notwendig, dass wir die Atmosphäre so halten, dass wir am Schluss noch atmen können und uns nicht in einen Backofen sperren. Deshalb ist Innovation der Schlüssel für die Zukunft der Menschheit. Die Grenzenlosigkeit des menschlichen Erfindergeistes ist eine Basis dafür, dass es einen Ausweg gibt. Dieser muss aber eine Richtung haben.

Lassen Sie uns in diesem Sinne viel an der richtigen Stelle gründen. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Antrag, der die Gründerszene in Bremen beleben will, der von allen Fraktionen getragen wird, und einen Antrag von der CDU und der FDP, der die Innovationsfähigkeit in der bremsischen Wirtschaft und in Forschung und Entwicklung verbessern will.

Wir haben uns dem gemeinsamen Antrag angeschlossen, weil wir natürlich sehen, dass es in diesem Bereich der Gründerinnen und Gründer derzeit nicht besonders gut aussieht. Interessanterweise fängt es damit an, dass wir gar nicht genau wissen, warum die Entwicklung hier eigentlich zurückgegangen ist.

Wir wissen, dass es in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Lage und damit die Lage am Arbeitsmarkt nicht so gut waren, ganz viele Notgründungen gab, mit denen Leute versucht haben, in irgendeiner Weise ein kleineres Unternehmen aufzumachen, um sich über Wasser zu halten. Wir wissen auch, dass die Rate derjenigen, die gescheitert sind, relativ hoch war. Wir wissen das aber nicht genau und kennen auch nicht den Vergleichszeitraum und die Vergleichsbasis. Von daher ist mit am wichtigsten, dass wir das Monitoring, die Beobachtungen der Entwicklungen und Trends in dieser Szene, verbessern, sodass wir auch beurteilen können, ob es besser oder schlechter wird, und das nicht nur vermuten können.

Dass es richtig ist, beide Themen gleichzeitig zu diskutieren, stimmt meines Erachtens nur zum Teil. Es gibt sicherlich eine Schnittmenge zwischen Existenzgründung und Innovation, insbesondere dann, wenn Existenzgründerinnen und Existenzgründer innovative Firmen gründen. Aber es gibt natürlich auch Innovationen, Forschungen und Entwicklungen in Betrieben, die schon existieren. Das steht auch in dem Antrag. Deswegen ist es nicht das Gleiche.

Ich komme nun zu unserem gemeinsamen Antrag. Wir stehen dahinter, aber haben jetzt schon ein paar Erkenntnisse, die wir weiterdiskutieren können. Das START Haus, mit dem wir nicht mehr und nicht weniger als die Welt und das Klima retten, wie Kollege Bücking ausgeführt hat, hätten wir auch gern, wenn das klappt.

(Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, nicht weniger als das!)

Wir meinen, es ist wichtig zu schauen, ob es eine Möglichkeit gibt, Existenzgründerinnen und Existenzgründern Räume zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur in Form einer Zwischennutzung.

(Beifall DIE LINKE)

An einer Stelle steht, dass wir Frauen dafür begeistern müssen, Gründerinnen zu werden. Ich meine, da könnten wir noch ein kleines bisschen weiterdenken.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wissen, dass es in der Regel nicht an der Begeisterung scheitert, sondern dass Frauen, wenn sie Kredite haben möchten, ihren Wirtschaftsplan erfahrungsgemäß zweimal oder dreimal vorlegen müssen. Ungefähr 95 Prozent der Gründerinnen und Gründer sind Männer, nur fünf Prozent sind Frauen. Ich glaube, das liegt nicht daran, dass Frauen nicht von dem begeistert sind, was sie tun, sondern an strukturellen Hemmnissen. Ich empfehle, über eine Verbesserung der eigenen Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen nachzudenken. Ich meine auch, dass wir darüber nachdenken müssen, die Förderstrukturen ein Stück weit anzupassen oder einzuspringen, wenn Frauen Schwierigkeiten haben, bei einer Bank Geld zu bekommen.

Wenn wir insbesondere alleinerziehende Frauen ermutigen wollen, Gründerinnen zu werden, dann brauchen wir beispielsweise auch einen Ort, an dem sie arbeiten und ihr Kind oder ihre Kinder abgeben können. Das ist ganz wichtig. Das heißt, wir müssen auch über Kindergärten oder Kindertagesplätze nachdenken.

(Beifall DIE LINKE)

Es wird unter anderem darum gehen - das kommt auch zum Teil im Innovationsantrag der CDU vor -, dass wir Themen, Branchen und Cluster noch einmal überdenken. Denn es gibt völlig unterschiedliche Bereiche. Es gibt den Bereich der Kreativwirtschaft, in dem die Produktionsmittel relativ leicht zu erwerben sind und in dem sich relativ leicht Leute zusammenfinden können. Es ist aber auch eine interessante Frage, wie beispielsweise der Onlinehandel die Chancen von Existenzgründerinnen und Existenzgründern im Bereich des Einzelhandels beeinflusst. Hat man damit nicht sozusagen einen Riegel vorgeschoben?

Die nächste Frage ist, wie eigentlich das, was wir jetzt als Industrie 4.0 vor Augen haben, und wie die gewaltigen Umwälzungen, die es in der Produktion und Industrie geben wird, die Gründerinnen- und Gründerszene beeinflussen, ob es überhaupt Nischen gibt beziehungsweise ob vielleicht sogar eine Chance darin liegt. An diese Dinge müssen wir denken.

Wir müssen auch unsere Cluster-Definition noch einmal überdenken. Meines Erachtens kommen in der jetzigen Cluster-Strategie Bremens zwei Cluster nicht vor, nämlich Gesundheit und Lebensmittel.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss.

Erstens stimmen wir dem Antrag, den wir mit eingebracht haben, selbstverständlich zu. Zweitens enthalten wir uns bei dem Antrag der CDU und FDP. Ein paar Punkte darin muss man, wie dargelegt, bedenken. Einige Punkte sind unseres Erachtens noch nicht hinreichend geklärt, um sagen zu können, ob wir das gut finden oder nicht. Insbesondere haben wir nicht genau verstanden, was das „Gründerzentrum im Grünen“ ist. Und eine Transferplattform an den Hochschulen finden wir auch noch - -.

(Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Gründungszentrum hätten wir unterstützt!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind noch eine Antwort darauf schuldig, warum wir den Innovationsantrag ablehnen. Das möchte ich noch zum Besten geben, auch wenn es jetzt schon relativ spät ist. Vielleicht schaffen wir es, noch drei bis vier Minuten gemeinsam zu debattieren.

Lassen Sie mich vorweg noch einmal kurz auf das START Haus eingehen, das ich zum Schluss meines ersten Beitrags erwähnt habe. Ich finde es sehr wichtig, dass dort die Möglichkeit der Vernetzung auch mit den etablierten Unternehmen und insbesondere mit den Industrieunternehmen, die wir hier in unseren Clustern haben, besteht. Bremen kann sich darüber freuen, dass ein sehr großer Industriebesatz vor Ort ist und verschiedene Sekto-

ren repräsentiert sind wie eigentlich in keiner anderen Stadt.

Insofern finde ich die Idee gut, dass man auch die Start-up-City, so wie Lencke Steiner es fordert, ein Stück weit fokussiert, eine Positionierung im Markt erreicht und sagt, dass wir für Start-up-Ansiedlungen und für Start-up-Entwicklungen, die einen Industriebezug haben, besonders gut sind. Ich glaube, damit liegen wir ganz gut.

Ich muss noch einmal betonen, wie gut ich es finde, dass wir diesen Antrag gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich finde, das, was Robert Bücking gesagt hat, dass wir von hier aus die Welt retten sollen, ist keine Spinnerei und keine Utopie. Das muss der Ansatz sein. Das muss die Idee sein. Das muss man wollen.

(Beifall SPD, FDP)

Dann kommt auch etwas Gutes dabei heraus.

Warum lehnen wir den Antrag der CDU und der FDP ab?

(Abg. Frau Niemeyer [CDU]: Das kann ich nicht verstehen!)

Sie fordern in diesem Antrag eine regionale FuE- und Technologietransferplattform, aber erklären nicht, was Sie darunter verstehen. Sie fordern auch - das hat auch Herr Kollege Rupp schon erwähnt - ein grünes Gründerzentrum in Hochschulnähe, ohne zu erklären, was Sie eigentlich damit wollen und was Sie darunter verstehen. Im Übrigen ist das eine Forderung, die wir schon einmal abgelehnt haben. Das haben wir auch ausführlich begründet und gesagt, wir möchten lieber die privaten Initiativen, die es gibt, unterstützen. Dinge wie das Kraftwerk der swb, den Coworking Space bei neusta oder weserwork finden wir gut.

Das ist auch der Grund, warum wir damals ein öffentlich finanziertes Culture Startup Center der FDP abgelehnt haben. Insofern glauben wir, dass der private Ansatz besser ist.

Sie fordern die Verankerung der Gründungsförderung in allen Fächern der bremischen Hochschulen, so steht es in Ihrem Antrag. Das halten wir nicht nur für unrealistisch und blauäugig, sondern wir halten es auch für nicht vereinbar mit der Hochschulautonomie. Wir können deshalb diesen Antrag nur ablehnen, weil wir ihm inhaltlich nicht zustimmen können. So einfach ist das. Es ist kein reflexartiges Ablehnen, sondern es ist wirklich inhaltlich begründet.

(Zuruf Abg. Kastendiek [CDU])

Herr Kastendiek, Ihr Antrag hat auch gute Ansätze, das ist überhaupt keine Frage. In einem Punkt haben Sie völlig recht: Der Technologie- und Wissenstransfer könnte eindeutig verbessert werden, hier haben wir ein Defizit. Es ist auch kein ausschließlich bremisches Problem, sondern es ist ein bundesweites Problem. Dennoch, finde ich - frei nach dem Motto, von hier aus verändern wir die Welt -, sollten wir dieses Thema noch einmal bearbeiten, und das werden wir auch tun.

Für unsere Fraktion haben wir es bereits entsprechend entschieden. Zusammen mit den Kollegen Gottschalk und Reinken habe ich mir schon intensive und weitreichende Gedanken gemacht. Wir wollen dieses Thema genauso gründlich und intensiv bearbeiten, wie wir es mit dem Startup-Antrag gemacht haben. Wir werden auch in diesem Fall wieder auf Sie zukommen, vielen Dank, dass Sie es angesprochen haben.

(Zuruf Abg. Kastendiek [CDU])

Das sind doch Themen, die sich nun wirklich nicht für einen Wahlkampf eignen, sondern es sind Themen, die wir bearbeiten müssen, um Gründerinnen und Gründern beim Startup zu helfen und das Klima hier entsprechend positiv zu gestalten. Weiterhin wollen wir den Wissenstransfer optimieren. Wir kommen also wieder auf Sie zu. Vielleicht können wir einen gemeinsamen Antrag verabreden, aber heute - und das gestatten Sie mir - freuen wir uns zunächst einmal über den gelungenen und sehr breit getragenen Startup-Antrag.

Ich bedanke mich noch einmal bei den Oppositionsparteien für ihre Unterstützung. - Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erspare es mir jetzt, auf das übliche Kleinklein einzugehen: Der eine Halbsatz ist ein bisschen schwierig, der nächste Halbsatz passt nicht so ganz in unser Konzept!

Wir hätten gern, wenn Sie wirklich ein fraktionsübergreifendes Interesse gesehen hätten, einer Aussetzung des Antrags zugestimmt. Auf der Grundlage eines solchen Ansatzes wäre es fraktionsübergreifend schön gewesen - weil wir davon überzeugt sind, dass das Thema Innovationspolitik eine größere Bedeutung in Bremen bekommt und weil es nicht im Klein-

klein des politischen Diskurses versinken darf - , wenn Sie gesagt hätte, der Antrag enthält ein paar gute Ideen, bei dem einen oder anderen kann man anderer Auffassung sein, aber lassen Sie uns den Antrag als gemeinsame Basis nehmen. Ich will hier noch einmal deutlich machen, dass wir diesen Ansatz mitgemacht hätten, wir haben nämlich überhaupt kein Problem damit, wer auf dem Driver Seat sitzt.

Wir nehmen das zur Kenntnis und sind auf Ihre Ansätze gespannt, die Sie entwickeln wollen. Ich kann Ihnen nur die Empfehlung geben, das Gutachten des HWDIs einzubeziehen, weil in dem Gutachten ganz konkrete Hinweise zur Innovationspolitik genannt worden sind. Das wäre eine Basis, sich fraktionsübergreifend auf eine Analyse zu beziehen, die, glaube ich, ganz konkret und sehr konstruktiv nach vorn gerichtet die Notwendigkeiten für die Innovationspolitik in Bremen und Bremerhaven aufgezeigt. Es gibt Handlungsbedarf.

Wir sehen es gerade bei der Windenergie. Es ist ein tolles Cluster, das in der Vergangenheit entwickelt worden ist. Wir müssen aufpassen, dass es nicht vom Winde verweht wird. Im Augenblick scheint eine Gefahr zu bestehen, wenn man sich die Entscheidung, die die Firma Siemens gestern zur Acht-Megawatt-Anlage getroffen hat, vor Augen führt und überlegt, was diese Entscheidung für die Zukunft bedeuten könnte.

Es besteht ganz dringend eine Handlungsnotwendigkeit, und deshalb werden wir bei dieser Thematik ganz eng weiter mit am Ball bleiben. - Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Anmerkungen zur Debatte: Ich freue mich über den gemeinsamen Antrag, weil er meiner Überzeugung nach deutlich macht, dass das Thema Startup, dass das Thema Gründungsgeschehen und dass auch die Bereitschaft zu unternehmerischen Aktivitäten in diesem Hause positiv zu sehen, sich dabei unterzuhaken und die notwendigen Schritte zu gehen, richtig aufgegriffen worden sind. Ich finde, das ist für den Standort Bremen wichtig und richtig, weil es deutlich macht, was wir dort miteinander gewinnen können. Es macht gleichzeitig aber auch deutlich, welche Defizite noch vorhanden sind.

Ich will ganz bewusst versuchen, vielleicht nur die eine oder andere Frage in einer Zeit zu stellen, in der sich alle gewiss sind, was man machen muss, um richtige Lösungen zu finden. Es können manchmal die richtigen Lösungen sein, aber sie müssen es nicht sein.

Es ist hier beispielsweise über Gründerzentren, Angebote für Startups und Angebote für Gründerinnen und Gründer gesprochen worden. Ich habe im vergangenen Jahr mit einer Delegation das Silicon Valley besucht. Dort habe ich mit ganz vielen jungen Raumfahrtunternehmerinnen und Raumfahrtunternehmer gesprochen, viele stammten aus bremischen Unternehmen. Sie sind im Übrigen überwiegend zum Studium nach Bremen gekommen, aber auch zum Arbeiten, weil Bremen über eine hohe Exzellenz und eine hohe Expertise verfügt.

Wir haben uns dann in einem schäbigen von McDonald's aufgegebenen Gebäude die Aktivität der Startups angeschaut. Wir haben eine Raketenproduktion in einer Halle neben einem Trailerpark besichtigt. Ich stelle jetzt hier einmal die Frage in den Raum: Sind wir miteinander in der Lage derart niedrigschwellige Angebote zu machen, wenn vorher nicht festgelegt worden ist, welche Teppichbodenfarbe das Gründerzentrum haben muss, wie lange sie in der Halle bleiben können, ob noch das Fett in den Fritteusen in dem von McDonald's aufgegebenen Gebäude sein darf und was sie dort eigentlich machen sollen. Können wir sagen: Wir haben eine Halle, wir haben ein Gebäude, wir legen leistungsfähige Datenleitungen, und wir wollen nicht, dass uns vorher nachgewiesen wird, welche wirtschaftliche Tragfähigkeit das Startup für die nächsten zehn oder zwölf Jahre hat, sondern wir geben Menschen Raum zum Ausprobieren? Das ist nach meiner festen Überzeugung notwendig. Erste Anmerkung!

Zweite Anmerkung! Nach meiner festen Überzeugung ist es ebenfalls notwendig, dass wir versuchen, die Beratungskompetenz, die wir in einem hohen Umfang haben, im Starthaus zu bündeln. Man muss sich natürlich auch die Frage stellen: Wenn es viele Beratungsangebote gibt, wenn es viele Beratungsmöglichkeiten gibt und wenn es viele Programme gibt, die die Menschen in Bremen und Bremerhaven motivieren sollen, sich selbstständig zu machen, warum wird das nicht angenommen? Liegt es an den Beratungsprogrammen, oder liegt es möglicherweise daran, dass Menschen, die an der Universität arbeiten, eine andere Perspektive ergreifen wollen? Oder liegt es daran, dass jemand sagt, ich möchte erst einmal in der Industrie arbeiten?

Wir haben gerade für Absolventinnen und Absolventen der Universitäten, insbesondere im Bereich der Hochtechnologie, am Standort Bremen hoch attraktive Angebote. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen.

Dritte Anmerkung! Nach meiner Auffassung ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass die Finanzierbarkeit - darüber ist schon gesprochen worden - über die BAB, aber auch über privates Geld ermöglicht wird. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, mit Risikokapital Startups zu unterstützen. Das ist nach meiner Auffassung auch ein Punkt, den wir miteinander aufgreifen müssen. Wir müssen uns in diese Richtung entwickeln.

Zum Thema Innovationspolitik - weil es ebenfalls angesprochen worden ist - möchte ich darauf hinweisen, dass meiner Auffassung nach nicht richtig ist, wenn man so tut, als ob die bremische Politik bremischen Unternehmen Quoten vorgeben könne, wie hoch ihr FuE sein müsse. Das hat etwas mit staatlicher Lenkung zu tun, die immer wieder bei Ihnen durchblitzt.

Wenn man sich den Antrag zur Innovationspolitik anschaut, dann werfen Sie uns zunächst vor, viele Papiertiger produziert zu haben - im Übrigen Papiertiger, denen Sie ebenfalls zugestimmt haben, zum Beispiel im Bereich der Innovationspolitik das Maßnahmenpaket 2016, das insbesondere dazu dient, EFRE-Mittel einsetzen zu können -, und dann fordern Sie uns anschließend dazu auf, viele neue Konzepte vorzulegen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Ausrichtung entlang der starken industriellen Cluster mit einem hohen Innovationspotenzial, mit einem hohen Forschungs- und Entwicklungspotenzial im Bereich der Luft- und Raumfahrt, im Bereich der Häfen, im Bereich der Automobilindustrie und auch im Bereich der Windenergie richtig ist. Wir müssen diese Stärken weiter fördern, wir müssen weiter dafür sorgen, dass wir die Potenziale, die wir in diesen Bereichen haben, weitergeben.

Vierte Anmerkung! Wenn Sie sich das Forschungszentrum EcoMaT anschauen, dann ist es genau der Beweis dafür, wie wir über unterschiedliche Bereiche - aus dem Automobilbereich, aus der Luftfahrt, aus der Raumfahrt, aus dem Jachtbau und aus dem Maschinenbau - hinweg Themen angehen, wie es uns dort gelingt, Unternehmen zusammenzubringen, wie es uns gelingt, Forschung und Entwicklung zusammenzubringen. Die Bereiche sollen dazu beitragen, die Exzellenz, die in Bremen vorhanden ist, weiter zu stärken. Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass

wir in der Innovationspolitik richtig aufgestellt sind.

Es ist selbstverständlich, dass wir weiter daran arbeiten werden, dass in Bremen und Bremerhaven viele Unternehmen gegründet werden. - Insofern herzlichen Dank für Ihren Antrag!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, BIW, Abg. Öztürk [SPD, fraktionslos], Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Frau Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Damit haben wir das Ende unserer heutigen Tagesordnung erreicht. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.11 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.